

**3. Sitzung des Gemeindeparlamentes,  
Mittwoch, 18. November 2009,  
Stadthaus, Ratsaal,  
Sitzungsdauer: 18.00 Uhr – 22.15 Uhr**

Anwesend sind: 47 Ratsmitglieder (von 50 Mitgliedern)

Freisinnig-demokratische Partei:

1. Heinz Eng, 2. Daniel Dähler, 3. Nadja Fleischli, 4. Thomas Frey, 5. Alexandra Kämpf,  
6. Urs Knapp, 7. Stefan Nünlist, 8. Dr. Max Pfenninger, 9. Daniel Probst, 10. Andreas Schibli,  
11. René Wernli, 12. Christian Wüthrich, 13. Nico Zila

Sozialdemokratische Partei:

1. Dr. Markus Ammann, 2. Corinne Bader, 3. Rolf Braun, 4. Lukas Derendinger,  
5. Werner Good, 6. Thomas Marbet, 7. Dr. Rudolf Moor, 8. Daniel Schneider,  
9. Luzia Stocker Rötheli, 10. Dr. Arnold Uebelhart, 11. Dieter Ulrich, 12. Lea von Wartburg

Christlichdemokratische Volkspartei:

1. Georg Dinkel, 2. Heidi Ehram, 3. Antonia Hagmann, 4. Patrick Kissling,  
5. Roland Rudolf von Rohr, 6. Marcel Steffen

Schweizerische Volkspartei:

1. Marcel Buck, 2. Markus Flury, 3. André Kappeler, 4. André Köstli, 5. Christian Werner,  
6. Marc Winistörfer, 7. Gert Winter

Grünliberale Partei:

1. Simon Haller

Grüne Olten:

1. Anna Engeler, 2. Myriam Frey Schär, 3. Stephan Fröhlicher, 4. Theo Schöni,  
5. Patrick Weibel, 6. Felix Wettstein

Evangelische Volkspartei Olten:

1. Stephan Hodonou, 2. René Steiner

Stadtrat:

Ernst Zingg, Stadtpräsident  
Dr. Martin Wey, Vize-Präsident, Baudirektion  
Mario Clematide, Direktion Bildung und Sport  
Peter Schafer, Direktion Soziales  
Iris Schelbert-Widmer, Direktion Öffentliche Sicherheit  
Markus Dietler, Stadtschreiber

Ferner anwesend:

Adrian Balz, Verwaltungsleiter Baudirektion  
Stefan Hagmann, Rechtskonsulent  
Ueli Kleiner, Leiter Direktion Bildung und Sport  
Mario Schenker, Controller  
Markus Sieber, Finanzverwalter

Entschuldigt abwesend:

Brigitte Kissling  
Armand Weissen  
Anita Huber

Vorsitz: Roland Rudolf von Rohr

Protokollführerin: Erika Brunner, Leiterin Stadtkanzlei

\* \* \*

Geschäfte:

1. Mitteilungen
  2. Aufnahme und Vereidigung eines neuen Gemeindeparlamentsmitgliedes
  - \* 2a Dringliche Interpellation Luzia Stocker (SP) betr. Überprüfung Umgestaltung Winkelunterführung/Frage der Dringlichkeit
  3. Geschäftsprüfungskommission/Ersatzwahl
  4. Altstadtkommission/Ersatzwahl
  5. Beanstandungskommission/Demission und Ersatzwahl
  6. Pensionskommission/Ersatzwahl sowie Nichtbesetzung eines gewählten Mitgliedes/ Kenntnisnahme
  7. Sportkommission/Ersatzwahl
  8. Zweckverband Abwasserregion, Delegierter/Wahl
  9. Wahlbüros/Ersatzwahl
  10. Friedhof Meisenhard, Kolumbarium, Erstellen der letzten Etappe/Nachtragskredit
  11. Regierungsprogramm 2009-2013/Kenntnisnahme
  12. Finanz- und Investitionsplan 2010-2016/Kenntnisnahme
  13. Voranschlag 2010/Genehmigung  
Mit dem Voranschlag in Zusammenhang
  - 13.1 Personalwesen, Lohnanpassung/Festlegen Budgetgrundlagen
- \* Ergänzung der Traktandenliste

\* \* \*

**Parlamentspräsident Roland Rudolf von Rohr:** Geschätzte Damen und Herren, werte Gäste, liebe Vertreter der Presse: Ich möchte Euch recht herzlich zur Doppelsitzung von heute und morgen begrüßen. Wir haben eine reich befrachtete Traktandenliste. Ich bitte Euch, dies auch zu respektieren und Eure Voten möglichst zügig vorzubringen und kurz zu halten.

\* \* \*

# Mitteilungen

## Parlamentspräsident Roland Rudolf von Rohr:

### Totenehrung

Am Vormittag des 29. September hat mich unser Kollege Marcel Buck ganz schockiert angerufen, und ich war ebenfalls schockiert, dass Ruedi Lutz im Alter von 53 Jahren sehr überraschend von uns gehen musste. Wir allen haben Ruedi gut gekannt. Er war ein Gemeinderatskollege, der nach Lösungen gesucht hat und immer sympathisch und mit Respekt aufgetreten ist. Wir alle trauern um Ruedi und schalten eine Trauerminute ein.

In diese Trauerminute schliessen wir auch Maria Büttker ein, die im Alter von 72 Jahren verstorben ist. Sie war ebenfalls Gemeinderätin und gehörte der CVP-Fraktion an.

Wir denken an die beiden Verstorbenen, ganz speziell natürlich an Ruedi, der mit einer Kerze an seinem Platz noch etwas präsent ist. Ich bitte Euch alle, sich für die beiden Verstorbenen kurz zu erheben.

\* \* \*

### Gratulation

Wo Trauer ist, ist auch Freude. Ich darf Euch mitteilen, dass unsere Gemeinderatskollegin Alexandra Kämpf Mutter von Maxim wurde. Vater wurde unser Fraktionskollege Simon Haller. Sein Sohn heisst Dimitri.

Ich gratuliere den beiden Familien ganz herzlich und wünsche ihnen eine schöne Zeit.

Es folgt Applaus.

\* \* \*

### Referendumsvorlage/Rechtskraft

Das Gemeindeparlament hat am 25. Juni 2009 folgendem Geschäft zugestimmt:

- Sicherheitspatrouillen in Olten, Kontrollgänge/Weiterführung  
(*Beschluss Ziffer I.1*)

Die Publikation über diese Vorlage erfolgte am 30. Juni 2009 und die Referendumsfrist ist am 30. Juli 2009 abgelaufen.

### Feststellung:

Es wird festgestellt, dass das Referendum gegen die vorstehende Vorlage in der festgesetzten Frist nicht ergriffen wurde und der Beschluss somit rechtskräftig ist.

\* \* \*

## Fussballmatch

Der Fussballmatch musste auf den Frühling verschoben werden, weil der Gegner nicht ganz bereit war. Wir wären bereit gewesen und werden es dann halt im Frühling sein.

\* \* \*

## Vorstösse/Eingang

- Dringliche Interpellation SP-Fraktion betr. Überprüfung Umgestaltung Winkelunterführung
- Interpellation CVP/EVP/GLP-Fraktion betr. ERO in Olten
- Motion Andreas Schibli (FdP) und Mitunterzeichnende betr. Ladenstruktur
- Motion Daniel Schneider (SP) und Mitunterzeichnende betr. Zweiradabstellflächen Bahnhof Ost und Bahnhof West

\* \* \*

## Verschiebung Traktandum 14

**Stadtrat Dr. Martin Wey:** Namens des Stadtrates möchte ich etwas zu Traktandum 14 sagen. Dieses Geschäft wurde in der Diskussion ausgesetzt, nicht zurück gewiesen, sondern die Diskussion wurde unterbrochen. Es war ein Ordnungsantrag im Sinne und Geiste, dass unterbrochen wird bis neue Fakten vorliegen. Wir vom Stadtrat haben dem Büro prophylaktisch beantragt, das Traktandum für diese Sitzung wieder aufzunehmen. Ich muss Ihnen mitteilen, dass wir noch keine neuen Fakten haben, die wir dem Parlament unterbreiten können. Deshalb beantragen wir, dieses Traktandum zu verschieben.

\* \* \*

## Fraktionserklärung FdP betr. Medienmitteilung der Stadt Olten zur Verschiebung des Geschäftes Parkhaus und Begegnungszone

**Daniel Probst:** Wir haben eine Vision und zwar, dass sich im Zentrum von Olten viele Menschen bewegen, gleichzeitig mit Velos und Fahrzeugen, dass Menschen flanieren, spazieren, einkaufen, sich ausruhen, spielen und vergnügen und zwar auf möglichst viel verkehrsfreien oder auch verkehrssamen Plätzen und Strassen. In dieser Vision stehen die parkierten Autos nicht unnütz im Weg, sondern sind unter dem Boden in Parkhäusern in unmittelbarer Nähe oder im Zentrum. Die Vision hat einen Namen: Parkhaus Munzingerplatz mit Begegnungszone. Getragen wird sie nicht nur durch die FdP, sondern durch einen breiten politischen Konsens in diesem Parlament von links bis rechts. Die verschiedenen Parteien haben sich zusammen gerauft, die Eigeninteressen zurück gestellt und nach einem Konsens zu Gunsten dieser Vision gesucht. Man möchte Olten gemeinsam weiter bringen und der Bevölkerung ein solch einmaliges Erlebnis ermöglichen. Seit Montag bin ich mit einem jungen Gewerbevertreter, der an zentraler Lage in Olten viel investiert hat, im Gespräch. Dieser erwartet, dass die Politik, die diese Vision geäussert hat, Wort hält und dies durchführt. Für ihn als Gewerbevertreter ist klar, dass das Parkhaus und die Begegnungszone in Olten eine enorme Bedeutung und Symbolkraft hat. Ein Scheitern wäre aus ihrer Sicht fatal. Es ist klar, dass sie die Verschiebung natürlich nicht mit Freude zur Kenntnis nehmen. Aber sie sagen sich: Lieber eine gute Lösung, wo wir noch drei Monate Zeit haben, als jetzt einen Scherbenhaufen. Für das Gewerbe ist klar: Das Parkhaus Munzingerplatz und die Begegnungszone sind zentral für die Attraktivität der Innenstadt von Olten. Es ist mir gesagt worden, dass das Gewerbe, bevor das Geschäft in den Fraktionen

behandelt wird – das wäre im Dezember der Fall gewesen, alle Fraktionen besuchen wird und noch einmal seine klare Haltung darlegen wird. Es hat ja auch verschiedene Stimmen gegeben, dass es Einzelmitglieder gibt, die dagegen sind. Aber das Gewerbe als solches hat hier eine klare Haltung und wird auch hinter dieser Vision stehen. Es ist klar, dass das Parkhaus und die Begegnungszone nicht die Lösung aller Probleme ist. Aber es ist ein erster Schritt für ein liebenswertes Olten. Wir von der FdP wollen auch Wort halten und streben eine Lösung an, die den vielfältigen Interessen Rechnung trägt. Wenn es mehr Zeit braucht, die drei Monate, ist es für uns in Ordnung. Wir verstehen somit die Verschiebung nicht als Verzögerung, sondern als ganz klaren Willen des Stadtrates, hier eine gute Lösung zu suchen, und ermutigen den Stadtrat auch, hier vorwärts zu machen. Als Fraktion stehen wir mehr denn je hinter dem Konsens, den wir gemeinsam im Parlament erarbeitet haben, und wollen die Begegnungszone mit Parkhaus zu etwas machen, das wirklich kommt, als Symbol für Aufbruch und mit dem Willen, diese Stadt attraktiver zu machen.

## **Beschluss**

Einstimmig wird dem Änderungsantrag von Stadtrat Dr. Martin Wey auf Verschiebung von Traktandum 14 zugestimmt.

\* \* \*

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 18. November 2009

Akten-Nr. 16/4

Prot.-Nr. 28

## Abstimmungsprozedere

**Parlamentspräsident Roland Rudolf von Rohr:** Ich möchte bekannt geben, dass wir im Büro das ganze Abstimmungsprozedere besprochen haben und auch schon seit längerer Zeit zur Kenntnis nehmen, dass es immer etwas Diskussionen gibt. Den folgenden Vorschlag möchten wir auch so durchführen: Wir wünschen, dass alle wirklich sehr deutlich die Hand erheben. Die Stimmenzähler werden laut melden, wieviele Hände sie gesehen haben, damit man auch eine gewisse Nachkontrolle hat. Bei Vorlagen des Stadtrates wird immer ausgezählt. Bei anderen Sachen wie Wahlgeschäften oder auch bei Vorstössen von Parlamentariern, bei denen man gleich sieht, dass es grossmehrheitlich ist, wird sofort grossmehrheitlich gemeldet. Selbstverständlich kann jedes Gemeinderatsmitglied eine genaue Auszählung verlangen. Wir hoffen, dadurch hier einen rationellen und auch guten Betrieb gestalten zu können. Ebenfalls müssen wir sagen, dass wenn jemand nach Hause oder zur Toilette geht, dies gemeldet werden sollte, weil dann eben das Quorum nicht mehr stimmt und manchmal Diskussionen entstehen: Vorher waren es 40, jetzt sind es nur noch 39. Dann wurde falsch gezählt. Oft ist aber nicht falsch gezählt worden, sondern einige Personen haben den Raum verlassen, ohne sich abzumelden.

Mitteilung an:  
Kanzleiakten

Verteilt am:

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 18. November 2009

Akten-Nr. 57/11

Prot.-Nr. 29

## Aufnahme und Vereidigung eines neuen Parlamentmitglieds

Gemäss Art. 18 der Gemeindeordnung ist ein frei werdender Parlamentssitz der Schweizerischen Volkspartei durch Nachrücken ab der Proporzliste neu zu besetzen. Herr Gert Winter hat sich bereit erklärt, das Mandat als ordentliches Mitglied des Gemeindeparlamentes als Nachfolger des leider allzu früh verstorbenen Parlamentsmitglieds Rudolf Lutz anzunehmen.

Zur Vereidigung erhebt sich das Parlament von den Sitzen. Parlamentspräsident Roland Rudolf von Rohr begrüsst Herrn Gert Winter. Er verliest die Gelöbnisformel: „Ich gelobe, Verfassung und Gesetze zu beachten, meine Amtspflichten nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen, alles zu tun, was das Wohl unseres Staatswesens fördert und alles zu unterlassen, was ihm schadet.“

Herr Gert Winter legt hierauf mit den Worten „ich gelobe“ das Gelöbnis ab. Damit ist er vereidigt. Es folgt Applaus.

Mitteilung an:

Herrn Gert Winter, Höhenstrasse Ost 83, 4603 Olten  
Oberamt Olten-Gösgen, Amthausquai 23, 4600 Olten  
Kommissionenverzeichnis  
Kanzleiakten

Verteilt am:

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 18. November 2009

Akten-Nr. 35/6

Prot.-Nr. 30

## **Dringliche Interpellation Luzia Stocker (SP) betr. Überprüfung Umgestaltung Winkelunterführung/Frage der Dringlichkeit**

**Luzia Stocker Rötheli:** Die Dringlichkeit liegt eigentlich auf der Hand. Der Auftrag ist ja bereits vergeben, wie man dem OT entnehmen konnte. Man hat aber lesen können, dass es sich nur um die Prüfung einer Verschönerung handelt. Deshalb waren wir der Meinung, man müsse hier zumindest nachfragen, was dieser Auftrag beinhaltet. Der Bereich Winkelunterführung ist sicher einer Gesamtbetrachtung zu unterziehen. In diesem Sinne bitten wir Euch, die Dringlichkeit zu bejahen. Wenn sie nicht bejaht wird, macht auch die Interpellation keinen Sinn mehr, wenn sie erst in einem halben Jahr beantwortet wird.

### **Beschluss**

Grossmehrheitlich wird der Dringlichkeit zugestimmt.

Mitteilung an:  
Kanzleiakten

Verteilt am:



# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 18. November 2009

Akten-Nr. 16/6

Prot.-Nr. 31

---

## **Geschäftsprüfungskommission/Ersatzwahl**

Für die Geschäftsprüfungskommission ist eine Ersatzwahl zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutation:

Als Ersatz für den am 29.09.2009 verstorbenen Ruedi Lutz schlägt die SVP Christian Werner, Florastrasse 4, als neues Mitglied der Geschäftsprüfungskommission vor.

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Ersatzwahl von Christian Werner (SVP) zu genehmigen.

### **Beschluss**

Grossmehrheitlich wird die Ersatzwahl von Christian Werner (SVP) genehmigt.

Mitteilung an:

Herrn Christian Werner, Vorderer Steinacker 31, 4600 Olten (gilt als Wahlanzeige)

Oberamt Olten-Gösgen, Amthausquai 23, 4600 Olten

Stadtpräsidium

Kommissionsverzeichnis

Kanzleiakten

Verteilt am:

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 18. November 2009

Akten-Nr. 16/9

Prot.-Nr. 32

---

## Altstadtkommission/Ersatzwahl

Für die Altstadtkommission ist eine Ersatzwahl zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutation:

Als Ersatz für den am 29.09.2009 verstorbenen Ruedi Lutz schlägt die SVP André Kappeler, Gallusstrasse 65, als neues Mitglied der Altstadtkommission vor.

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Ersatzwahl von André Kappeler (SVP) zu genehmigen.

## Beschluss

Grossmehrheitlich wird die Ersatzwahl von André Kappeler (SVP) genehmigt.

Mitteilung an:

Herrn André Kappeler, Gallusstrasse 65, 4600 Olten (gilt als Wahlanzeige)

Oberamt Olten-Gösgen, Amthausquai 23, 4600 Olten

Baudirektion

Kommissionsverzeichnis

Kanzleiakten

Verteilt am:

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 18. November 2009

Akten-Nr. 16/11

Prot.-Nr. 33

## **Beanstandungskommission/Demission und Ersatzwahl**

Für die Beanstandungskommission ist eine Demission und eine Ersatzwahl zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutationen:

Mit Schreiben vom 22. Oktober 2009 gibt Marcel Buck (SVP) seinen Rücktritt als Mitglied der Beanstandungskommission per sofort bekannt.

Als Ersatz für Marcel Buck schlägt die SVP Gert Winter, Höhenstrasse Ost 83, als neues Mitglied der Beanstandungskommission vor.

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Demission von Marcel Buck (SVP) und die Ersatzwahl von Gert Winter (SVP) zu genehmigen.

### **Beschluss**

Einstimmig werden die Demission von Marcel Buck (SVP) und die Ersatzwahl von Gert Winter (SVP) genehmigt.

Mitteilung an:

Herrn Marcel Buck, Vorderer Steinacker 31, 4600 Olten

Herrn Gert Winter, Höhenstrasse Ost 83, 4600 Olten (gilt als Wahlanzeige)

Oberamt Olten-Gösgen, Amthausquai 23, 4600 Olten

Stadtpräsidium

Kommissionsverzeichnis

Kanzleiakten

Verteilt am:

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 18. November 2009

Akten-Nr. 16/19

Prot.-Nr. 34

## **Pensionskommission/Ersatzwahl sowie Nichteinsetzung eines gewählten Mitgliedes/Kenntnisnahme**

Für die Pensionskommission ist eine Ersatzwahl zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutation:

Mit Schreiben vom 6. Oktober 2009 teilt die Gemeindeverwaltung Trimbach mit, dass als neuer Vertreter der angeschlossenen Körperschaft Trimbach und Arbeitgebervertreter der neu gewählte Gemeindepräsident Karl Tanner in die Pensionskommission der Stadt Olten zu wählen ist (als Ersatz von a. Gemeindepräsident Martin Straumann).

Ebenfalls ist von einer Nichteinsetzung eines gewählten Mitgliedes Kenntnis zu nehmen.

Gemäss neuen Statuten der Pensionskommission können nur noch 4 (bisher 5) Vertretungen der Personalverbände in der Pensionskommission Einsitz nehmen. Hanspeter Oertig, Vertreter VPOD, verzichtet freiwillig auf diesen Sitz.

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Ersatzwahl von Karl Tanner als Vertreter der angeschlossenen Körperschaft Trimbach und Arbeitgebervertreter zu genehmigen und gleichzeitig von der Nichteinsetzung von Hanspeter Oertig, Vertreter Personalverband VPOD, Kenntnis zu nehmen.

### **Beschluss**

Einstimmig wird die Ersatzwahl von Karl Tanner genehmigt.

### **Beschluss**

Von der Nichteinsetzung von Hanspeter Oertig wird Kenntnis genommen.

Mitteilung an:

Herrn Karl Tanner, Gemeindepräsident, Baslerstrasse 122, 4632 Trimbach

Herrn Hanspeter Oertig, im Hause

Oberamt Olten-Gösgen, Amthausquai 23, 4600 Olten

Direktion Finanzen und Informatik

Kommissionsverzeichnis

Kanzleiakten

Verteilt am:

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 18. November 2009

Akten-Nr. 16/21

Prot.-Nr. 35

---

## **Sportkommission/Ersatzwahl**

Für die Sportkommission ist eine Ersatzwahl zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutation:

Als Ersatz für den am 29.09.2009 verstorbenen Ruedi Lutz schlägt die SVP Gert Winter, Höhenstrasse Ost 83, als neues Mitglied der Sportkommission vor.

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Ersatzwahl von Gert Winter (SVP) zu genehmigen.

## **Beschluss**

Einstimmig wird die Ersatzwahl von Gert Winter (SVP) genehmigt.

Mitteilung an:

Herrn Gert Winter, Höhenstrasse Ost 83, 4600 Olten (gilt als Wahlanzeige)

Oberamt Olten-Gösgen, Amthausquai 23, 4600 Olten

Direktion Bildung und Sport

Kommissionsverzeichnis

Kanzleiakten

Verteilt am:

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 18. November 2009

Akten-Nr. 16/34

Prot.-Nr. 36

---

## **Zweckverband Abwasserregion/Wahl Delegierter**

Für den Zweckverband Abwasserregion ist eine Delegiertenwahl zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutation:

Für den noch vakanten Sitz eines Delegierten schlägt die SVP Markus Flury, Mühletalweg 5, zur Wahl in den Zweckverband Abwasserregion vor.

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Wahl von Markus Flury (SVP) zu genehmigen.

## **Beschluss**

Einstimmig wird die Wahl von Markus Flury (SVP) genehmigt.

Mitteilung an:

Herrn Markus Flury, Mühletalweg 5, 4600 Olten (gilt als Wahlanzeige)

Oberamt Olten-Gösgen, Amthausquai 23, 4600 Olten

Baudirektion

Kommissionsverzeichnis

Kanzleiakten

Verteilt am:

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 18. November 2009

Akten-Nr. 16/24

Prot.-Nr. 37

## Wahlbüros/Zusatzwahlen

Für die beiden Wahlbüros Bifang und Hübeli sind weitere Kandidaturen eingegangen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutationen:

Für die Mitarbeit in den Wahlbüros haben nach der vergangenen Parlamentssitzung noch weitere Personen kandidiert. Weil jeweils bei Abstimmungen und insbesondere bei Wahlen bereits Gewählte an einer Mitarbeit verhindert sind, ist es wichtig, alle Interessierten zu wählen. Es handelt sich dabei um folgende Personen:

- Simona Siegenthaler, Wiesenstrasse 7
- Isabelle Rudolf von Rohr, Kreuzstrasse 36
- Marie-Thérèse Rudolf von Rohr, Kreuzstrasse 36
- Melanie Schmid, Untergrundstrasse 60

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Wahlen der oben erwähnten Personen zu genehmigen.

## Beschluss

Einstimmig wird die Wahl folgender Personen genehmigt:

- Simona Siegenthaler, Wiesenstrasse 7
- Isabelle Rudolf von Rohr, Kreuzstrasse 36
- Marie-Thérèse Rudolf von Rohr, Kreuzstrasse 36
- Melanie Schmid, Untergrundstrasse 60

Mitteilung an:

Frau Simona Siegenthaler, Wiesenstrasse 7, 4600 Olten  
Frau Isabelle Rudolf von Rohr, Kreuzstrasse 36, 4600 Olten  
Frau Marie-Thérèse Rudolf von Rohr, Kreuzstrasse 36, 4600 Olten  
Frau Melanie Schmid, Untergrundstrasse 60, 4600 Olten  
Oberamt Olten-Gösgen, Amthausquai 23, 4600 Olten  
Stadtpräsidium  
Kommissionsverzeichnis  
Kanzleiakten

Verteilt am:

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 18. November 2009

Akten-Nr. 1/13, 13/11

Prot.-Nr. 38

## **Friedhof Meisenhard, Kolumbarium/Erstellen der letzten Etappe/ Nachtragskredit**

Sehr geehrter Herr Präsident  
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgende Erwägungen und Anträge:

### Ausgangslage

Nachdem der Feuerbestattungsverein per 31. Dezember 1995 aufgelöst wurde und die Anlagen in das Eigentum der Einwohnergemeinde der Stadt Olten übergangen, werden gemäss dem vom Gemeindeparlament am 27. Juni 1996 genehmigten Projekt (Akten-Nr. 1/13, 29/6, Prot.-Nr. 77) periodisch die vorgesehenen und notwendigen Erweiterungen erstellt. Für das Jahr 2009 sollen gemäss Budget wiederum 4 Urnenpyramiden der letzten Etappe erstellt werden, um den Bedarf an Urnennischen zu decken.

Die hierfür notwendige Detailplanung hat nun ein Problem des abschüssigen Geländes aufgezeigt, welches die geplante Teilerstellung (drei Teilausführungen im Abstand von ca. 2 Jahren) in Frage stellt.

### Ausführungsprojekt

Das Gelände der letzten Erweiterungsetappe fällt gegen Westen stark ab. Daher werden dreiseitig Stützmauern von max. ca. 2.60 m Höhe erforderlich, um das Kolumbarium gemäss genehmigtem Projekt platzbezogen symmetrisch vor der Abdankungshalle erstellen zu können. Innerhalb dieser Stützmauern werden nun aber alle späteren Bauaktivitäten erschwert und die bestehenden Urnenpyramiden stark bedrängt.

In den früheren Etappen war das Gelände eben und es war möglich, die drei Teilbereiche mit je vier bis sechs Pyramiden mit den Werkleitungen und Fundamenten nacheinander zu erstellen. In der letzten Etappe müssen zwingend die dreiseitigen Stützmauern zuerst erstellt werden. Ebenso muss die Erstellung der Werkleitungen und der Fundamente - als Vorleistung für die Pyramide, welche später als zweiter oder dritter Teil der letzten Etappe vorgesehen waren - vorgezogen werden, da die Zugänglichkeit mit den hohen Mauern massiv erschwert wird. Auch die Bauarbeiten für die Belagsarbeiten der Wege müssen bereits ausgeführt werden, da die Baumaschinen später nur noch über den bereits in Betrieb stehenden Bereich des Kolumbariums Zufahren können. Dies stört die Besucher und hinterlässt auf den schmalen Wegen sicher Schäden.

Aus diesem Grund empfehlen die planenden Architekten, die Ausführung aller drei Teilbereiche der letzten Etappe zeitgleich vorzunehmen. Dies bringt Kostenvorteile und die Störungen auf dem Friedhof Meisenhard werden zusammengefasst und dadurch kleiner.

Die neuen Urnenpyramiden (1. Teil der letzten Etappe) sollten Anfang 2010 zur Verfügung stehen. Im Budget 2009 wurden dafür Fr. 480'000.00 vorgesehen. Da nun aber aus



technischen, betrieblichen und letztendlich aus finanziellen Gründen alle 3 Teilausführungen zeitgleich auszuführen sind, beginnt die Zeit zu drängen. Daher soll im November der Nachtragskredit für die Ausführung ab Januar 2010 gesprochen werden. Im November und Dezember soll mit den Bauarbeiten der Stützmauer im Rahmen der im Budget 2009 bewilligten Fr. 480'000.00, Konto-Nr. 740.501.01, sofort begonnen werden. So kann ein reibungsloser Baustellenablauf und ein zeitgerechtes zur Verfügung Stellen der ersten Urnenpyramiden ermöglicht werden. Da im Budget 2009 nur der erste Teil (4 Pyramiden von 14) der letzten Etappe vorgesehen ist, wird ein Nachtragskredit erforderlich.

### Baukosten

Die Planungsarbeiten wurden für die letzte Etappe des Kolumbariums als Ganzes vorgenommen und die Hauptarbeiten öffentlich ausgeschrieben. Daher können aktuelle Preise in den Kostenvoranschlag eingesetzt werden.

|                                                     |     |              |
|-----------------------------------------------------|-----|--------------|
| Stützmauer und Fundamente                           | Fr. | 330'000.00   |
| Erdarbeiten                                         | Fr. | 90'000.00    |
| Stahlbauarbeiten                                    | Fr. | 95'000.00    |
| Natur- u. Kunststeinarbeiten                        | Fr. | 130'000.00   |
| Spengler- u. Bedachungsarbeiten                     | Fr. | 30'000.00    |
| Schlosserarbeiten                                   | Fr. | 220'000.00   |
| Pflanzentröge u. Bepflanzung                        | Fr. | 95'000.00    |
| Umgebungsarbeiten                                   | Fr. | 150'000.00   |
| Unvorhergesehenes und Regie (5 %)                   | Fr. | 60'000.00    |
| Honorare und Nebenkosten                            | Fr. | 172'000.00   |
| TOTAL Kosten Kolumbarium letzte Etappe (inkl. MwSt) | Fr. | 1'372'000.00 |
| Im Budget 2009 bewilligt für den ersten Teil        | Fr. | 480'000.00   |
| Erforderlicher Nachtragskredit                      | Fr. | 892'000.00   |

Es handelt sich hier um ein Vorziehen der Kosten, welche in ca. 2 und 4 Jahren bei der Erstellung des zweiten und dritten Teils der letzten Etappe sowieso entstanden wären.

Die Bemerkungen der Stabsstellen sind in die Vorlage eingeflossen.

### Beschlussesantrag:

#### I.

1. Der erforderliche zusätzliche Kredit von Fr. 892'000.00 wird zu Gunsten der Investitionsrechnung, Konto Nr. 740.501.01 bewilligt.
2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

#### II.

Die Ziffer I/1. dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

**Heidi Ehrsam:** Die GPK dankt Stadtrat Dr. Martin Wey für seine Ausführungen. Die Notwendigkeit für weitere Urnennischen ist in der GPK unbestritten. Diskutiert wurde vor allem, ob für die letzte Etappe für absehbare Zeit der Bedarf an Urnennischen gedeckt und eine angemessene Abgeltung für eine Nische geprüft oder erzielt werden kann. Die GPK nimmt zur Kenntnis, dass mit der Beschränkung der Grabesruhe auf 20 Jahre auch bei den Urnenpyramiden wieder Nischen frei werden. Zudem empfiehlt sie, auch ältere Kolumbarien wieder vermehrt zu nutzen und als Alternative würden auch noch Urnengräber zur Verfügung stehen. Dabei ist aber der Wunsch der Hinterbliebenen zu beachten. Die Gebühren für Urnennischen sind verschiedentlich geprüft worden. Eine solche Gebühr ist für die Oltnen Bevölkerung bis jetzt nicht eingeführt worden, was von der GPK mehrheitlich als gut befunden wurde. Die GPK sieht die Vorteile der Erstellung der gesamten letzten Etappe des Kolumbariums, ist auf die Vorlage eingetreten und beantragt dem Parlament einstimmig, den Nachtragskredit zu genehmigen.

**Stadtrat Dr. Martin Wey:** Die Sprecherin der GPK hat das Wichtigste zu diesem Geschäft gesagt. Es geht wirklich darum, das ganze Urnenfeld, wie es auch in der Gesamtkonzeption vorgesehen ist, jetzt zu vollenden. Im Rahmen der Feinplanung hat man festgestellt, was auch aus dem Bericht und Antrag hervor geht, weshalb jetzt die Stützmauer erstellt werden muss. Das hat mit der Planung, mit der Ebene der Bauinstallation und der Urnenfelder und Kolumbarien zu tun. Von daher ist die Bauetappierung so auch sinnvoll. Ich bitte Sie im Namen des Stadtrates, auf die Vorlage einzutreten und den Beschlussesanträgen zuzustimmen.

**Georg Dinkel:** Die Fraktion CVP/EVP/GLP hat sich mit dieser Vorlage beschäftigt. Es ist doch eine Entwicklung unserer Zeit, dass immer mehr Angehörige eine Kremation ihrer Verstorbenen vorziehen. Ermöglichen wir ihnen doch eine schön gestaltete Anlage für die letzte Ruhe. Mit dieser Vorlage können die Baukosten und der sicher immer wiederkehrende Baulärm verhindert werden. Soll doch dieser schöne Waldfriedhof eine Stätte der Ruhe und Besinnung sein und nicht durch jährlichen Baulärm gestört werden. In diesem Sinne wird die Fraktion CVP/EVP/GLP einstimmig eintreten und dem stadträtlichen Beschlussesantrag zustimmen.

**Marcel Buck, SVP-Fraktion:** Die Zusammenfassung der drei Teilprojekte machen aus Sicht der SVP Sinn und sind unbestritten. Wir sind allerdings der Meinung, dass das Problem schon länger vorhersehbar war und haben wenig Verständnis für das Vorgehen des Stadtrates, beim Parlament einen Nachtragskredit in dieser Grössenordnung einfach so abzuholen. Wir hätten es lieber gesehen, dass die nötigen finanziellen Ressourcen auf dem ordentlichen Budgetweg beantragt worden wären. Da die Urnengräber alle 25 Jahre geräumt und somit für den weiteren Gebrauch frei werden, wird nach Abschluss dieser letzten Pyramidenbautätigkeit der Platzbedarf für die Stadt Olten gedeckt sein. Die SVP-Fraktion wird den Beschlussesanträgen einstimmig zustimmen.

**Thomas Marbet:** Die SP-Fraktion hat sich auch mit diesem Sachgeschäft beschäftigt und wird ebenfalls zustimmen. Es ist auch die Frage aufgeworfen worden, ob es nicht voraussehbar war und die Einheit der Materie geschützt ist. Hat man wirklich erst jetzt sehen können, dass diese Stützmauer errichtet werden muss? Eine Anregung an die Baudirektion, vor allem an Stadtrat Dr. Martin Wey: Könnten wir bei solchen Vorlagen jeweils einen Plan dazu haben? Ich glaube, die Geschäftsprüfungskommission hat dies gesehen. In der Fraktion hat etwas zirkuliert. Ich möchte anregen, dass bei solchen Vorlagen ein auf A4 verkleinerter A3-Plan beigelegt wird, damit man sich etwas vorstellen kann. Es sind hier nicht alles Fachleute, Architekten oder Personen aus dem Planungswesen. Das würde das Verständnis etwas erleichtern. In diesem Sinne werden wir der Vorlage zustimmen.

## **Beschluss**

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

**Marcel Buck:** Noch einmal möchte ich darauf zurück kommen, dass ich Nachtragskredite in dieser Grössenordnung einfach nicht gut finde. Ich hoffe, dass es ein Einzelfall bleibt, und möchte doch Stadtrat Dr. Martin Wey bitten, dass es wirklich der einzige und letzte Nachtragskredit in dieser Grössenordnung ist, weil wir dies ein zweites Mal sicher nicht schlucken werden.

**Daniel Schneider:** Ich bin etwas irritiert. Gibt es jeweils nicht auch noch eine Detailberatung? Wahrscheinlich nicht. Ich möchte noch etwas zum Friedhof sagen. Wir haben ihn alle Waldfriedhof genannt. Es ist sogar ein historischer Waldfriedhof und schweizweit bekannt. Er ist vor rund 130 Jahren als Gemeinschaftswerk von mehreren Planern erstellt worden. Mir fällt auf, dass die Wege immer breiter werden, die Flächen ohne Wald immer grösser. Ich möchte anregen, dass alle Bäume, die jetzt gefällt werden müssen, in diesem Bereich auch ersetzt werden, natürlich im Urnenhain, aber auch im Umfeld. Ich möchte noch etwas Weiteres anregen: Auf diesen Plänen sieht man immer sehr gut das historische Wegnetz. Wenn man nachschaut, ist es schon vermoost und etwas verschwunden. Wenn schon in diesem Umfeld gearbeitet wird, wäre es schön, wenn diese Sachen wieder hervor gehoben würden und dieser wirklich wunderschöne Friedhof möglichst nahe seiner ursprünglichen Gestaltung als Waldfriedhof erhalten bliebe.

**Parlamentspräsident Roland Rudolf von Rohr:** Natürlich gibt es noch die Detailberatung. Jedes Parlamentsmitglied hat das Recht, sich zu melden.

## **Beschluss**

Mit 46 : 0 Stimmen bei 1 Enthaltung fasst das Parlament folgenden Beschluss:

### I.

1. Der erforderliche zusätzliche Kredit von Fr. 892'000.00 wird zu Gunsten der Investitionsrechnung, Konto Nr. 740.501.01 bewilligt.
2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

### II.

Die Ziffer I/1. dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.

Mitteilung an:  
Baudirektion/Adrian Balz (4)  
Finanzverwaltung  
Finanzkontrolle  
Kanzleiakten

Verteilt am:

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 18. November 2009

Akten-Nr. 16/3

Prot.-Nr. 39

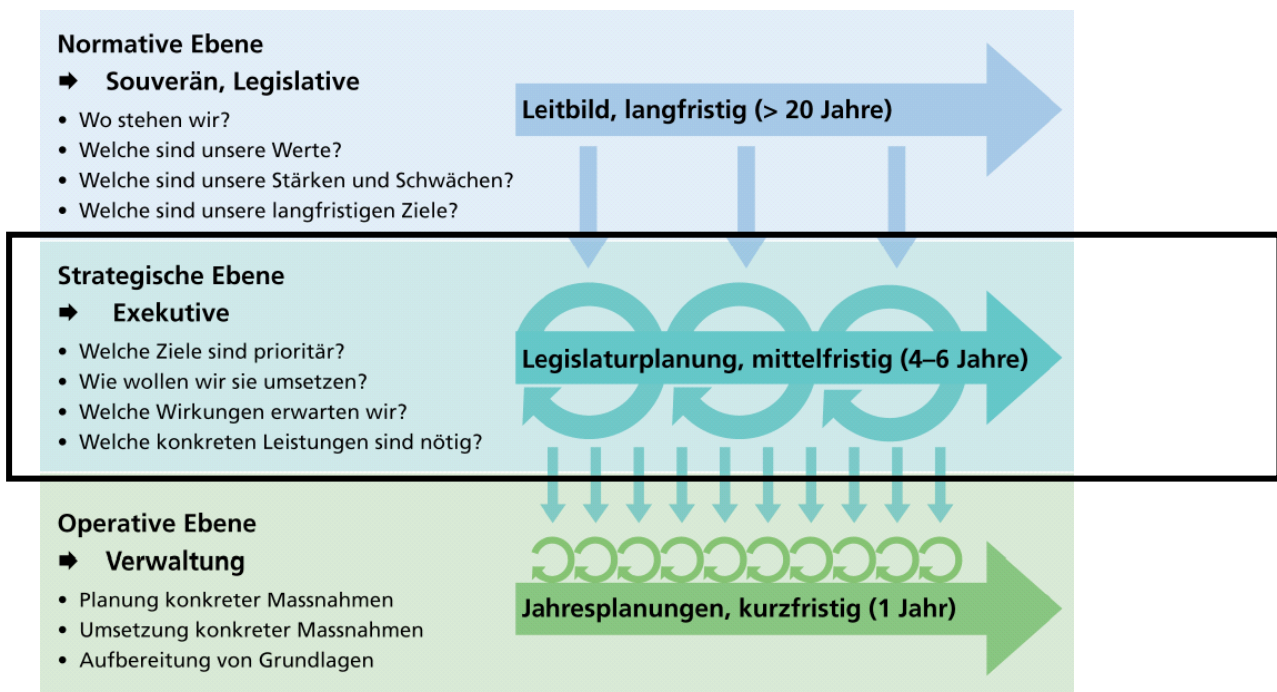
## Regierungsprogramm des Oltner Stadtrates 2009-2013/Kenntnisnahme

Sehr geehrter Herr Parlamentspräsident  
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen das Regierungsprogramm 2009-2013 zur Kenntnisnahme.

Gemäss dem in Art. 41 der Gemeindeordnung formulierten Auftrag legt der Stadtrat dem Parlament zu Beginn der Amtsperiode 2009-2013 sein Regierungsprogramm vor. Dieses ist Teil der systematischen Gemeindesteuerung mit folgenden Ebenen, die unter sich kohärent sein sollen:

- die normative Ebene des *Leitbildes* (in der Regel 12-15 Jahre)
- die strategische Ebene der *Regierungsprogramme* (für eine Legislatur von 4 Jahren) sowie
- die operative Ebene der *Jahresplanungen* oder *Jahresprogramme*



aus: Einführung in die NE-orientierte Gemeindepolitik. Praxisorientierter Grundlagenbericht. Amt für Umweltkoordination und Energie des Kantons Bern, 2006 (NE = Nachhaltige Entwicklung)

Während das Leitbild die grundlegenden Werte und die langfristigen Ziele der Gemeinde umschreibt, genügend konkret und auf die Gemeinde zugeschnitten, dass sie als Basis für eine transparente Planung und auch Erfolgskontrolle dienen können, stellt die Legislaturplanung ihrerseits im Zusammenwirken mit der Finanz- und Investitionsplanung das politische Schwerpunktprogramm der Exekutive dar, das auf der Basis des Leitbildes erarbeitet wird.

Im Gegensatz zu früheren Jahren kann das Regierungsprogramm in seinem Umfang beschränkt werden, da erstmals ein Leitbild als Basis und Mitbestandteil existiert.

Das Leitbild 2008 hat vier **Leitziele** für eine nachhaltige Entwicklung formuliert, unter welche die **Legislaturziele** 2009-2013 gestellt werden:

- Olten ist der attraktive „Marktplatz“ für die Region und der zentrale Standort für Dienstleistungen für die ganze Schweiz
- Olten als Stadt im Grünen ist der Standort im zentralen Mittelland für städtisches Wohnen zu fairen Preisen
- Olten ist die treibende Kraft im regionalen Wirtschafts- und Lebensraum
- Olten ist Vorbild bezüglich Sicherheit, Solidarität und Mitwirkung.

Dies nach dem Prinzip:

### **Die vielfältigen Potenziale nutzen, ohne die bestehenden Qualitäten zu gefährden.**

Potenziale sieht der Stadtrat unter anderem in den Entwicklungsgebieten wie Olten SüdWest und Bahnhof Nord, in den vorgesehenen Attraktivitätssteigerungen im Aareraum und in der Innenstadt, in der Zusammenarbeit mit den Regionsgemeinden und im AareLand sowie im Akzent auf Dienstleistungen, welche aus dem Raum Olten überregional oder gar schweizweit angeboten werden.

Den Legislaturzielen sind im Regierungsprogramm die vorgesehenen Massnahmen wie Begegnungszone ANDAARE, Ostzugang des Bahnhofs, attraktiven Fussgänger- und Veloverbindungen usw. zugeordnet, ergänzt mit Angaben zum Zeithorizont und zur Zuständigkeit. Umgesetzt werden diese nach den im Leitbild 2008 formulierten Handlungsmaximen

- Taten statt Worte
- Worte über Taten
- Nachhaltiges Handeln
- Selbstbewusstes Auftreten.

### Beschlussesantrag:

Vom Regierungsprogramm 2009-2013 des Stadtrates von Olten wird Kenntnis genommen.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

**Urs Knapp:** Die GPK empfiehlt Ihnen Kenntnisnahme des Berichts des Stadtrates. Die grössten Diskussion haben sich um die Gestaltung gedreht. Es sind Meinungen vertreten worden, man müsste vielleicht etwas weniger Bilder und mehr Text aufnehmen. Mehrheitlich

war aber die GPK klar der Meinung, dass die visuelle Gestaltung auch ein Teil des Regierungsprogrammes ist und auch mithelfen wird, dass das Regierungsprogramm bei den anvisierten Zielgruppen gut ankommt. Im Rahmen des Gedankenaustausches in der GPK hatte sie auch die Chance zu hören, wie jedes der fünf Mitglieder des Stadtrates, Stadträtin Iris Schelbert und die vier Herren im Stadtrat, angekommen sind. Es war eine verfrühte 100-Tage-Bilanz. Diese sind jetzt vorbei. Wir haben in der GPK gehört, dass alle Stadträtinnen und Stadträte in ihrer Direktion angekommen waren, Teams bilden, und viel Arbeit haben, die sie gemeinsam regeln wollen. Ich denke, Details wird der Stadtrat auf Wunsch sicher auch den einzelnen Fraktionen noch bekannt geben.

**Stadtpräsident Ernst Zingg:** Ich möchte gleich das Wort des Sprechers der GPK aufnehmen und eine kurze Erklärung, praktisch in eigener Sache als Präsident dieses Stadtrates abgeben. Der Stadtrat hat in den letzten 100 Tagen, nebst zahlreichen Alltagsgeschäften, einzelnen grossen Projekten und nicht zu unterschätzender Einarbeitungszeit in neue Strukturen eigentlich drei ganz wesentliche grosse Geschäfte vorbereitet, beraten, entschieden und zu Händen von involvierten Behörden, wie heute Abend das Gemeindeparlament, verabschiedet. Es geht um das Regierungsprogramm, den Finanz- und Investitionsplan für die nächsten sieben Jahre und das Budget des nächsten Jahres. Die drei grossen Geschäfte gehören grundsätzlich immer zusammen. Ich möchte bei dieser Gelegenheit meiner Kollegin und meinen Kollegen für den grossen Einsatz und die ausserordentlich gute Zusammenarbeit ganz herzlich danken. Ohne sie wäre so etwas eigentlich gar nicht möglich gewesen. Es braucht sehr viel Vorarbeit und grossen Einsatz. Ich möchte aber auch den involvierten Kolleginnen und Kollegen aus den Direktionen, der Verwaltungsleitung, die heute zum Teil anwesend sind, für die tadellose Unterstützung und Mitarbeit danken. Man könnte jetzt natürlich sagen, dies sei alles selbstverständlich. Ich meine zum Teil ja, aus meiner Warte als etwas erfahren, soll dies erwähnt werden, und es gehört auch der nötige Dank dazu. Jetzt zum Thema: Die Medien sind mit speziellen Stellungnahmen zu allen drei grossen Geschäften bedient worden. Der Stadtrat weiss, dass die Umsetzung dieser grossen Geschäfte mit grossen finanziellen Folgen verbunden ist. Der Stadtrat kann alle diese Aufgaben nicht alleine bewältigen. Er ist dafür auf die grosse Unterstützung der politischen Behörden, speziell unter anderem des Gemeindeparlamentes, aber auch der gesamten Bevölkerung angewiesen. Wir möchten Euch jetzt schon für diese Unterstützung danken. Auf das Regierungsprogramm möchte ich nicht im Detail eingehen, aber etwas zur Bedeutung und Erarbeitung dieses Papiers sagen. Sie haben den kurz gehaltenen Bericht und Antrag dazu erhalten. In Artikel 41 der Gemeindeordnung steht, dass der Stadtrat den Auftrag hat, dem Parlament zu Beginn einer neuen Amtsperiode ein Programm zur Kenntnis zu bringen, aktuell also für die Periode 2009 bis 2013. Wir wollen unsere Stadt steuern, Ziele festlegen und auf drei Ebenen realisieren. Sie sind untereinander kohärent oder auf der gleichen Welle verbunden. Im Jahr 2008 haben wir in diesem Saal das Leitbild unserer Stadt mit vier Leitzielen verabschiedet, die sogenannte normative Ebene, langfristig angelegt, vom Souverän, von der Legislative ausgehend. Das Regierungsprogramm ist die Ebene der Strategie, also des Stadtrates. Die dritte Ebene ist bekannt. Es ist die Verbindung dazu, die operative Seite, das jährliche Tätigkeitsprogramm, das der Stadtrat mit der Verwaltung zusammen erarbeitet und das immer im Januar des neuen Jahres bekannt gegeben wird. Dies wird auch im Jahr 2010 selbstredend wieder so geschehen. Der Titel des Regierungsprogrammes ist in der Tat auch Programm: „Im Team für Olten heute und morgen“. Das Team ist der Stadtrat, aber auch das Parlament, die Kommissionen und die ganze Bevölkerung. Der Stadtrat hat bei der Erarbeitung nach einem Prinzip gehandelt, nämlich die vielfältigen Potenziale zu nutzen, ohne bestehende Qualitäten zu gefährden. Im Übrigen gibt es sehr viel Potenzial in dieser Stadt und ebenso zahlreiche Qualitäten. Man muss es einfach wissen, wahr nehmen und vor allem wahr nehmen wollen. Potenzial nutzen und Qualitäten nicht gefährden ist also eine Art Headline in der Ausrichtung für die zukünftigen vier Jahre. Jetzt ein paar Punkte zum Programm: Es umfasst eine Zusammenfassung der Grundlagen ausgehend vom Regierungsprogramm 2005 bis 2009 und berücksichtigt auch Mitwirkungsverfahren mit der Bevölkerung, die wir alle kennen, aber auch Bevölkerungs- und Firmenumfragen. Die vier Leitziele des Leitbildes sind die Grundlage für die Formulierung der Legislaturziele im Mittelteil des Programms und in der dann folgenden Übersicht findet man die einzelnen Ziele, die Massnahmen, den Zeithorizont und die Zuständigkeiten. Im Stadtrat wollen wir ein stetiges Reporting und wollen wissen, wo

wir stehen, was wir gemacht haben. Ich gebe Euch jetzt ein ganz praktisches Beispiel, das nach der Verabschiedung des Regierungsprogramms zum Tragen kam. Es ist natürlich auch wieder etwas Eigenwerbung für den Stadtrat, aber trotzdem. Wir haben hier unter einem Ziel Folgendes formuliert: „Die treibende Kraft im regionalen Wirtschafts- und Lebensraum“. Wir haben die Ziele zusammen gehen – Fusion, das spreche ich nicht einmal direkt an – sondern auch in der ganzen Agglomeration zusammen zu arbeiten über die Grenzen hinweg ins Aareland. In den Medien konnte man lesen, was es bringt, wenn man ein Agglomerationsprogramm in diesem Raum postuliert, formuliert, über die beiden Kantone hinüber bringt. Man kommt nämlich zu Bundesgeldern in recht grosser Zahl. Seit Jahren ist dies genau das Bestreben des Stadtrates. Wir haben auch dies bereits ins neue Agglomerationsprogramm einfliessen lassen. An dieser Zielsetzung arbeiten wir praktisch jetzt schon sehr intensiv, und ich denke, wir werden auch Erfolg haben. Das Regierungsprogramm ist Pflichtlektüre für alle an der Entwicklung und Ausrichtung dieser Stadt Beteiligten. Es ist auch in der Agglomerationspolitik, in der Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn über die Kantonsgrenzen hinaus wegweisend und wichtig. Der Kanton als unser wichtigster Partner nach oben, quasi inhouse, will wissen, was die Stadt Olten plant und tut. In diesem Zusammenhang wurde auch in der GPK gefragt, wer denn ein solches Papier erhalte und ob man es überhaupt lese. Antwort damals, die heute auch noch gilt: Wir bedienen alle politischen Behörden wie Figura beweist. Aber es sind nicht die Einzigen. Es geht in die Regionen, in den Kanton, über die Grenzen hinaus. Wir bedienen die Wirtschaft und das Gewerbe und haben aktuell schon Anfragen aus interessierten Kreisen ausserhalb der Wirtschaft: Zur Zeit ist also die Stadt und Region Olten in Kreisen, die sich für Firmenstandorte, Firmen und Vermarktung oder Standortevaluation interessieren und damit zu tun haben, sehr bekannt. Jetzt kommt ein Detail: Ein solches Papier, das quasi “state of the art” sein sollte – dieses Wort ist in der GPK gefallen – muss modern gestaltet sein. Wir vom Stadtrat haben den Eindruck, dies sei absolut erfüllt. Zu einem modern gestalteten Papier gehören auch Fotos. Es geht nicht um die Porträts von uns fünf hier vorne. Das muss auch sein, und diese Fotos sind unter uns gesagt „saugut“. Es geht um die anderen Fotos, die alle eine klare Bedeutung haben. Wenn man etwas tiefer geht und die Zielsetzungen liest, kommt man automatisch zu einem solchen Foto. Das Papier wird angewendet, gelesen und gebraucht. Der Versand wird unmittelbar nach der Parlamentssitzung erfolgen. Bis Ende Jahr sind alle Beteiligten, die wir berücksichtigen möchten, im dessen Besitz. Der Stadtrat ist überzeugt, dass mit dem vorliegenden Programm die strategische Ausrichtung unserer Stadt gut wieder gegeben ist und wird, und alle gemeinsam – ich appelliere noch einmal an alle hier – diese Massnahmen auch realisieren können. Wir bitten um eine wohlwollende Kenntnisnahme.

**Dr. Markus Ammann:** Die SP-Fraktion hat keine grundsätzlichen Einwände gegen das Regierungsprogramm 2009 bis 2013 und wird es im Sinne von Ernst Zingg wohlwollend zur Kenntnis nehmen. Wir erachten es als umfassend und anspruchsvoll, sollte alles umgesetzt werden. Unsere Diskussion hat sich wie auch in der GPK auf zwei Ebenen abgespielt, einerseits auf einer formalen und andererseits auf einer inhaltlichen. Zum Formalen: Grundsätzlich gehen wir davon aus, dass es ein korrekter Aufbau ist, und es ist auch sehr farbig. Unserer Meinung nach hat es eine Tendenz zur Oberflächlichkeit. Viele Bilder und Grafiken. Man kann auch sagen: Im Sinne eines modernen Erscheinungsbildes. Allerdings scheinen uns Grundlagen und Vorspann etwas gar viel Platz einzunehmen gegenüber dem, was wir als besonders wichtig erachten. Der Gesamteindruck kommt einer – ich sage es jetzt etwas böse – x-beliebigen Werbebroschüre nahe. Aber vielleicht hat es ja auch einen Hintergrund, so wie es Ernst Zingg ebenfalls ausgeführt hat. Wir meinen aber, in gewissen Teilen könnte weniger etwas mehr sein. Zum Inhaltlichen: Hier reden wir quasi nur von den letzten vier bis sechs Seiten. Die Massnahmen zu den Leitzielen scheinen uns ebenfalls relativ umfassend, geordnet, übersichtlich und auch richtig aus dem Leitbild abgeleitet. Wir finden ein paar überzeugende Themenblöcke, die uns besonders am Herzen liegen. Deshalb möchte ich sie kurz erwähnen, wenigstens zwei oder drei Auszüge. Die Reorganisation der Stadtentwicklung: Ich gebe zu, dass wir hier ganz grosse Erwartungen haben, für uns eine unverzichtbare Voraussetzung für all diese vielen grossen Bauprojekte und die gesamte Investitionstätigkeit in den nächsten Jahren. Die Energieeffizienz und damit verbunden auch die Umsetzung der Gebäudestrategie, welche die Stadt ja hat. Ich glaube, hier sind wir auf gutem Wege und müssen dies unbedingt voran treiben. Die Fusion, die jetzt einen deutlichen

Schritt näher gerückt ist. Ich denke, das ist ein wichtiges Ziel: Die Kommunikation der Verwaltung und des Stadtrates, wo wir noch ein gewisses Potenzial zur Verbesserung vermuten. Es sind auch einige Trouvaillen enthalten, zum Beispiel die Fusion ohne eigentliche Fusion. Wenn ich an die Feuerwehr oder den Zivilschutz denke, finden wir dies absolut richtig. Es geht in die richtige Richtung. Weiterführung oder vielleicht auch Anfang des ganzen Themas „Sicherheit in Olten“ mit aktiven eigenständigen Massnahmen und nicht warten, bis man dann noch etwas nebenbei machen kann. Spannend finde ich eben auch die ganze E-government-Strategie, die man zusammen mit dem Online-Service aufbauen will. Wir denken, das sind ganz klar Schritte in die Zukunft. Es hat auch einige Sachen, mit denen wir etwas mehr Mühe haben oder die uns fehlen. Dazu noch zwei, drei Beispiele: Die Weiterführung des Bornfeldes ist unserer Meinung nach eigentlich eine typische Stadtentwicklungsfehlplanung. Der Logo-Salat hinten ist uns aufgefallen. Wir haben dies als Ausdruck einer Art Beliebigkeit interpretiert, nicht von Corporate Identity, wie man heute so schön sagt. Mit anderen Worten: Vielleicht auch keine Klarheit im Auftritt nach aussen oder Ausdruck einer mangelnden Klarheit in der Zielsetzung der Entwicklung der Stadt trotz eines Leitbilds. Themen, die uns eigentlich sehr fehlen und auch nicht vorhanden sind, sind: Die Ladenschliessungen in der Innenstadt und die Belebung der Innenstadt. Vielleicht sind sie irgendwo versteckt. Aber explizit fehlt uns dies. Es ist ein grosses Anliegen, das viele Leute beschäftigt. Fazit: Die Darstellung der Massnahmen unter den vier Leitzielen ist richtig, und es macht es uns einfach, die Erreichung der Ziele auch zu überprüfen. Wir werden dies selbstverständlich tun und werden vom Stadtrat, der dieses Reporting selber jährlich zur Verfügung stellen will, unterstützt. Am Schluss vielleicht noch ein positives Feedback oder, wie es Ernst Zingg auch gesagt hat, etwas Eigenwerbung: Mit Freude stellen wir nämlich fest, dass die zentralen Maximen im Regierungsprogramm aus dem Leitbild übernommen wurden, die vier Merksätze zu einem guten Teil aber aus der SP-Feder stammen. Wir haben damit aber auch eine Hoffnung verbunden, dass es eben nicht nur Merksätze bleiben, sondern zu echten Handlungsgrundsätzen für diese Stadt werden. In diesem Sinne schreiten wir nach der schönen Broschüre endlich oder noch viel mehr zu den Taten.

**Felix Wettstein:** Die Grüne Fraktion findet das Regierungsprogramm formal und inhaltlich gut. Es ist sehr gut aufgebaut und gut begründet. Wir schätzen, dass ein Vorwort schon einmal als eine sehr gute Zusammenfassung der wichtigsten Anliegen eingesetzt wird. Als wertvoll erachten wir, dass zuerst ein Rückblick auf die vergangenen vier Jahren gemacht, eine Bilanz gezogen wird und Schlüsse daraus gezogen werden. Ganz besonders unterstützen wir, dass der Stadtrat sich mit diesem Programm auf das Leitbild abstützt und den Weg der übergeordneten Leitziele über die Legislaturziele bis zu den einzelnen Massnahmen sehr transparent darstellt, auch optisch mit den farbig hinterlegten Flächen. Inhaltlich hätten wir es begrüsst, wenn das Ziel „ausgeglichene Bevölkerungsstruktur“ und „sozialer Ausgleich“ etwas mehr zu finden gewesen wäre. Wir erkennen nur wenige Beispiele, wo die Stadt aktiv gestaltend auf dieses Ziel hin arbeitet. Die Integrationsstelle ist zweifellos etwas Gutes. Aber sie ist eben doch nur ein kleiner Mosaikstein. Wir würden es begrüssen, wenn wir sowohl zum Thema soziale Durchmischung wie auch zu sozialem Ausgleich Kennzahlen hätten, die alle vier Jahre erhoben werden. Weiter möchten wir anregen, dass der Stadtrat aus den Ergebnissen der Bevölkerungsbefragung, die in diesem Jahr durchgeführt worden war, noch eindeutiger Schlüsse zieht. Das Urteil der Bevölkerung war ja zum Beispiel zu den Mitwirkungsmöglichkeiten ziemlich verhalten. In unserem Leitbild steht: „Olten sei Vorbild bezüglich Sicherheit, Solidarität und Mitwirkung“. Zur Mitwirkung sind die Legislaturziele noch etwas schmal ausgefallen. Wir hoffen, dass die Formel „Mitwirkungsangebote näher zum Publikum bringen“ schon bald klarere Konturen erhält. Ich möchte an dieser Stelle etwas aufgreifen, dass Ernst Zingg vorher gesagt hat: Es soll Pflichtlektüre für alle werden, die an der Entwicklung dieser Stadt beteiligt sind. Ich selber nehme dies ernst und lege es unter das Kopfkissen und träume vielleicht noch davon. Aber es ist ein Wort, wo wir sagen: Ja, dann gehört es tatsächlich allen Bewohnerinnen und Bewohnern der Stadt zugesandt, weil sie zu allen, die an der Entwicklung unserer Stadt beteiligt sind, gehören. Noch eine Anregung: Wir stellen uns vor, dass es jährlich einmal, am besten zeitgleich mit dem nachgeführten Finanz- und Investitionsplan einen Zwischenbericht zu diesen Legislaturzielen gibt, der in gleicher Art und Weise wie das Regierungsprogramm aufgebaut sein soll, unterteilt nach den vier Leitzielen und den Massnahmen. Vom Regierungsprogramm nehmen wir zustimmend Kenntnis.



**Simon Haller:** Die Fraktion CVP/EVP/GLP wird das Regierungsprogramm des Stadtrates einstimmig zur Kenntnis nehmen. Wir dürfen auch sagen, dass uns das Regierungsprogramm gefällt. Wir erachten es als inhaltlich ambitioniert, was ja so auch durchaus richtig ist. Uns gefällt aber auch die Aufmachung, was nicht unwesentlich ist, weil wir doch denken, dass es ein tägliches Arbeitsinstrument des Stadtrates ist und die Stadträtinnen und Stadträte wie auch wir Parlamentarierinnen und Parlamentarier es auch immer wieder gerne zur Hand nehmen müssen. Unsere Fraktion hat zwei Anmerkungen: Zuerst zum Inhaltlichen: Mit dem Leitziel 2 möchte der Stadtrat Olten als Wohnort weiter gezielt positionieren, ein Anliegen, das wir selbstverständlich mittragen. In diesem Zusammenhang fehlen uns aber im Regierungsprogramm konkrete Ziele und Massnahmen, wenn es darum geht, den Neubau der Fachhochschule auch optimal auszunützen. Unserer Meinung nach muss es ein Ziel sein, dass möglichst viele Leute, die an der Fachhochschule studieren oder arbeiten, auch zu Bewohnerinnen und Bewohnern dieser Stadt werden. Gerade Studierende sind im Hinblick auf zukünftige Bewohner und Bewohnerinnen für unsere Stadt sehr attraktiv und müssen deshalb auch aktiv beworben werden. Wir möchten, dass sich der Stadtrat diesem Thema annimmt und mit den Verantwortlichen der Fachhochschule das Gespräch sucht. Es darf nicht sein, dass die Leute, die an der Fachhochschule ein- und ausgehen, von der Stadt nur den Weg vom Bahnhof zur Fachhochschule kennen, ein Weg, der ja nicht gerade sehr attraktiv ist. Die zweite Bemerkung geht in eine ähnliche Richtung wie das Votum von Felix Wettstein. Wir möchten, dass der Stadtrat das Regierungsprogramm gegenüber der Bevölkerung aktiv bewirbt. Schliesslich hat die Bevölkerung zu diesem Regierungsprogramm wichtige Beiträge geleistet. Einerseits haben 500 Personen an der Bevölkerungsumfrage teilgenommen, sie haben am Mitwirkungsverfahren teilgenommen und nicht zuletzt den Stadtrat ja auch gewählt. Entsprechend der stadträtlichen Handlungsmaxime „Worte über Taten“ wünschen wir uns, dass der Stadtrat sein Regierungsprogramm im Sinne einer Bringschuld aktiv an die Bevölkerung heran trägt. Es darf nicht sein, dass das Regierungsprogramm quasi nur als internes Dokument irgendwo in einer Ecke unseres Internetauftrittes auffindbar ist.

**Christian Werner, SVP-Fraktion:** Ich bin etwas erstaunt, wieviel man jetzt hier über die Aufmachung, Bilder und Farben diskutiert. Eigentlich liegt ja das Ganze in der Kompetenz des Stadtrates und das Parlament hat es schlichtweg einfach zur Kenntnis zu nehmen. Deshalb werde ich über die Aufmachung die schönen Fotos weder Worte verlieren noch eine grosse Laudatio tätigen. Das haben ja die anderen Fraktionssprecher bereits zur Genüge getan. Man kann es nur zur Kenntnis nehmen, und wir werden dies auch tun, weil uns nichts anderes übrig bleibt. Wir werden es aber nicht, wie es Ernst Zingg sich gewünscht hat, wohlwollend, sondern ablehnend zur Kenntnis nehmen. Eine kurze Begründung, weshalb wir zu diesem Schluss kommen. Es hat eigentlich zwei Hauptgründe. Erstens teilen wir inhaltlich etliche Ziele nicht mit dem Stadtrat, vor allem wenn wir bei den Legislaturzielen lesen: Attraktive Fussgänger- und Veloverbindungen, ein weiterer Ausbau des öffentlichen Verkehrs usw. Uns erscheint dies etwas als Wunschkatalog oder ein Katalog von Maximalforderungen, vor allem wenn man bedenkt, dass gerade in Olten der öffentliche Verkehr extrem gut ausgebaut ist. Ich benütze ihn tagtäglich. Auf den meisten Linien hat man jede Viertelstunden einen Bus und auf denjenigen, wo man seltener einen Bus hat, sind die Busse fast leer. Wenn man ständig nur einen weiteren Ausbau fordern will, ohne sich eigentlich auch zu fragen, ob überhaupt eine Nachfrage besteht, erscheint uns dies falsch. Fussgängerverbindungen sind unseres Erachtens beispielsweise attraktiv, und es muss nichts daran gemacht werden, es sei denn, es sei sicherheitsrelevant. Aber dann geht es mehr in den Bereich der öffentlichen Sicherheit bzw. Sicherheit im öffentlichen Raum, wie es im roten Block gefordert ist, roter Block nicht nur im bildlichen, sondern auch etwas im wortwörtlichen Sinn, wenn man die Forderungen liest. Der zweite Grund, weshalb wir dies ablehnend zur Kenntnis nehmen, ist eigentlich, dass viele Ziele, und das sehe ich anders als meine Vorredner, eben nicht so messbar sind wie es vorher geheissen hat. Ein Regierungsprogramm ist etwas, an dem man den Stadtrat am Ende der Legislatur sollte messen können. Viele Ziele sind unseres Erachtens überhaupt nicht messbar, beispielsweise Förderung der rechten Aareseite. Auch als Bewohner sehe ich nicht wirklich, was hier gemeint ist. Egal, was gemacht wird und welche Projekte verabschiedet werden, wird man immer sagen können, der Punkt sei erfüllt und die rechte Aareseite gefördert

worden, weil ja gar nicht klar ist, worin diese Förderung besteht. Auch Sätze wie „sozialer Ausgleich durch Integration“ sind einfach so etwas schön. Ich habe zwar nie das Parteiprogramm der SP gelesen, aber ich stelle es mir etwa so vor. Oder auch „Förderung des Gemeinschaftsgefühls in der Oltnen Bevölkerung“ ist wunderbar, aber es ist überhaupt nicht messbar, wie man ein Gemeinschaftsgefühl fördern möchte und was dies genau ausmacht und genau ist. Wir hätten auch bevorzugt, dass der Stadtrat sich beispielsweise eine Verhinderung einer Steuererhöhung zum Ziel gesetzt, auch dazu geäußert und vielleicht etwas weniger die roten und grünen Forderungen in den Vordergrund gestellt hätte. Aber man kann nicht anders als zur Kenntnis nehmen, einfach ablehnend.

**Urs Knapp:** Dieses Geschäft hat in der FdP-Fraktion keine grosse Diskussion ausgelöst, und wir werden auch für Kenntnisnahme sein. Es ist ein Absichtsprogramm des Stadtrates, zu dem weder das Parlament noch die Fraktionen oder die Parteien etwas haben sagen können. Von daher ist es etwas, das man zur Kenntnis nehmen muss oder kann. Aber es ist noch kein Entscheid. Wir sind uns sehr bewusst, dass die politischen Diskussionen und auch die Entscheide über einzelne Aussagen in diesem Regierungsprogramm später kommen werden. Erst dann wird sich zeigen, ob diese Ideen und Absichten, der gute Wille der Stadträtin und Stadträte auch mehrheitsfähig sind. Eine grundsätzliche Bemerkung haben wir zum Vorgehen und zur Zielformulierung. Wir nehmen an, dass der Stadtrat hier den klassischen strukturierten Weg gegangen ist, der nachvollziehbare und klar überprüfbare Leitplanken gibt. Es gibt eine Ausgangslage, man formuliert Ziele, definiert die Strategie, formuliert Massnahmen und überprüft sie nachher auch. Bei der Ausgangslage würde unserer Meinung nach noch mehr dazu gehören, vielleicht auch eine kritische Überprüfung der erreichten Ziele. Wenn in der Einleitung auf die letzten vier Jahre zurück geblickt wird, ist es eine relativ kurze Darstellung. Es steht auch, bei einigen Bereichen seien die Verbesserungen noch nicht in zufriedenstellendem Mass erreicht worden. Hier wäre interessant gewesen zu erfahren, weshalb es nicht erreicht wurde. Was hätte anders gemacht werden müssen? Dann hätte man nämlich für die nächsten vier Jahre auch eine Lehre daraus ziehen können. Wir vermissen auch ein wenig eine etwas kritische Würdigung der Ausgangslage. Es ist etwas viel Selbstbeweihräucherung. Man ist zufrieden, sieht das Positive und die andere Sicht nicht. Beispielsweise gibt es ein Städterating der Bilanz. Hier hat Olten zwar einen grossen Schritt vorwärts auf Rang 37 gemacht. Aber Aarau ist auf Rang 13. Es hätte ja auch ein Ziel sein können, dass man dort näher kommt. Oder es gibt ein Städterating, das im November in der Weltwoche publiziert wurde, wo alle 854 Gemeinden mit über 2'000 Einwohnern angeschaut wurden. Hier ist Olten auf Rang 527 hinter verschiedenen anderen Gemeinden aus allen Kantonen. Man kann jedes Rating hinterfragen. Aber auch das könnte ein Punkt sein: Weshalb sind wir hier auf Rang 527? Gibt es vielleicht doch noch Punkte, die angeschaut werden und die ins Programm einfließen müssten, damit man dort besser sein könnte? Eine etwas selbstkritische Auseinandersetzung mit einer Sicht von aussen haben wir in der Ausgangslage etwas vermisst. Bei der Zielformulierung hätten wir gerne gehabt, dass die einzelnen Ziele klarer und vor allem überprüfbar formuliert worden wären. Wir können all diese Wünsche teilen, dass man dies regelmässig jährlich oder in vier Jahren überprüfen soll. Aber Ziele kann man nur dann überprüfen, wenn man sie auch so formuliert, dass sie überprüfbar sind. Hier ist es natürlich schon so, dass die Legislaturziele des Stadtrates, sie nicht oder die wenigsten messbar sind. Es sind Massnahmen erwähnt. Massnahmen sind dann aber zum Teil Ziele und nicht Massnahmen. Ein Beispiel: Sicherung des finanziellen Handlungsspielraums ist eigentlich nicht ein Ziel, sondern es müsste so sein. Was heisst dies konkret? Unter den Massnahmen sind gewisse Ziele formuliert, die eigentlich Ziele sind. „Ausgleich der laufenden Rechnung in der Planperiode“ ist ein klares Ziel. Es ist in der Planperiode messbar. „Reduktion Ausgabenwachstum“ ist eigentlich nicht ein Ziel, sondern eine Massnahme zur Erreichung des Zieles. „Attraktivität durch Halten des Steuersatzes“ ist wieder ein Ziel. Es ist eine klare Aussage. „Bestandespflege juristischer Personen“: Wie will man dies überprüfen? Was heisst das? Es ist eigentlich kein Ziel, sondern eine Aussage. Ich lege so sehr Wert auf eine klare Zielformulierung, weil dies nachher der Ausgangspunkt ist, der auch im ganzen Zielprozess der Stadtverwaltung, Mbo, weiter geht. Je klarer die Ziele bereits hier vom Stadtrat formuliert sind, desto klarer und einfacher kann man nachher auch weiter hinunter gehen. Nehmen wir jetzt wieder dieses Beispiel: Wenn man mit der Finanzdirektion diskutiert und Ziele vereinbart, klare Zielsetzungen vom Stadtrat hat, muss

man diese auch auf die nächsten Stufen hinunter brechen. Von daher werden wir das Regierungsprogramm zur Kenntnis nehmen. Wir regen einerseits an, dass der Stadtrat eine Aussensicht noch stärker einbezieht, kritische Worte nicht ausblendet, sie aber auch bewertet. Andererseits sollen die Ziele so klar formuliert werden, dass sie wirklich auch messbar und deshalb auch lebbar werden.

**Stephan Hodonou:** Ich möchte noch einige Ausführungen aus der Sicht der EVP Olten machen. Olten ist die schönste Stadt Europas. Diesen Satz können nur Oltennerinnen und Oltenner verstehen. Olten die schönste Stadt Europas. Das ist nämlich eine Herzensangelegenheit. Wenn ein Mann quasi voller Bewunderung von seiner Frau spricht und sagt, sie sei die Schönste, ist es eine Herzensangelegenheit. Etwas davon spüren wir auch im Regierungsprogramm, das der Stadtrat uns vorlegt, etwas von dieser Frische und das Potenzial in der Stadt Olten, das der Stadtrat erkennt; etwas von diesen Schätzen und Perlen, die vielleicht manchmal verdeckt sind. Das freut uns sehr und zeugt auch etwas von einer neuen „schaffnerischen“ Lust, die im Stadtrat herrscht, was uns sehr positiv stimmt. Wir danken dem Stadtrat vielmals für das Regierungsprogramm mit den konkreten Zielen. Es ist auch schön, dass sich der Stadtrat an diesen Zielen messen lässt. Noch eine kleine Ergänzung, die uns dort noch gefehlt hat und die wir dem Stadtrat gerne mitgeben möchten. Uns scheint, dass gewisse Ziele einfach so nebeneinander stehen und nicht sehr gewichtet sind. Dort haben wir den Eindruck, es wäre gut, wenn man eine Gewichtung hinein bringen könnte. Ich möchte ein Beispiel anführen: Bei Leitziel 1 steht unter anderem bei den Massnahmen: „Qualitätsentwicklung auf allen Schulstufen. Die drei Massnahmen Förderung, integrativer Unterricht und Einführung des gemeinsamen Labels 21 liegen nicht in der Hand der Stadt. Das können wir nicht beeinflussen. Es liegt in anderer Hand. Dann stehen aber andere Punkte, die uns sehr wichtig erscheinen, zum Beispiel Leitziel 4 „Quartierentwicklungsprojekt Chance Olten Ost“. Wir möchten einfach dem Stadtrat beliebt machen, neben diesen Zielen und Massnahmen auch eine Priorisierung einzuführen und zu sagen, welches die Toppliste all dieser Punkte ist und wo der Stadtrat einen Schwerpunkt setzen möchte. Wir finden, eine Toppriorisierung für den Stadtrat muss unbedingt das Quartierentwicklungsprojekt „Chance Olten Ost“ sein, weil dies ein Ort ist, wo noch massives Entwicklungspotenzial besteht. Für unsere Stadt wird es in die eine oder andere Richtung entscheidend sein. Deshalb möchten wir aus der Sicht der EVP dem Stadtrat wirklich beliebt machen, dieses Projekt zuoberst auf die Liste zu setzen oder sich ein paar Projekte aufzusuchen, die zuoberst auf die Liste kommen.

**Stadtpräsident Ernst Zingg:** Wie sagt man jeweils so schön: „Der Stadtrat bedankt sich für die wohlwollende Aufnahme des vorliegenden Produktes“. Ich denke, durch die Reihen hindurch ist es zumindest nicht nur negativ. Dafür möchte ich wirklich danken und Euch sagen, dass wir fünf das Gesagte ernst nehmen. Wie übermitteln wir dies auch der Bevölkerung? Wir werden prüfen, wie wir dies lösen können, über die IT-Technik oder eine andere Art und Weise. Einfach, damit wir nicht von falschen Voraussetzungen aus gehen: Der Sprecher der CVP hat erwähnt, es fehle dabei das Produkt oder eigentlich das Highlight, die Fachhochschule auszunützen. Wir nützen diese fast masslos aus. Die Fachhochschule ist in sämtlichen Entwicklungsprojekten dieser Stadt in irgend einer Form vertreten: Von der Wohnregion, wo sie sogar das Produkt, das ganze Programm gemacht hat, bis zur Entwicklung des Quartiers Olten Ost usw. Sie ist immer integriert und macht mit grossem Einsatz mit. Das ist von der Gesamtschulleitung abgesegnet. Zur Aussage der SVP: Natürlich nimmt der Stadtrat nicht sehr gerne zur Kenntnis, dass man es ablehnend zur Kenntnis nimmt. Inhaltlich werden etliche Ziele nicht geteilt, zu voluminös, andernorts zuwenig detailliert. Ich denke, die Stadt Olten ist nicht eine Stadt, wo nur der Individualverkehr eine Rolle spielt. Sonst schaut bitte die Vorstösse der letzten Jahre an. Bei der Entwicklung im Innenstadtbereich, auch im Rahmen der Parlamentsarbeit, geht es immer auch um Fussgänger und Velofahrer. Viele Ziele seien nicht messbar. Unter anderem ist die Förderung der rechten Aareseite erwähnt worden. Es ist zweimal von anderen Rednern angesprochen worden. Ich möchte auf Leitziel 4, unterste Massnahme, das Quartierentwicklungsprojekt, hinweisen. Ich möchte Euch einfach noch einmal sehr klar sagen, dass wir eine der Schweizer Städte sind, die in einem Bundesprogramm unter dem Titel „Projet urbain“ mitarbeiten kann. Wir werden von Bund und Kanton gefördert, um genau zu machen, was der SVP immer ein Anliegen ist, nämlich ein Quartier so in den Griff zu

bekommen, dass man dort zusammen wohnen und leben kann und das Quartier auch nach aussen eine gute Struktur hat. Da gehören eben nicht einfach nur ein Ausländer und ein Schweizer dazu, sondern, dass man auch schaut, wie die Liegenschaften aussehen, wie unter anderem auch das Angebot an Bushaltestellen und die Möglichkeiten zum Einkaufen, der Schulweg usw. sind. Das ist ein wichtiges Projekt für uns, ist aber klar strukturiert und die Bevölkerung ist einbezogen. Ich lade Euch ein, auf diesem Gebiet mitzuarbeiten. Es wird ein Workshop stattfinden, der für alle im besagten Quartier Olten Ost offen ist. Zur FdP-Aussage: Ich glaube, es hat ein Spezialist im Bereich von Zielformulierungen gesprochen. Aber ich kann ihm sagen, dass es andere Spezialisten gibt, die andere Zielformulierungen stipulieren. Ich glaube, der Stadtrat hat versucht, den klassisch strukturierten Weg zu gehen und war nicht selbstgefällig, aber – hier danke ich Stephan Hodonou – wir dürfen etwas stolz sein auf unsere Stadt. Wir vom Stadtrat repräsentieren diese Stadt – nehmt dies zur Kenntnis – und gehen nicht hinaus und schauen griesgrämig drein, sondern stellen uns hin und sagen nicht wie viele Oltnerinnen und Oltner: Was ist eigentlich los? Von aussen wird dies völlig falsch wahrgenommen. Wir versuchen, unsere Stadt mit positiven Aussagen nach aussen zu verkaufen, und denken, dass uns dies gelungen ist. Ich nehme an, dass Ihr dies alle auch tut. Selbstbewusstsein ist sicher ein Thema, das wir hegen und pflegen möchten. Wir sind die schönste Stadt von Europa. Merci. Das nehmen wir gerne zur Kenntnis.

## **Beschluss**

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

**Daniel Schneider:** Einen kleinen Hinweis kann ich hier nicht unterlassen. Auf der blauen Seite ist unter Leitziel 3 für mich etwas komplett Neues in einem Regierungsprogramm erwähnt, nämlich „allenfalls personelle Anpassungen“. Über diesen Satz muss man stolpern, und ich möchte daran erinnern, dass wir schon mehrere Male mit ordentlichen Bemühungen aus dem Parlament versucht haben, den millionengrossen Gewinn, den wir in den letzten paar Jahren erzielt haben, kreativ einzusetzen in spürbare, erlebbare und lesbare Projekte für die Bevölkerung. Das ist in der Regel eigentlich daran gescheitert, dass sie eigentlich nie die Reife hatten, um sofort ausgelöst werden zu können. Es ist egal welches Projekt. Man hat dann einfach mehrere, die anstehen – sie stehen jetzt vor uns – wo der Geldbeutel langsam schmaler wird. Ich bin froh, dass man dies einmal sachte antönt. Man hat offenbar in der GPK auch schon ganz vorsichtig angedeutet, dass etwas passieren wird. Ich meine, wir müssen dies früher oder später – ich mache es heute nicht; ich traue mich noch nicht – über die unangemessenen Leistungsengpässe in einigen Abteilungen sprechen. Auch beim Investitionsprogramm sehen wir dann, was wir alles zu realisieren planen, was auch personelle Konsequenzen hat. Ich möchte dem Präsidium, wie dort steht, und wo ich meine, es müsste Präsidium/Bau stehen, die Unterstützung bei einer tabulosen Analyse und einer gut strukturierten Neuausrichtung zusichern und denke, dass ich nicht für mich allein spreche.

**Urs Knapp:** Einfach noch eine Erklärung: Eine personelle Anpassung kann ja gegen oben und gegen unten gehen. Es ist nicht klar, in welche Richtung der Stadtrat gehen will. Das Andere, das man auch in der GPK gehört hat und das gesagt werden muss, ist, dass in den Projekten, ein Teil des Projektbudgets, immer auch ein Teil Personalkosten enthalten sind. So haben wir dies erfahren. Von daher denke ich, dass auch der Stadtrat dies aufgenommen hat. Wir hatten dies beispielsweise auch in der Baubegleitung der ERO. Dort hat man bewusst Zusatzkapazitäten auf temporärer Ebene geschaffen. Ich glaube, so neu ist dies auch wieder nicht.

## **Beschluss**

Einstimmig fasst das Parlament folgenden Beschluss:

Vom Regierungsprogramm 2009-2013 des Stadtrates von Olten wird Kenntnis genommen.

Mitteilung an:  
Direktionskonferenz (9)  
Kanzleiakten

Verteilt am:

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 18. November 2009

Akten-Nr. 13/14

Prot.-Nr. 40

## Finanz- und Investitionsplan 2010-2016/Genehmigung

Olten im Wandel für heute und morgen: Für die Planperiode sind Investitionen in der Höhe von 153 Millionen Franken (Vorjahresplanung 132 Millionen Franken) vorgesehen. Die hohen Investitionsbeiträge an den Kanton für das Verkehrsprojekt ERO und der Standortbeitrag für den Neubau der Fachhochschule sowie flankierende Massnahmen zu diesen beiden Projekten bringen bereits eine hohe Grundlast in die Planung ein. Weiter gelangen aufgrund des Planungsfortschritts nun für einige grosse Projekte die Realisierungsbeträge in die aktualisierte Planung. Die künftige Finanzlage zeigt sich sehr angespannt und ist nur dank dem konsequenten Schuldenabbau der letzten Jahre ohne Steuererhöhungen finanzierbar.

Sehr geehrter Herr Präsident  
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen den aktualisierten Investitions- und Finanzplan für die Planperiode 2010 bis 2016 und bittet um Kenntnisnahme.

### 1. Inhalt Investitions- und Finanzplan

Der Investitions- und Finanzplan unterteilt sich in drei Bereiche:

#### 1.1. Finanzplan

Der Teil Finanzergebnisse entspricht der Planerfolgsrechnung. Er weist die Planergebnisse, die voraussichtliche Entwicklung der Aufwand- und Ertragsarten sowie den Selbstfinanzierungsgrad aus. Ebenso sichtbar sind die Steuervorgaben und die Entwicklung des Nettovermögens bzw. der Nettoschuld. Die Parameter für die Prognosen basieren auf aktuellen Informationen und sind grösstenteils fremdbestimmt, wie nachfolgende Aufstellung zeigt.

| <b>Parameter</b>                             | <b>Einfluss Gemeinde</b> |
|----------------------------------------------|--------------------------|
| <b>Investitionsvolumen</b>                   | mit Ausnahmen steuerbar  |
| <b>Selbstfinanzierungsgrad</b>               | steuerbar                |
| <b>Nettoschuld</b>                           | steuerbar                |
| <b>Wirtschaftswachstum real</b>              | nicht steuerbar          |
| <b>Teuerung</b>                              | nicht steuerbar          |
| <b>Zinsniveau</b>                            | nicht steuerbar          |
| <b>Bevölkerungswachstum</b>                  | beschränkt steuerbar     |
| <b>Wachstum Steuerertrag</b>                 | nicht steuerbar          |
| <b>Steuertarif</b>                           | nicht steuerbar          |
| <b>Steuerfuss</b>                            | steuerbar                |
| <b>Auswirkungen der Gesetze</b>              | nicht steuerbar          |
| <b>Auswirkungen von externen Beschlüssen</b> | nicht steuerbar          |
| <b>Auswirkungen von internen Beschlüssen</b> | beschränkt steuerbar     |

Einzelne Parameter haben durchaus Auswirkungen auf andere Parameter. Beispielsweise kann ein zu hoher Steuerfuss das Bevölkerungswachstum bremsen oder eine zu grosse Verschuldung kann das Investitionsvolumen der Folgejahre beeinflussen.

## 1.2 Investitionsplan

Im **Investitionsprogramm** sind die vorgesehenen Bauprojekte aufgeführt und deren Ausgaben auf die einzelnen Planjahre verteilt. Sie sind den folgenden Kriterien zugeordnet:

|          |                                                       |
|----------|-------------------------------------------------------|
| <b>A</b> | <b>Werterhalt und ausserordentliche Investitionen</b> |
| <b>B</b> | Entwicklungsinvestitionen                             |
| <b>C</b> | Investitionsbeiträge an Kanton                        |
| <b>D</b> | Investitionsbeiträge mit Spezialfinanzierungen        |

Eine absolute Zuweisung ist nicht immer ohne weiteres möglich. So beinhalten beispielsweise Entwicklungsinvestitionen häufig auch einen Teil Werterhalt.

## 1.3 Projektbeschriebe

Der Beilagenteil enthält kurze **Projektbeschriebe** mit relevanten Angaben zu den geplanten Investitionsprojekten. Die Reihenfolge entspricht dem Investitionsplan.

## 2. Aufgabe der Investitions- und Finanzplanung

Der Auftrag für die jährliche Aktualisierung des Investitions- und Finanzplanes ist in Art. 43 der Gemeindeordnung geregelt. Danach hat der Stadtrat dem Gemeindeparlament einen Finanzplan für die nächsten fünf Jahre zur Kenntnisnahme vorzulegen. Wie in den Vorjahren sind die Zahlen für eine siebenjährige Periode dargestellt. Im Gegensatz zum Budget ist der Investitions- und Finanzplan nicht verbindlich, weil er auf einer Vielzahl von Annahmen basiert. Je länger der Zeithorizont, desto ungenauer sind die Ergebniszahlen. Zudem beeinflussen noch unbekannte und vor allem nicht beeinflussbare Faktoren die Planergebnisse mehr oder weniger stark.

Dennoch muss der Plan als verlässliches Arbeitsinstrument für bevorstehende Entscheidungen richtungsweisend sein. Er gibt Auskunft über die Prioritäten der baureifen Projekte und die finanzwirksamen Vorgänge und setzt aufgrund der vorgegebenen Finanzkraft die Grenzen für das Investitionsvolumen und die Verschuldung. Nicht zu unterschätzen sind die Folgekosten neuer Investitionen, die sich auf die Erfolgsrechnungen der nachfolgenden Jahre entsprechend auswirken. Als eigentliches Frühwarnsystem übernimmt der Investitions- und Finanzplan eine wichtige Aufgabe und darf auch für ein Gemeinwesen als Nonprofit-Organisation nicht unterschätzt werden. Nur mit klar definierten und massvollen Zielgrössen kann ein öffentlicher Finanzhaushalt nachhaltig ausgeglichen gestaltet werden.

## 3. Finanzpolitische Grundsätze

Nachfolgend die im Rahmen der Budgetweisung verabschiedeten finanzpolitischen Grundsätze des Stadtrates:

### Leitsatz

Der Stadtrat verfolgt eine nachhaltige Finanzpolitik, damit die künftigen Generationen nicht unverhältnismässige Folgekosten von heutigen Entscheidungen zu tragen haben.

Auf die Dauer sind Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen. Somit sind langfristig alle

Investitionen durch selber erarbeitete Mittel (Cash-flow) gedeckt.

- Konjunkturelle Defizite sind mittelfristig auszugleichen.
- In wirtschaftlich besseren Zeiten ist ein konsequenter Schuldenabbau vorzunehmen.

### **Verschuldung**

Das Resultat der nachhaltigen Finanzpolitik schlägt sich im Nettovermögen bzw. in der Nettoschuld pro Einwohner/in nieder. In der Planungsperiode 2010 – 2016 kann mit einem Nettovermögen gestartet werden. Aufgrund der starken Investitionstätigkeit bis Ende Planungsperiode wird eine Nettoverschuldung prognostiziert.

- Langfristig wird ein Nettovermögen pro Kopf angestrebt.
- Der mittelfristige Wert weicht positiv vom gewichteten Durchschnitt aller Solothurner Gemeinden ab.

### **Investitionen**

Das Investitionsvolumen der Stadt Olten richtet sich primär nach den finanziellen Möglichkeiten.

- Der Selbstfinanzierungsgrad für werterhaltende Investitionen beträgt dauernd 100%.
- Der Selbstfinanzierungsgrad der Gesamtinvestitionen liegt langfristig bei 100%.

### **Steuern**

Der Steuerfuss für natürliche und juristische Personen richtet sich an den mittelfristig notwendigen Steuereinnahmen aus.

- Der Steuerfuss für natürliche und juristische Personen ist identisch.
- Die steuerliche Belastung liegt im tiefsten Drittel aller Solothurner Gemeinden.

### **Abschreibungen**

Das Verwaltungsvermögen kann langfristig nach den Vorgaben von HRM2 abgeschrieben werden.

- Bezogen auf den aktuellen Anlagebestand liegt dieser Wert mittelfristig bei 12%.

## **4. Ausgangslage und Konjunktorentwicklung**

In der Herbstprognose vom 25. September 2009 fasst die KOF (Konjunkturforschungsstelle der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich) die erwartete Entwicklung wie folgt zusammen:

- *Nach dem deutlichen BIP-Rückgang zum Jahreswechsel 2008/2009 geht die KOF für 2009 von einer Wachstumsrate von – 3.4% gegenüber dem Vorjahr aus.*
- *Die gegenwärtige Stagnation wird erst Mitte 2010 durch eine langsame Erholung abgelöst.*
- *Deswegen wird das Wirtschaftswachstum 2010 nur 0.1% betragen.*
- *Die Teuerung wird im nächsten Jahr bei 0.5% liegen.*
- *Der private Konsum wird sich erst in der zweiten Jahreshälfte 2010 wieder etwas beleben.*
- *Im Jahr 2011 dürfte das BIP-Wachstum auf etwa 1.4% ansteigen.*
- *Die Arbeitslosenquote erreicht 2011 mit 5.5% ihren Höchststand.*

Der Blick auf die Budgetierungsgrundlagen des Kantons Solothurn für seine mittelfristige Planung 2010 – 2012 zeigt, dass basierend auf der Konjunkturprognose des Bundes vom Frühling 2009 mit fast identischen Annahmen gerechnet wurde:



- Infolge des verstärkten und alle Weltregionen betreffenden Konjunkturerinbruchs haben sich die Wirtschaftsaussichten auch für die Schweiz und den Kanton Solothurn seit Dezember 2008 weiter verdüstert.
- Die Rezession dürfte deutlich schärfer als bislang angenommen ausfallen. Für 2009 prognostiziert die Expertengruppe Konjunkturprognosen des Bundes einen Rückgang der Wirtschaftsleistung um -2,2%. Unter der Voraussetzung einer allmählichen Beruhigung der internationalen Finanzkrise in den kommenden Monaten und einer langsam einsetzenden Erholung der Weltwirtschaft sollte auch die Schweizer Wirtschaft 2010 wieder ein schwach positives Wachstum erreichen können (+0,1%).
- Infolge der starken Rezession ist eine deutliche Verschlechterung der Arbeitsmarktlage für 2009 und 2010 unausweichlich. Die Beschäftigung dürfte in den kommenden Quartalen beschleunigt abgebaut werden.
- Die Rezession wird sich auch in einem weiteren starken Anstieg der Arbeitslosigkeit niederschlagen. Für die Arbeitslosenquote prognostiziert die Expertengruppe 3,8% im Jahresdurchschnitt 2009 und 5,2% im Jahresdurchschnitt 2010.
- Erst im Verlauf von 2010 dürfte der Beschäftigungsrückgang im Zuge der einsetzenden Konjunkturerholung langsam abklingen.

## 5. Ergebnisse im Finanzplan

Im Vergleich zum Vorjahresplan ist der Bruttoüberschuss (Finanzkraft für Investitionstätigkeit) um ca. 2 Millionen Franken pro Jahr gesunken. Diese Veränderung kann dank dem guten Rechnungsergebnis 2008 aufgefangen werden. Gegen Ende der Planperiode erreicht der Bruttoüberschuss wieder die Werte des Vorjahresplans.

Grundsätzlich sollte ein Selbstfinanzierungsgrad von mittelfristig 100 % angestrebt werden. Je nach Konjunkturlage gelten die allgemein anerkannten Richtwerte für die Konjunkturzyklen

|                       |                         |
|-----------------------|-------------------------|
| <b>Hochkonjunktur</b> | <b>über 100 Prozent</b> |
| <b>Normalfall</b>     | <b>80 – 100 Prozent</b> |
| <b>Krise</b>          | <b>50 – 80 Prozent</b>  |

Der Selbstfinanzierungsgrad für alle Planjahre beträgt nur 55%. Unter Ausklammerung der Investitionsbeiträge an den Kanton weist diese Kennzahl einen Wert von 70 % aus.

Das Ziel einer ausgeglichenen Rechnung in jeder Periode kann ab dem Jahre 2012 nur mit der Entnahme aus der Ausgleichsreserve erreicht werden, weil ab diesem Zeitpunkt die Auswirkungen der zweiten Phase der Steuergesetzrevision zum Tragen kommen.

Die Ausgleichsreserve weist zurzeit einen Saldo von 38 Millionen Franken aus und sollte diesen Steuerausfall vorderhand decken können (bis Ende Planperiode 15.4 Mio. Fr.)

## 6. Steuerertrag und Festlegung des Steuerfusses

Die Haupteinnahmequelle eines Gemeinwesens wird stark durch äussere Einflüsse geprägt. Es sind dies hauptsächlich die Konjunkturlage, das kantonale Steuergesetz und die Firmenergebnisse. Eine Abschätzung dieser Entwicklung ist nur schwer möglich. Die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise haben deutliche Spuren hinterlassen.

Solche bedeutende Veränderungen haben rasche Auswirkungen auf die Steuereinnahmen. Die hohe Steuerkraft von Olten ist auf a.o. Faktoren bei den Gewinn- und Kapitalsteuern zurückzuführen. Deshalb ist die gut funktionierende Zusammenarbeit zwischen der Finanzdirektion und den Oltnern Unternehmungen von grosser Bedeutung.

Die zweite Steuerentlastung bei der Vermögens- und der Gewinnsteuer folgt im Planjahr 2012 mit geschätzten Auswirkungen von zusätzlich 2,3 Millionen Franken.

Aufgrund der Ergebnisse der rollenden Finanzplanung und der latenten Risiken bei den Steuereinnahmen gilt es periodisch abzuwägen, ob eine Priorisierung bei den Investitionen - verbunden mit einer Staffelung oder einem Verzicht - oder eine allfällige Steuersatzdiskussion zielführender ist.

Eine zu hohe Verschuldung ist nicht nachhaltig bezüglich Handlungsfreiheit und somit nicht verantwortbar.

## 7. Investitionsvolumen und –grenzen

Die erste Eingabe umfasste ein Volumen von rund 240 Mio. Fr. für die Planungsperiode. Ein solches Paket ist für Olten auch mit der finanziell guten Ausgangslage nicht verkraftbar. Die Nettoschuld würde die kritische Grenze von Fr. 2'500 pro Kopf bei weitem übertreffen.

Die Beurteilung dieser Kennzahl ist im neuen Rechnungsmodell wie folgt definiert:

|                      |                             |
|----------------------|-----------------------------|
| <b>0 – 1'000</b>     | <b>geringe Verschuldung</b> |
| <b>1'001 – 2'500</b> | mittlere Verschuldung       |
| <b>2'501 – 5'000</b> | hohe Verschuldung           |
| <b>&gt; 5'000</b>    | sehr hohe Verschuldung      |

Nur dank den sehr guten Abschlüssen der letzten Jahre kann sich die Stadt überhaupt ein Investitionsvolumen von über 80 Mio. Fr. leisten. Diese guten Abschlüsse und moderate Investitionsvolumen in der gleichen Periode, geben der Stadt nun die Möglichkeit die anstehenden Grossprojekte realisieren zu können. Es braucht aber auch im jetzigen Zeitpunkt bereits eine klare Priorisierung.

Aufgrund der einnahmeseitig starken Abhängigkeit von den Steuern der Juristischen Personen muss die wirtschaftliche Entwicklung periodisch und sorgfältig in die rollende Planung einbezogen werden. Basierend auf der aktuellen Finanzkraft und der festgelegten Finanzziele musste der Stadtrat die Prioritäten für den neuen Investitionsplan setzen und das Volumen auf ein finanzierbares Mass reduzieren. Verschiedene Vorhaben dienen der Stadtentwicklung und sind für die Förderung der Attraktivität bestimmt. Die Rentabilität solcher Projekte kann über eine längere Zeitachse sehr interessant werden, vor allem unter Einbezug des nicht oder nur schwer quantifizierbaren Nutzens (sog. weiche Faktoren).

Mit einem in den Planjahren schrittweise von 95% auf 80% sinkenden Realisierungsgrad wird immer noch mit einer Nettoinvestition von rund 153 Millionen Franken gerechnet. Dieser Wert übertrifft den letzten Investitionsplan um rund 29 Millionen Franken.

Auch mit dieser Verschiebung wird die Investitionstätigkeit in den nächsten Jahren stark ausfallen. Für den Investitionsanteil gelten folgende Richtwerte:

|                    |                                       |
|--------------------|---------------------------------------|
| <b>unter 10 %</b>  | <b>schwache Investitionstätigkeit</b> |
| <b>10 bis 20 %</b> | mittlere Investitionstätigkeit        |
| <b>20 bis 30 %</b> | starke Investitionstätigkeit          |
| <b>über 30 %</b>   | sehr starke Investitionstätigkeit     |

Mit einem Investitionsanteil von 23 – 26% in den Planjahren bis 2013 wird Olten eine starke Investitionstätigkeit auslösen.

Die gesamte Investitionssumme teilt sich auf in

| <b>Kategorie</b>                                          | <b>Anteil</b> |
|-----------------------------------------------------------|---------------|
| <b>Werterhaltende und ausserordentliche Investitionen</b> | 34.5 %        |
| <b>Entwicklungsinvestitionen</b>                          | 41.5 %        |
| <b>Investitionsbeiträge an Kanton</b>                     | 14.6 %        |
| <b>Investitionen mit Spezialfinanzierungen</b>            | 7.8 %         |

Die grössten Ausgaben (in Mio. Fr.) sind bestimmt für die Objekte

|                                                                 |             |
|-----------------------------------------------------------------|-------------|
| <b>Verkehrskonzept Innenstadt / Begegnungszone</b>              | <b>18.8</b> |
| <b>Projekt ERO (inkl. flankierende Massnahmen)</b>              | <b>18.6</b> |
| <b>Attraktivierung Aareraum</b>                                 | <b>15.0</b> |
| <b>Fussgänger- und Veloverbindung Hammerallee/Olten Südwest</b> | <b>11.0</b> |
| <b>Bahnhof Ost</b>                                              | <b>9.2</b>  |
| <b>Standortbeitrag für den Neubau Fachhochschule</b>            | <b>6.7</b>  |
| <b>Erschliessungen Neubaugebiete und Südwest</b>                | <b>5.3</b>  |

Im Investitionsplan nicht enthalten sind grundsätzlich Projekte, die zeitlich und/oder betraglich noch nicht abgeschätzt werden können. Aktuell sind dies insbesondere:

#### **Parkleitsystem**

Die Verhandlungen mit den Parkhausbetreibern laufen. Die Planung ist im Gange. Zum aktuellen Zeitpunkt können aber weder Projekt- noch Realisierungskosten abgeschätzt werden. Dies da weder der Teilnehmerkreis, noch das zu beschaffende System bekannt sind.

#### **Verlängerung Hardegg-Unterführung Bahnhof**

Die Verlängerung der Unterführung ist für den Stadtrat wichtig, muss aber in Anbetracht anderer, aus Sicht des Stadtrats prioritärer Projekte zurückgestellt werden.

#### **Investitionen bei der Sportpark AG**

Die entsprechenden Planungsarbeiten sind im Gang. Im Moment müssen aber die Höhe der Investitionen und insbesondere die Art noch vertiefter abgeklärt werden. Ein entsprechender Bericht und Antrag folgt 2010.

### **8. Vorbehalt und Einschränkungen**

Ein Gemeindehaushalt ist zu 80 bis 85 % stark fremdbestimmt. Der Freiraum für den Eigenbedarf ist dadurch entsprechend eingeschränkt. Die sog. gebundenen Ausgaben sind in einem Gesetz, in einer Verordnung, in einem Reglement verankert oder sind die Folge von Beschlüssen höherer Instanzen. Davon betroffen sind vor allem die grösseren Anteile für die Aufgabenbereiche „Bildung“, „Öffentliche Sicherheit“ und „Soziales“.

Gemäss den vorliegenden Reformprojekten dürften wesentliche Mehrkosten im Bildungsbereich folgen. Wegen diesen vielen Unbekannten kann der vorliegende Investitions- und Finanzplan nur wegweisend und nicht verbindlich sein.

### **9. Schlussfolgerungen**

Aufgrund des hohen, teils fremdbestimmten Volumens im Investitionsbereich sind die finanzpolitischen Grundsätze mittelfristig nicht realistisch. Sie müssen dennoch längerfristig realisierbar werden.

Als die drei wichtigsten Faktoren gelten die Verschuldungsgrenze, der Selbstfinanzierungsgrad und die Zinsbelastung. Diese harmonisierten Masszahlen werden noch mehr an Bedeutung gewinnen. Der Entwicklung dieser Werte ist deshalb grosse Aufmerksamkeit zu schenken. Die Verschuldungsgrenze bzw. Selbstfinanzierungskraft ist so auszurichten, dass eine nachhaltige Finanzpolitik gewährleistet ist.

Im letzten Finanzplan ist die Pro-Kopf-Verschuldung noch mit 1'000 Franken begrenzt worden (geringe Verschuldung). Aufgrund des erhöhten Investitionsbedarfs und der

rückläufigen Selbstfinanzierungskraft steigt diese Kennzahl bis ins Jahr 2015 auf über 1'900 Franken an (mittlere Verschuldung) und reduziert sich erst mit dem tieferen Investitionsvolumen.

Diese zunehmende Verschuldung wirkt sich negativ auf den Zinsaufwand aus und schränkt den künftigen Handlungsfreiraum entsprechend ein. Bei steigenden Zinssätzen wird diese Einengung dann noch grösser.

Deshalb ist eine Begrenzung der Pro-Kopf-Verschuldung von 1'000 Franken nach dem Wegfall der hohen Investitionsbeiträge an den Kanton anzustreben. Auch das Investitionsvolumen ist danach auszurichten und Prioritäten müssen weiterhin gesetzt werden.

#### Beschlussesantrag:

Der Investitions- und Finanzplan für die Periode 2010 - 2016 wird mit dem aktuellen Planungsstand zur Kenntnis genommen.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

#### EINTRETEN

**Dr. Rudolf Moor:** In der GPK ist der Finanz- und Investitionsplan durch den Finanzverwalter und Stadtpräsident Ernst Zingg sehr gut und sehr ausführlich vorgestellt worden. Namens der GPK möchte ich für die sehr guten und ausführlichen Erklärungen und Erläuterungen danken. Es hat verschiedene Diskussion gegeben, wie dies so üblich ist. Selbstverständlich wurde gefragt, wie es mit der Steuerprognose sei, wie genau sie sei, ob man sich darauf verlassen könne und ob eventuell noch mit weiteren Überraschungen gerechnet werden müsse. Thema war auch, wieviel die Steuern bei den juristischen und natürlichen Personen zurück gehen könnten. Diskutiert wurde auch über das Gleichgewicht zwischen Hoch- und Tiefbau. Im Finanz- und Investitionsplan sind ja sehr viele Tiefbauvorhaben enthalten. Es gibt aber auch Hochbauten, die nach hinten geschoben wurden. Ein weiteres wichtiges Thema war die Beeinflussbarkeit und Priorisierung. Es gibt eine ganze Reihe dieser Vorhaben, die nicht frei beeinflusst werden können, weil sie entweder mit dem Hochschulneubau oder mit der ERO verbunden sind, wo natürlich Sachzwänge bestehen. Ein anderes Thema, das in der GPK zum Teil Sorgenfalten verursacht hat, ist, dass es in dieser Planperiode eine Verschuldung gibt. Es gibt eine Phase, wo es nicht mehr Guthaben pro Einwohner gibt, sondern Schulden. Gegen Ende der Planperiode bessert es dann wieder ein wenig. Am Ende der Planperiode steht man aber eindeutig schlechter da als heute am Anfang. Gefragt wurde auch noch, ob man nicht gerade im Tiefbau zum Vergolden neige, vor allem wenn man mit Tiefbauten im Ausland vergleicht, wo zum Teil tiefere Standards angewendet werden, ob man hier nicht teilweise zu weit geht und damit bei diesen Vorhaben auch zu hohe Kosten hat. Die GPK hat einstimmig Eintreten beschlossen, und in der Detailberatung möchte ich nicht alle kleinen Fragen erwähnen, sondern nur auf ein Thema, das noch zu reden gab, hinweisen. Es geht um die Altlastensanierung Kleinholz. Hier geht es ja immer darum, wer es eigentlich bezahlen muss, weil Verursacher eindeutig nicht nur die Einwohnergemeinde ist. Aber im Finanz- und Investitionsplan ist ein Posten enthalten, wo es um die Altlastensanierung Kleinholz geht. Die GPK hat vom Finanz- und Investitionsplan schliesslich mit 5 : 1 Stimme Kenntnis genommen. Man kann ihn ja eigentlich nicht nicht zur Kenntnis nehmen, weil man sonst gar nicht merkt, dass man ihn nicht zur Kenntnis nehmen könnte. Es ist eigentlich eine ablehnende Kenntnisnahme gewesen.

**Stadtpräsident Ernst Zingg:** Wir alle kennen den Grundsatz, dass es in den allermeisten Fällen zur Entwicklung und damit zur Realisierung von Projekten finanzielle Mittel braucht. Man hat sie oder hat sie nicht. Fatal wäre aber, wenn der Einsatz dieser finanziellen Mittel oder die Verwendung nicht geplant würde. In der Gemeindeordnung haben wir deshalb auch deklariert, dass im Parlament immer für fünf Jahre eine Finanz- und Investitionsplanung zur Kenntnis vorgelegt werden soll. Seit Jahren haben wir dies bewusst auf sieben Jahre ausgedehnt. Die Finanz- und Investitionsplanung beinhaltet also nicht nur das Geld. Die einzelnen Projekte müssen einbezogen werden. Stand der Planung, Realisierungstermin usw. Das bringt automatisch eine Priorisierung mit sich, sowohl als Projekt selber, aber insbesondere auch, was den Finanzmitteleinsatz betrifft. Dazu kommt, dass zahlreiche Projekte auf der Basis von Willensäusserungen – nicht einfach „Ich bin einverstanden“ sondern zum Beispiel durch Volksabstimmungen in der Stadt, durch das Gemeindepaparat auf Antrag des Stadtrates oder aus eigenem Antrieb, aber auch zu einem wesentlichen Teil finanziell gichtige Projekte, zum Beispiel vom Kanton durch kantonale Abstimmungen – bestimmt werden. In der Erarbeitung des vorliegenden Finanzplanes musste der Stadtrat sehr stark auf solche Vorgaben und auch darauf achten, was an Reformen überall noch im Gang ist. Das muss einfach auch gesehen werden. Man musste sich den Satz „Das Machbare zuerst und dann das Wünschbare“ einverleiben. Die Erarbeitung des Finanzplanes basiert auf einer Zusammenarbeit, die nicht nur inhouse ist, sondern eben auch mit externen „Mitspielern“, zum Beispiel der öffentlichen Hand (Bund und Kantone) insbesondere im Ausgabenbereich, aber natürlich auch in Bezug auf die Einnahmenseite mit unseren sehr geschätzten Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern. So war und ist die Verbindung zur Wirtschaft enorm wichtig, weil sie ihre eigenen Verhältnisse am besten kennen. Diese Aussagen müssen in den Finanzplan der öffentlichen Hand einfließen. Der Finanzplan basiert auf einer grossen Zahl von Annahmen. Je länger der Zeithorizont ist, umso ungenauer sind auch die Ergebniszahlen. Das ist eine Binsenwahrheit. Aber es ist einfach so. Noch unbekannte und vor allem nicht beeinflussbare Faktoren können die Planergebnisse mehr oder weniger stark beeinflussen. Ich möchte wirklich betonen, dass der Finanzplan für den Stadtrat nicht nur ein Frühwarnsystem ist, sondern ein verlässliches Arbeits- und Führungsinstrument. Der Finanzplan muss für Entscheide richtungsweisend sein. Der Stadtrat verfolgt seit Jahren eine nachhaltige Finanzpolitik, damit künftige Generationen nicht unverhältnismässige Folgekosten tragen müssen. Es gilt das Prinzip – auch wieder eine Banalität – dass Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen sein müssen. Gemäss dem vorliegenden Papier sind auch langfristig Investitionen – das ist eine Aussage, die belegt werden kann – durch selber erarbeitete Mittel gedeckt. Langfristig geplante, auszulösende und Wirkung habende Investitionen. Wir verhalten uns so, dass konjunkturelle Defizite mittelfristig ausgeglichen werden und in wirtschaftlich besseren Zeiten ein konsequenter Schuldenabbau vorgenommen werden muss. Die heutige Situation in der Welt, der Schweiz, im Kanton und bei uns im Osten des Kantons haben die Finanzplanung ganz klar auch beeinflusst. Mit einer konsequenten, recht offensiven Investitionspolitik meinen wir gerade jetzt richtig zu liegen. Wir versuchen reife Projekte, geforderte Projekte, auch Zukunftsprojekte zu realisieren, bei der jeweiligen Jahresbudgetierung aber gleichwohl sorgfältig mit unseren Mittel umzugehen. Jetzt normal investieren, nicht zurück fahren oder nicht nur zurück fahren, aber keine punktuellen Unterstützungen in der Krise, Massnahmen, die immer überall gefordert werden, wo man sich über die Wirksamkeit überhaupt nicht einig ist. Nur dank der sehr guten Abschlüsse in den letzten Jahren ist uns dies überhaupt möglich. Das geplante Investitionsvolumen ist ausserordentlich hoch, hat aber insbesondere auch eine ausserordentliche Qualität. Wir starten mit einem Nettovermögen pro Kopf von aktuell rund Fr. 1'000.— und begrenzen die neue Pro-Kopf-Verschuldung unter Fr. 2'000.—. Mittelfristig streben wir eine Pro-Kopf-Verschuldung an, die unter Fr. 1'000.— liegt und längerfristig, zu Ende der Periode wieder in schwarze gleich Vermögenszahlen übergeht. Mittelfristig nach dem Wegfall der hohen Investitionsbeiträge von kantonalen Projekten die Entlastungsstrasse und die Fachhochschule. Die Politik, die wir hier propagieren, zeigt auch, dass das hohe Investitionsvolumen aktuell auch richtig ist. Bei der Steuersituation gibt es eine klare Zäsur zum Jahr 2008 zu machen. Ausnahmejahre - 2008 war wirklich ein solches – dürfen auf keinen Fall Massstab für fortschreitende Planungen sein. Wir haben deshalb und nicht nur deshalb, sondern auch aufgrund von ganz klaren Zeichen und erhärteten Informationen mit einer Einnahmenreduktion von 5 % bei den natürlichen und 15 % bei den

juristischen Personen gerechnet. Die Rechnung beruht auf der heutigen Entwicklung und unter Berücksichtigung von Informationen. Im Planungshorizont werden die geplanten Steuereinnahmen erreicht werden, wenn sich die Wirtschaft normalisiert. Davon gehen wir ja aus. Damit ich es bei dieser Gelegenheit einmal gesagt habe; es wird wieder einmal kommen: Ein Steuerprozent in der Stadt Olten, juristisch und natürlich, ist zwischen Fr. 700'000.— und 800'000.—, eher an die obere Zahl angelehnt. Noch eine wichtige Grösse in der Finanzplanung soll angesprochen werden: Der Selbstfinanzierungsgrad. Über alle Planjahre liegt er bei 55 %. Das ist grundsätzlich zu gering. Wenn man die kantonalen Investitionen ausklammert, steigt diese Kennzahl auf rund 70 %. Sie ist also analog mit der Entwicklung und der vorausgesagten Verschuldung. Ich verzichte auf detailliertes Eingehen auf den Bericht und Antrag und den eigentlichen Plan, die beiden Bücher. Hinweisen möchte ich einfach auf einzelne Tabellen, die Ihr sicher auch studiert habt. Einfach zur Bedeutung des Finanzplanes möchte ich auf diese beiden Sachen hinweisen. Sie sprechen für sich und waren für die Erarbeitung für uns aussagekräftig und wichtig. Ein Beispiel: Der Einfluss der Stadt im Finanzbereich. Der Sprecher der GPK hat gesagt, dass der Einfluss der Stadt im Finanzbereich nicht 100 % beträgt. Ich kann Euch sagen, dass er über die ganzen Finanzen gesehen weniger als 20 % ist. Die Einflussnahme der Stadt im Finanzbereich oder die Aufteilung der Investitionssumme ist auch immer etwas, das angeschaut wird. Der Stadtrat bittet das Parlament um Kenntnisnahme dieser Planung und zwar auch unter dem Aspekt als Zeichen der Stadt Olten für die Stadt und Region, für die Wirtschaft und die Bevölkerung in Zeiten, in denen es nicht allen sehr gut geht, zu handeln und zu investieren, alles unter Berücksichtigung der wichtigsten finanzpolitischen Grundsätze, an die sich der Stadtrat selbstverständlich, nicht zuletzt auch aus der Finanzpolitik heraus, hält.

**Christian Wüthrich:** Die FdP-Fraktion wird den Investitions- und Finanzplan zur Kenntnis nehmen. Die grossen Investitionen für die nächsten fünf Jahre sind für unsere Fraktion ein absolut richtiges Signal für die Region und schliesslich auch für unsere Stadt. Beim viel gelobten und zum Teil nicht durchführbaren, aber jetzt hier antizyklischen Verhalten finden wir die Zeit im Moment richtig. Wenn nicht jetzt, wann? Die priorisierten unterliegenden Projekte sind für uns absolut wichtig, bei denen wir in der Fraktion sicher sind, dass sie den Return nicht erst nach der Vollendung bringen werden, sondern bereits zu Baubeginn, wenn nicht jetzt schon bei gewissen sehr angenehme Effekte haben. Die moderate oder mittlere Verschuldung im jetzigen Moment auf die nächsten Jahre finden wir absolut vertretbar, ist doch zur Zeit sehr, sehr günstiges Geld vorhanden, das man los werden möchte. Die öffentliche Hand ist natürlich immer ein sehr angenehmer Partner. Sicher sind die einzelnen Investitionen bei uns nicht unumstritten. Andererseits muss man darauf verweisen, dass die Projekte in den laufenden Jahren, wenn sie kommen werden, mit Berichten und Anträgen ins Parlament kommen werden. Wer schon länger dabei ist, weiss, dass man in unserem Parlament – ich hebe hier vor allem die Finanzdirektion hervor – mit diesen Sachen in den letzten Jahren immer sehr umsichtig umgegangen ist und weiter hat priorisieren und in gewissen Zeiten das Richtige zurück stellen können um etwas Anderes, das vielleicht aus der Zeit heraus mehr Sinn machen würde, hervor zu heben. Bei einzelnen Geschäften werden wir in den nächsten Jahren unsere Meinung sicher haben. Bei der Priorisierung, so wie sie angedacht ist, gehen wir in der FdP-Fraktion davon aus, dass sie richtig ist. Die Projekte sind sicher so wichtig, dass man sie durchzieht, für unsere Entwicklung, nicht nur für die Stadt im Einzelnen, Speziellen, sondern für die Region, für unsere Stärkung im Mittelland - heute ist Aarau gefallen – damit wir uns auch positionieren können. Die FdP-Fraktion unterstützt den Stadtrat im Finanz- und Investitionsplan.

**Dr. Markus Ammann:** Die SP-Fraktion erachtet den vorliegenden Finanz- und Investitionsplan als eine gute Grundlage für die kommenden Jahre. Wir haben vor diesem Rat schon einmal darauf hingewiesen, dass nach den sieben fetten Jahren unweigerlich die sieben mageren kommen werden. Wenn wir jetzt den Finanz- und Investitionsplan anschauen, müssen wir feststellen, dass diese Aussage mindestens teilrevidiert werden muss. In den kommenden Jahren werden nicht die sieben mageren Jahre kommen. Geplant ist, das Geld, das wir in den letzten Jahren auf die hohe Kante gelegt haben, wieder auszugeben, in die Zukunft der Stadt zu investieren zum Wohl der Steuerzahlenden. Dazu sind die 150 Millionen Franken in sieben Jahren eine Art regionales Konjunkturförderungsprogramm erster Güte. Fakt ist, dass wir tiefe Steuern haben, wir

machen hohe Abschreiber, haben volle Kassen und auch gute wirtschaftliche Aussichten. Nicht vergessen dürfen wir, dass wir als Kleinstadt im Zentrum der Schweiz tatsächlich im harten Konkurrenzkampf als Wirtschafts- und Wohnregion stehen. Hier müssen wir uns behaupten, und es gibt unseres Erachtens eine einfache Lösung. Erfolgreich sind nur diejenigen, die auch in die Zukunft investieren. Ich könnte jetzt in Klammer sagen: Und nicht nur einfach die Steuern senken. Der Investitions- und Finanzplan zeigt einen möglichen Weg auf, was wir in Olten machen könnten. Aber wir sind nicht blauäugig, wir haben hier nur einen Plan, eine aktuelle Einschätzung, vielleicht auch etwas Wunschvorstellungen. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass selbst beim besten Willen selten soviel investiert wird wie wir geplant haben. Trotzdem noch drei kritische Bemerkungen: Wir müssen aufpassen, dass wir den Werterhalt nicht vernachlässigen. Ich weiss, dass wir dies fast gebetsmühlenartig wiederholen. Auch in dieser Phase der Investition sind wir mit den werterhaltenden Kennziffern am untern Rand. Das würde uns eigentlich wenig Bauchweh bereiten, weil wir ja relativ hohe Entwicklungsinvestitionen tätigen, wo natürlich immer auch ein guter Teil Werterhalt drin steckt. Allerdings ist der Werterhalt auch in den letzten Jahren ohne solch grosse Entwicklungsprojekte immer deutlich unter den Empfehlungen geblieben. Hier heisst es, auch in Zukunft aufzupassen. Zweitens: Wenn wir in Entwicklungsbauten investieren, heisst dies immer auch, dass wir in zusätzliche Ressourcen, sprich Personal, investieren müssen. Der zusätzliche verwaltungsinterne Arbeitsaufwand bei einer Verdopplung der Investitionen, wie dies zum Teil geplant ist, wird beträchtlich sein. Wir wollen aber nicht, dass weiterhin, wie wir dies auch schon gehört haben, Projekte gestoppt und verzögert werden, nur weil wir nicht fähig sind, rechtzeitig genügend Personal zur Verfügung zu stellen. Urs Knapp hat zwar gesagt, das sei in den Projekten immer vorgesehen. Wir sind aber klar der Meinung, dass auslagern eben nur beschränkt eine Lösung ist, weil die ausgelagerten Arbeiten trotzdem durch eigenes Personal überwacht und betreut werden müssten. Meine persönliche Erfahrung ist, dass ich pro Stelle, die ich auslagere, intern noch 20 bis 30 Stellenprozente zur Verfügung haben muss, die dort begleiten. Neuinfrastrukturen brauchen unbestritten zusätzliches Personal, zusätzlichen Aufwand. Wir reissen ja nichts Altes ab. Das heisst, für den Unterhalt und für den langfristigen Erhalt dieser Anlagen brauchen wir Leute. Alles andere wäre unseriös. Mit anderen Worten: Investitionen ja, aber machen wir auch eine ehrliche und seriöse Planung im Personalbestand und passen wir das ordentliche Budget in Zukunft entsprechend an. Eine weitere Klammerbemerkung: Sonst geht es uns dann nämlich wie der SBB, die über Jahre Milliarden investiert und dann irgend einmal merkt, dass für den Erhalt der Anlagen hunderte von Millionen oder Milliarden fehlen. Drittens: Aus unserer Sicht ist auch diesem Investitions- und Finanzplan eine gewisse Zufälligkeit nicht abzusprechen. Wir vermissen eine nachvollziehbare Gesamtplanung, vor allem hinsichtlich einer konsistenten Stadtentwicklungsplanung. Das ist keine neue Forderung unsererseits, aber eine Riesenerwartung in die Massnahmen des Regierungsprogrammes betreffend Reorganisation der Stadtentwicklung. Trotz dieser Einwände werden wir mit ein paar Zusatzbemerkungen in der Detailberatung den Investitions- und Finanzplan zustimmend zur Kenntnis nehmen.

**Marcel Steffen, CVP/EVP/GLP-Fraktion:** Wer viel will, muss viel investieren. Das ist mit dem vorliegenden Investitions- und Finanzplan eindrücklich aufgezeigt worden. Es ist eigentlich Wahnsinn, was wir in den nächsten sieben Jahren investieren wollen: 153 Millionen Franken. Diese Zahl muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Das heisst, das wir im Durchschnitt fast 22 Millionen pro Jahr in die Hand nehmen. Es ist eine eindrückliche Zahl. Einerseits untermauert sie auch, dass wir hier in Olten wirklich realisierbare Projekte vorantreiben wollen, und wir hoffen auch, dass die Stimmen der Rufer, die immer sagen, dass wir in dieser Stadt nichts bewegen, zum Verstummen kommen. Andererseits zeigt es auch auf, wieviel wir eigentlich machen müssen, damit diese Stadt auf Vordermann kommt. Wir müssen relativ viel investieren. Das ist so. Im Parlament werden wegweisende Debatten stattfinden. Es wird auch Volksabstimmungen geben. Ob wir dann wirklich alles so umsetzen können, wie es hier geplant ist und steht, wissen wir heute noch nicht. Erfreulich ist für uns, dass die Stadt auf der Annahme des Steuerfusses von 100 % gerechnet hat, ist das doch die Basis für alle weiteren Kennzahlen, die nachher daraus kommen. Wir haben Freude an den geplanten Aktivitäten, sehen und hören aber auch die mahnenden Worte und entsprechenden Zahlen dazu. Das Nettovermögen geht in eine Nettoverschuldung hinein. Der Selbstfinanzierungsgrad sinkt auf 41 %. Wir haben dies

nachlesen können. Man spricht von einer Krise. Der Cashflow liegt bei 9 bis 12 Millionen Franken pro Jahr, und auf der Ausgabenseite werden wir nach wie vor stark fremdbestimmt. Gefordert sind wir, wenn neue Projekte angerissen werden und uns visionär wirklich gekonnt den Blick auf das Machbare vernebeln. Klar ist ein solcher Finanzplan nicht in Stein gemeisselt. Es ist eigentlich eine rollende Planung. Wir können ihn jederzeit wieder anpassen. Im nächsten Jahr kommt ja wieder ein neuer. Uns fällt allerdings auch auf, dass gewisse konkrete Investitionen wie ein Parkleitsystem oder eine Hardeggunterführung nicht abgebildet sind. Ebenso fehlen auch aufgrund konkreter Ergebnisse Investitionen für Entwicklung Ost – dort schüren wir auch Hoffnungen und möchten dort sicher auch investieren – die Weiterentwicklung des Schwimmbades oder vielleicht sogar der Bau eines Hallenbades. Es gibt ja ein Bäderkonzept. Das haben wir alle noch nie gesehen. Dann gibt es noch das Komitee Winkel, den wir auch noch pulverisieren wollen. Es wird an uns sein, im Parlament eine ausgewogene Balance zu finden, damit wir Olten nicht nahe an den finanziellen Abgrund steuern. Wollen wir mehr, müssen wir anfangen, Spruchreifes zu sistieren oder die Steuern drastisch erhöhen. Das kann ja nicht das Ziel einer ausgewogenen Planung für die Stadt Olten sein. Die hier aufgeführten geplanten Projekte sind eigentlich alle aus einer politischen Diskussion heraus entstanden und zwar von allen Parteien. Der eine oder andere hat eine „Kröte schlucken“ müssen. Aber wir haben dort nachher einen Weg gefunden, damit wir diese Projekte spruchreif machen konnten. Gefährden wir doch jetzt diesen Fortschritt nicht mit weiteren Studien, was auch noch gemacht werden könnte. Stillen wir doch endlich einmal diesen Hunger und regen nicht wieder den neuen Appetit an. Die CVP/EVP/GLP-Fraktion nimmt den Investitionsplan einstimmig zur Kenntnis.

**Marc Winistörfer, SVP-Fraktion:** Ich finde es gut, dass sich die CVP auch auf das Sparen eingeschworen hat. Das ist sicher auch auf die SVP für die Zukunft sehr erfreulich. Die SVP-Fraktion nimmt den vorgeschlagenen Finanz- und Investitionsplan ablehnend zur Kenntnis. Wir bestreiten aber nicht, dass ausgegeben und finanzielle Mittel gebraucht werden müssen, wo es derer bedarf, sind aber der Ansicht, dass die Investitionen, die wir machen werden, trotz abgestecktem Umfang immer noch zu gross sind. Namentlich betrifft dies mit fast 20 Millionen Franken den Aareraum, um ein Beispiel zu nennen, oder die Velo- und Fussgängersache. Es scheint, dass bei gewissen Projekten in bestimmten Bereichen immer noch Luxusvarianten gewählt werden. Wir sehen einfach nicht ein, dass man sich in gewissen Bereichen ein Denkmal setzen muss anstatt finanzierbare und einfachere Lösungen vorzuschlagen. Es ist klar, dass gewisse anstehende Investitionen einfach vom Kanton vorgegeben sind, gewisse Investitionen von der Bevölkerung gesprochen wurden. Wir nehmen es zur Kenntnis und bestreiten es auch gar nicht. Auch bestreiten wir nicht, dass bei der ERO Geld ausgegeben werden muss, weil dies für uns eine gute Sache ist. Wir hätten uns aber gewünscht – das ist jetzt ein formeller Punkt – dass man die 90 Millionen Franken, das heisst die Differenz zwischen der ersten Eingabe von fast 240 Millionen und dem vorliegenden Plan, der 253 Millionen ausmacht, genau aufgelistet und gesagt hätte, was hier weggestrichen wurde, weshalb und welche Motivation dahinter war. Ich persönlich stelle nicht in Frage, dass wir weniger Einnahmen haben werden. Vor allem bei den juristischen Personen wird es bei den Steuereinnahmen sicher einen Einschnitt geben, weil die Steuereinnahmen bei den juristischen Personen vorwiegend von einem Grossunternehmen abhängen. Wenn dort irgend etwas passieren sollte, hätte man nachher ein Loch in der Kasse. Deshalb ist es noch viel wichtiger, jetzt mit den Investitionen vorsichtig zu sein. Ich bin mir aber andererseits auch nicht ganz so sicher, ob man die unter anderem erwähnten KOF-Daten gerade für natürliche Personen so 1 : 1 für Olten übernehmen kann. Das ist aber nur meine persönliche Meinung. Wir werden es schliesslich nachher noch sehen. Noch etwas zum Schluss: Die selber erarbeiteten Mittel sind Steuergelder.

**Theo Schöni:** Die Fraktion Grüne wird von diesem Bericht zustimmend Kenntnis nehmen. Wir haben festgestellt, dass die Finanzverwaltung wiederum, wie wir dies gewohnt sind, eine seriöse Arbeit geleistet hat. Sie hat sämtliche Rahmenbedingungen und Voraussetzungen, die es braucht und zu beachten gilt, um diesen Bericht zu erstellen, soweit es für eine relativ lange Periode überhaupt möglich ist, wahr genommen. Wir möchten der Finanzdirektion dafür herzlich danken. Es ist bereits einiges bezüglich Wünschbarkeit und den in dieser Periode zwingend zu tätigen Investitionen gesagt worden. Sie sind mit den



Grossprojekten noch sehr umfassend. Wir hoffen, dass es nach dieser Periode ein gewisses Loch geben wird. Dann werden aber wieder neue Wünsche im Vordergrund stehen. Wir haben etwas die Befürchtung, dass mit der Entwicklung in schlechteren Jahren, an deren Anfang wir jetzt stehen, vielleicht bereits in den nächsten zwei Jahren von bürgerlicher Seite halt Sparmassnahmen gefordert werden, und man sagt: Wir können uns dies ohnehin nicht leisten. Ich habe zwar mit Freude festgestellt, dass seitens der FdP ein positives Signal ausgesendet wurde. Das stimmt mich zuversichtlich diesbezüglich, insbesondere wenn man weiss, wie wir in den letzten Jahren die Steuerfüsse gesenkt haben, zum Teil in einer Art und Weise, die sich heute eben auch rächt und wo man sagen muss, dass bei den damals bereits bekannten Programmen – man hat zu diesem Zeitpunkt auch schon Anzeichen einer Wirtschaftskrise gehabt und gesprochen – trotzdem einfach mit diesen Steuerreduktionen operiert wurde. Man wird Mühe haben, wenn man diese Steuern wieder einmal erhöhen muss, um überhaupt die zwingenden Investitionen bewältigen zu können. Nicht zuletzt betrachten wir die Investitionen und die Attraktivierung insbesondere für unsere Nachbarschaft im Zusammenhang mit den Fusionsgesprächen für ausserordentlich wichtig, wenn wir nicht nur in bauliche Sachen investieren, sondern eben auch in Projekte, bei denen die Gemeinden, die zu uns kommen möchten und wo wir auch interessiert sind, sehen: Doch, hier wird etwas geleistet. An diesem Projekt können wir mittragen. Wir haben hier einen zuverlässigen Partner, der auch sagen könnte, man erhöhe die Investitionen. Das dürfte für unsere Nachbargemeinden ein wesentliches Signal sein. Wir können auf gewisse Sachen der Priorisierung, die wir sicher anders bewertet hätten, auch noch zu reden kommen, insbesondere die Rötzmattunterführung, die sang- und klanglos irgendwo im Nirvana verschwunden ist. Es würde uns interessieren, was dort weiter gehen soll. Im Gegensatz dazu würden wir dann erwarten, wenn dies schon wegfällt, dass beispielsweise die Hammerallee Olten SüdWest ein etwas anderes Gewicht erhalten hätte. Dies vielleicht einfach vorgezogen. Es bleibt uns natürlich die Hoffnung, dass sich insbesondere die wirtschaftliche Lage sich schneller als prognostiziert erholen wird. Sollte dies eintreffen, erwarten wir selbstverständlich, dass auch der Investitionsplan entsprechend den Verbesserungen wieder angepasst würde und dies nicht erst im Jahr 2016 gemacht wird. Umgekehrt hoffen wir bei der zusätzlichen Verschlechterung, dass nicht einfach Vorhaben bis zum Geht-nicht-mehr hinaus geschoben werden, was man auch schon ab und zu erlebt hat. In diesem Sinne werden wir den Investitions- und Finanzplan zur Kenntnis nehmen und zustimmen.

**Christian Wüthrich:** Es ist schon so, dass wir mitgeholfen haben, die Steuerfüsse zu senken. Wir haben aber auch bei der Gewinnverteilung sehr umsichtig mitgeholfen. Über Jahre haben wir die vom Stadtrat priorisierten Projekte, die Kasse, die Fonds geäufnet, im Wissen, dass grosse Investitionen auf uns zukommen, sprich ERO und anderes. Das haben wir natürlich im Einklang gemacht. Zu den Steuerfüssen muss man insofern etwas sagen, dass nach intensiven Senkungen, was natürlich in unserer Fraktion auch diskutiert wurde, eine Konsolidierung sicher angebracht ist. Wir verweisen aber auch darauf, dass wir nicht unbedingt gerne mit Solothurn und Grenchen verglichen werden, weil dies nicht unsere Mitbewerber der Wohnregion sind. Es sind primär der Aargau und Baselland, die sehr attraktiv sind. Hier muss man einfach klar festhalten und kann dies nicht wegdiskutieren, dass sie steuermässig viel attraktiver da stehen, und somit wird dies immer und immer wieder ein Thema sein.

**Stadtpräsident Ernst Zingg:** Ich sage es zum zweiten Mal: Der Stadtrat dankt für die Aufnahme dieses Produktes. Dazu möchte ich einige Bemerkungen machen, weil ich es als nötige erachte. Zum Sprecher der SVP: Du hast das Wort „Aareraum“ erwähnt. Das ist ein typisches Beispiel eines Projektes, das aus einer Mitwirkung der Bevölkerung entstanden ist, aus einem Willen von politischen Behörden, in einer gemeinsamen Arbeit zu einem Projekt, wo man ein System hat, wo man wählen kann, was man genau will und wo genau dieses Parlament die Weichen stellt. Weil es eine solche Dimension hat, gibt es eine Volksabstimmung. Solche Projekte hat es noch einige. Es sind zum Teil Sachen, die nicht beeinflusst werden können, weil das Volk etwas dazu zu sagen hat, aber die man auf einen Punkt bringen muss, damit es überhaupt soweit kommt. Es ist nicht nur der Stadtrat, der dies will, sondern zum Teil das Stimmvolk und in ganzen wichtigen Teilen auch das Parlament. Alle Türen stehen noch offen, um solche Sachen zu bestimmen. Der Stadtrat ist gefordert,

die nötigen Vorlagen zu unterbreiten und sie auch so vorzulegen, dass sie eine Chance haben durchzukommen. Das muss ich auch sagen. Sonst wären wir hier im falschen Film. Den Punkt mit den selber erarbeiteten Mittel haben wir beide geklärt. Die Differenz zwischen den 240 und 153 Millionen Franken – Du hast gesagt 253 Millionen – die wir jetzt im Raum haben. Ich kann es nicht im Detail sagen. Wir haben zum Beispiel die Museen, die ein Kostenpunkt von über 20 Millionen Franken sind, schon oft ein Thema hier, im Zusammenhang mit der Begegnungszone Parkhaus, die als dritter Punkt in die ganze Projektierung integriert worden ist. Einfach aus Notwendigkeit und der klaren Zielsetzung des Stadtrates und nach Abwägungen von Negativem und Positivem wurde dieses Projekt nach hinten geschoben, oder es ist im Moment nicht sichtbar. Zum Rötzmattunnel: Aus dem Papier geht hervor, dass dies im Moment nicht weiter verfolgt wird. Das auch nach Beurteilung der Lage. Ich meine, das ist die Aufgabe und auch Kompetenz des Stadtrates. Aufgenommen haben wir jedoch den Hammer. Wir denken, dass die Hammerunterführung ein ganz wichtiger Punkt und im richtigen Moment im Finanzplan platziert ist. Zur Steuerfrage: Der Aussage von Christian Wüthrich zur Attraktivität der Steuern möchte ich nicht widersprechen. Zum Beispiel im Vergleich mit anderen Städten, mit Kantonen im Norden des Kantons Solothurn, Baselland usw.: Im Aargau hat es Gemeinden, die, wenn man die Systeme miteinander vergleichen könnte, steuermässig attraktiver sind. Wir sind aufgrund der 100 % überhaupt nicht mehr so schlecht wie wir waren. Nehmt dies bitte zur Kenntnis. Zudem ist es nicht vom Stadtrat erfunden. Vor nicht allzu langer Zeit hat eine gewichtige Generalversammlung einer Unternehmung in Olten, die mit einer anderen Unternehmung eine weitere Unternehmung übernommen hat, stattgefunden. Es ist im Immobilienbereich gewesen. Mittlerweile ist es die grösste Immobiliengesellschaft der Schweiz. Der CEO hat im Radio auf die Frage, weshalb sie mit ihrem Sitz überhaupt nach Olten gegangen sind, bekannt gegeben – das hat mich persönlich so gefreut, dass ich das Gesagte fast habe aufnehmen wollen – Olten sei im Finanz- und Steuerbereich äusserst attraktiv und könne jederzeit mit Zug mithalten. Sonst hätten wir nämlich nach Zug gehen können. Das ist eine Aussage, die eigentlich in diesem Gebiet für unsere Stadt spricht. Ihr habt massgeblich dazu beigetragen, dass wir heute auf diesem Niveau sind.

**Marc Winistörfer:** Es geht jetzt nicht darum, den Sinn und Unsinn gewisser Projekte per se, sondern vor allem darum, das Investitionsvolumen in Frage zu stellen. Wir finden es natürlich toll, dass wir einen sehr guten Steuerfuss haben, und sind auch entsprechend stolz darauf. Ich glaube, diejenigen aus meiner Fraktion, die schon vorher dem Parlament angehörten, können noch mehr stolz sein, weil sie mitgeholfen haben, dass der Steuerfuss so gut ist.

## **Beschluss**

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

## DETAILBERATUNG

### Finanz- und Investitionsplan

#### Seite 2, Wanderwege

**Dr. Rudolf Moor:** Wenn man dies näher studiert, fragt man sich schon, ob es wirklich Wanderwege sind. Wenn jemand das Gefühl hat, es gebe einen Weg, der weiss-rot-weiss oder blau-weiss-blau markiert ist und mit Seilen und Wanderschuhen antritt, merkt er nachher, dass es vielleicht etwas fehl am Platz ist. Aus unserer Sicht ist es eigentlich eher ein abgesetztes befahrbares Trottoir, das hier das Thema ist und weniger ein Wanderweg. Man kann daraus entnehmen, dass die Stadt für Wanderwege wahrscheinlich nichts ausgibt. Etwas, das asphaltiert ist und befahren werden kann, entspricht nicht unserer Vorstellung eines Wanderweges. Dies einfach zum Titel, unter dem es abgehandelt ist. Etwas unklar ist, weshalb es keine Vorlage dazu gibt. Man sieht einfach, dass während verschiedenen Jahren ein Betrag eingestellt ist. Man fragt sich dann aber auch, ob es wirklich ein einheitliches Konzept gibt oder ob man jedes Jahr wieder etwas weiter macht mit einer anderen Beleuchtung, einmal asphaltiert, einmal mit Mergelbelag oder ob es wirklich einheitlich ist.

Hier fehlt uns etwas der Ansatz eines Konzeptes dahinter. Wir sagen dies nicht, weil wir grundsätzlich gegen das befahrbare abgesetzte Trottoir wären. An sich finden wir dies gut. Aber wir haben etwas Bedenken oder sind bezüglich Rahmenbedingungen dazu etwas unsicher.

**Stadtrat Dr. Martin Wey:** Man müsste wahrscheinlich sagen, es sind Wege für den langsamen Verkehr, und die Wanderwege in der Stadt haben sich langsam verteert. Es ist natürlich angenehmer, auf einem sogenannten Mergelbelag zu gehen. Hingegen haben die Skater wieder lieber einen geteerten Belag. Es ist eine allgemeine und grundsätzliche Frage. Man kann sich diese Frage auch im Zusammenhang mit Sanierung von Strassen stellen, insgesamt von Erschliessungsanlagen. Dort haben wir selber in der Direktion und auch der Rechtsdienst Abklärungen vorgenommen. Es kann ja nicht sein, dass man bei Sanierungen von Strassen schliesslich Volksabstimmungen durchführen muss, sondern die einzelnen Etappierungen und Sanierungen auch als Einzelprojekt abrechnen kann. Sonst kann mich der Rechtskonsulent in diesem Bereich noch ergänzen. Zum Konzept selber: Natürlich haben wir ein Konzept. Wir haben ein Inventar, welche Strassen bzw. welche Wanderwege in welchem Zustand sind. Deshalb führen wir die Sanierungen anhand dieser Feststellungen durch, wo wir auch sehr froh sind, dass zum Teil der Werkhof Rückmeldungen macht – darauf sind wir ebenfalls angewiesen – welcher Wanderweg in welchem Zustand ist. Von daher ist es in der Praxis und auch rechtlich vertretbar, dass dies in der Stadt Olten so gehandhabt wird.

**Dr. Markus Ammann:** Wenn wir schon bei der Semantik oder den Wörtern und Begriffen sind, möchte ich dort einhaken, was bei uns diskutiert worden oder etwas seltsam angekommen ist, dass der Wanderweg, wie er hier tituiert wird, letztlich das Hauptargument für den Ausbau ist, damit er für die Unterhaltsfahrzeuge passierbar wird. Das ist uns natürlich etwas quer hinein gekommen. Es kann ja nicht sein, dass wir eigentlich unsere Zielsetzung haben, diese Wege möglichst für die Unterhaltsfahrzeuge gängig zu machen, aber der wahre Grund, eben zum Beispiel der Ausbau für die Wanderer oder Velofahrer eigentlich untergeht. Das ist unserer Meinung nach eine etwas seltsame Gewichtung.

#### Seite 3, 305.501.P01, Neubau/Sanierung Museen

**Dr. Arnold Uebelhart:** Ich habe zuerst die GPK-Mitglieder gefragt, damit ich nicht hier fragen muss. Aber sie haben es auch nicht genau sagen können. Hier steht: „Ermittlung des Investitionsbedarfs“. Dann wird über drei Jahre der Investitionsbedarf ermittelt. Ich habe nicht ganz verstanden, welche Planung dies sein soll. Jemand hat ein Beispiel angeführt. Du willst ein Haus für so und so viel bauen und siehst dann, dass es einfach eine Million Franken kostet, was Du nie bezahlen kannst. Dann lässt man es einfach bleiben.

**Stadtpräsident Ernst Zingg:** Die Frage ist berechtigt. Es ist eines der Projekte, die man nicht zuletzt aus der finanziellen Situation heraus und in Absprache mit allen Beteiligten nach hinten verschoben hat. Das heisst aber nicht, dass bei solchen Projekten nicht Massnahmen ergriffen werden müssen, wo man in der Lage ist, schneller als wenn man nichts machen würde, zu handeln. Ganz praktisch: Wenn in einer Volksabstimmung etwas nicht akzeptiert wird, kann man nicht einfach sagen: Jetzt warten wir noch etwas. Wir möchten nicht den Fehler machen, nichts vorzubereiten, damit man nicht bereit ist, wenn man allenfalls zum Zug käme. Es ist jetzt etwas sehr plakativ ausgedrückt. Zu den drei Summen 12, 13 und 14, die im Raum stehen: Im Text ist es etwas beschrieben. Wir können nicht alles gleichzeitig machen, möchten aber die drei vorgesehenen Lose sauber auseinander nehmen und klar definieren. Dazu braucht es auch etwas Geld. Es geht darum, ob das aktuelle Projekt der drei verschiedenen Museen mit einem Neubau sakrosankt ist. Gibt es hier möglicherweise Alternativen? Das möchten wir angehen und uns diese Zeit auch nehmen, parallel zu den übrigen Geschäften, damit wir bereit sind, „abdrücken“ zu können.

#### Seite 4, Bahnhof Ost

**Theo Schöni:** Hier haben wir die Bemerkung anzubringen, dass im Zusammenhang mit dem ganzen Umbau und der Investitionstätigkeit des Bahnhofs Olten Ost auch drei Tranchen

gemacht wurden. Ich kann verstehen, dass solche Vorhaben an andere Tätigkeiten, wie sie jetzt momentan im Bahnhof laufen, anschliessen können müssen. Nur hat man von diesem Projekt eigentlich auch schon lange gewusst, dass die Stadt dies - insbesondere mit der Fachhochschule und der damit verbundenen Frequentierung des Bahnhofs, (obwohl wir die Leute eigentlich dann lieber einmal hier hätten) - halt bewerkstelligen muss. Dort wurde schlicht und einfach mit der Projektierung zu spät begonnen. Es zeigt auch, dass der Stadtrat ein Stück weit nicht den Mut hat, ein solch klares Projekt der Bevölkerung gesamthaft zu unterbreiten, weil dies gerade von unserer Bevölkerung hier in Olten, aber auch von einem grossen Teil, der tagtäglich über den Bahnhof in unsere Stadt hinein kommt, als Riesenmalheur angesehen wird. Hier finde ich es schade, dass man diese Tranche unter dem Gesichtspunkt, nicht noch eine Volksabstimmung zu riskieren, gemacht hat.

**Marcel Buck:** Bezüglich Volksabstimmungen sehe ich etwas den Trend, dass man das Volk draussen lassen und dies alles in diesem hohen Rat beschliessen möchte, was sicher zwischendurch auch Sinn macht. Aber gerade zur Fussgänger- und Veloverbindung respektive unterirdischen Veloparkierung bin ich der Meinung, dass einmal die Diskussion lanciert würde, dass die Velofahrer eine Vignette erhalten und etwas an die unterirdischen Bauten und Parkplatzmöglichkeiten zahlen, wie dies für Autos ebenfalls schon länger der Fall ist. Man müsste sich einmal überlegen, ob man auf der Einnahmenseite nicht etwas machen könnte. In diesem Zusammenhang möchte ich sicher auch der Polizei für die Säuberungsaktion danken, auch wenn nicht gerade hierher passt.

**Stadtrat Dr. Martin Wey:** Es sind ein paar Fragen zum Bahnhof Olten gestellt worden, was allenfalls verpasst wurde. Offensichtlich wollen wir dies möglichst rasch nachholen. Das ist etwas, das in erster Priorität behandelt werden soll. Wir werden das Parlament sehr bald damit konfrontieren, nicht nur mit einem Teil, sondern mit allen Teilen, die hier aufgeführt sind. Sie sind zum Teil gestückelt, weil es andere Positionen sind. Wir haben zum Beispiel im ganzen Bereich Bahnhof Ost auch noch eine Brücke, die saniert werden muss. Wir werden nicht irgend eine Stückelungsaktion vorlegen, sondern das ganze Paket. Die Vorlage wird auch aufzeigen, wie und wann das Parlament und das Volk entsprechend einbezogen werden. Betreffend unterirdische Parkierungsanlagen wird man sicher auch in diesem Zusammenhang in diesem hohen Haus über die Vorlage diskutieren können und wollen. Was wir nicht machen werden, ist das Volk bewusst aussen vor zu lassen, sondern es gibt ganz klare, saubere Abklärungen, wo die Kompetenzen sind. Dann werden wir es so auch dem Parlament unterbreiten.

#### Seite 5, G620.501.P73, Brücke Gheiddamm/Fuss- und Veloweg

**André Köstli:** Ist es das bestehende Loch und die Brücke, die eigentlich niemand hat bauen wollen?

**Stadtrat Dr. Martin Wey:** Wir haben bei der alten Färbi eine Brücke, die im Moment ins Niemandland führt. Man hat schliesslich die Querung der Gleise gemacht. Es ist vorgesehen, dass der Veloweg nachher oben auf dem Damm über die ganze Krete weiter geht. In diesem Damm hat es einen Einschnitt. Das ist eine ERSchliessungsstrasse von der ERO nach Olten SüdWest. Darüber muss noch eine Brücke gebaut werden, die als Langsamverkehrsbrücke vorgesehen ist.

#### Beilagen

#### Seite 10, Parkanlagen-Sanierungen

**Dr. Markus Ammann:** in Olten haben wir verschiedene Parkanlagen, schöne, weniger schöne, aber zum Teil auch wertvolle. Wir lesen hier den Satz: „...allfällige Wasserspiele und andere Infrastrukturanlagen, Möblierungen ersetzen“ und fragen uns, was dies genau heisst und wie es von Statten geht. Wir appellieren einfach etwas, dass diesen Parkanlagen Sorge getragen wird. Es sind Anlagen, die zum Teil wie zum Beispiel der Friedhof Meisenhard architektonisch, aber auch kulturhistorisch wertvolle Objekte sind. Es kann nicht angehen, dass man dann einfach aus Wasserspielen quasi eine Rabatte macht etc. Wir appellieren,

dass wir einen sorgfältigen Umgang mit unseren Grünobjekten in dieser Stadt haben, und bitten, dies bei der Planung zu berücksichtigen.

#### Seite 8, Hübeli und Ersatz Pavillon

**Thomas Marbet:** Ich finde die Idee schlecht, das heutige Providurium durch ein neues abzulösen, weil der heutige Pavillon 1964 als Provisorium erstellt und dann zu einem Providurium wurde. Wir finden, hier müsste eine andere Lösung ins Auge gefasst werden, und werden beim Budget noch mit einem Vorschlag kommen. Wir sind jetzt dabei, die Innenstadt zu verschönern, die Begegnungszone einzurichten, und können uns eigentlich nicht vorstellen, dass auf diesem Platz, in den „Weichteilen“ der Stadt, wie einmal jemand gesagt hat, ein solcher Normcontainer aufgestellt wird.

#### Seite 29, Untersuchung Winkelunterführung

**Luzia Stocker Rötheli:** Hier ist für das nächste Jahr ein Investitionsbedarf von Fr. 100'000.— budgetiert, wo aus der Beschreibung nicht ganz klar ersichtlich wird, was jetzt genau gemacht wird. Wahrscheinlich Untersuchungen. Es steht hier: „Der nachfolgend aufgeführte Kredit für Untersuchungen...“ Ich finde die Zahl etwas hoch, kann es aber nicht beurteilen. Aber ich möchte dazu, auch im Zusammenhang mit der Interpellation, noch sagen, dass doch wirklich eine Gesamtüberprüfung der überirdischen und unterirdischen Winkelquerung gemacht werden soll und man nicht einzelne Posten separat laufen lässt.

#### Seite 31, Fussgänger-, Veloverbindung Hammerallee-Olten SüdWest

**Daniel Schneider:** Vielleicht habe ich eine schlechte Erinnerung, vielleicht auch nicht. Mir ist, als hätte ich hier schon einmal vorliegende Projekte für diese Unterführung gesehen. Trotzdem geben wir noch einmal Fr. 400'000.— für einen Wettbewerb aus. Ich würde gerne hinterfragen, ob die Arbeiten zweimal gemacht werden müssen oder ob einmal reicht.

#### Seite 34, Buswartekabinen

**Antonia Hagmann:** Hier steht, dass beim Bornblick nächstens eine Buswartekabine erstellt wird. Das finde ich alles gut und recht. Aber ich habe etwas Mühe. Wir bemängeln eigentlich schon länger, dass zum Beispiel bei der Meierhoflinie Feldstrasse und Gartenstrasse, wo immer sehr viele Leute auf den Bus warten, überhaupt nichts vorhanden ist. Ich möchte dem Stadtrat beliebt machen, dass auch dort vorwärts gemacht wird und nicht nur an denjenigen Stellen, wo es momentan etwas einfach geht.

#### Seite 33, Verkehrskonzept Innenstadt

**Daniel Schneider:** Natürlich dauert die Planungsperiode bis 2016. Aber bei Projekten, die darüber hinaus gehen, wäre es schön, wenn die restliche Summe auch noch ausgeführt würde. Es gibt ein etwas verzerrtes Bild, wenn wir nur die ersten sieben Jahre anschauen und danach noch drei Jahre kommen. Dies ist eine kleine Anregung.

#### Seite 34, Buswartekabine

**Daniel Schneider:** Ich kann mich an endlose Diskussionen zur Stadtmöblierung erinnern. Dann auch noch der Link. Wissen wir endlich, welches Bushäuschen wir haben oder wird jedes Jahr ein neues erfunden? Es wäre auch schön, wenn es eine gewisse Konsistenz hätte.

#### Seite 43, Brücke Gheiddamm Olten SüdWest

**Dieter Ulrich:** So wie ich lese, sind nur die Fr. 350'000.— für 2010 beschrieben oder begründet. Hingegen steht zum grossen Brocken von Fr. 650'000.—, die noch folgen, nichts. Mich würde interessieren, was dort sonst noch gemacht wird.

**Theo Schöni:** Ich habe noch eine Anschlussfrage, die unabhängig ist von der Frage von Daniel Schneider betreffend Fussgängerüberführung des Bahnhofs Hammer, dass auch für die Brücke über den Damm ein Wettbewerb lanciert werden soll oder bereits initiiert wurde. Es steht unter anderem, dass in diesem Jahr auch ein Wettbewerb lanciert werden soll. Ich muss mich einfach fragen, ob unsere Planer noch bei guten Dingen sind. Auch verlange ich nicht gerade, dass der Zivilschutz eine Notbrücke darüber macht, damit man kostengünstig fahren kann. Aber wir haben erstens Fachleute im Stadthaus und zweitens gute Ingenieure und Architekten. Was soll ein Wettbewerb hier noch bringen?

**Stadtrat Dr. Martin Wey:** Es ist uns natürlich im ganzen Rahmen der Diskussion, was Olten SüdWest und die Qualitätssicherung anbelangt, schon ein Anliegen, dass wir Euer Bedürfnis im Parlament erfüllen können. Ich sage, dort wo wir selber projektieren und Wettbewerbe machen können, machen wir es. Aber das ist eine sehr exponierte Lage. Ihr müsst Euch vorstellen, dass man die Brücke, die dort zu liegen kommt, von Weitem sieht. Es ist eine prominente Einfahrt in dieses Gebiet. Deshalb ist uns wichtig, dass dies eben gut abgeklärt wird und in diesem Sinne auch eine Qualität erhält. Das ist die Begründung.

**Theo Schöni:** So wie ich mir diese Brücke vorstelle, liegt sie parallel zur ERO. Dort fährt man wahrscheinlich mit 80 durch, die Bahn fährt ebenso schnell daran vorbei. Ich weiss nicht, was an dieser Brücke attraktiv sein soll, wenn man in das Gebiet Olten SüdWest hinein fährt. Diese Begründung reicht mir nicht, um diesen Wettbewerb durchzuführen.

**Parlamentspräsident Roland Rudolf von Rohr:** Vielleicht muss man etwas langsamer fahren.

**Stadtpräsident Ernst Zingg:** Jetzt muss ich eine allgemeine Bemerkung machen. Irrtum vorbehalten haben wir schon einige Male dazu aufgerufen, bei den sogenannten grossen Geschäften wie Budget und Finanzplan, Fragen im Vorfeld zu platzieren. Für den Baudirektor und für Anwesende aus der Verwaltung ist es heute Abend relativ mühsam, eine Frage zu beantworten, bei der man noch etwas tiefer und vielleicht in die Unterlagen gehen muss. Man hätte dies oder zumindest das Thema im Vorfeld anschneiden können. Dann hätte man auch ganz klar eine gute Antwort geben können. Ich bitte Euch, darauf etwas Rücksicht zu nehmen.

**Parlamentspräsident Roland Rudolf von Rohr:** Es geht allen leichter, wenn sie die Informationen, was abzuklären ist, vorher haben.

### Bericht und Antrag

**Dr. Markus Ammann:** Im Bericht und Antrag steht eine Formulierung, die bei mir persönlich wieder etwas seltsam angekommen ist. Unter Verschuldung steht: „Langfristig wird ein Nettovermögen pro Kopf angestrebt“. Ich habe mich gefragt, ob es tatsächlich Aufgabe und Ziel einer öffentlichen Hand ist, ein Nettovermögen anzuhäufen. Diesen Satz finde ich etwas seltsam. Ich behaupte jetzt einmal, die öffentliche Hand müsse langfristig eine schwarze Null haben und nicht mehr, aber auch nicht weniger. Aber dass eine Gemeinde ein Nettovermögen als Ziel hat, finde ich etwas seltsam.

### **Beschluss**

Mit 40 : 0 Stimmen bei 7 Enthaltungen fasst das Parlament folgenden Beschluss:

Der Investitions- und Finanzplan für die Periode 2010 - 2016 wird mit dem aktuellen Planungsstand zur Kenntnis genommen.

Mitteilung an:  
Verwaltungsleiter  
Direktion Finanzen und Informatik/Herr Markus Sieber  
Finanzverwaltung  
Finanzkontrolle/Controlling  
Kanzleiakten

Verteilt am:

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 18. November 2009

Akten-Nr. 13/12

Prot.-Nr. 41

## Voranschlag 2010/Genehmigung

Das vorliegende Budget 2010 entspricht aufgrund der zeitgleichen Vorlage dem Planjahr 2010 im Investitions- und Finanzplan 2010 – 2016. Das Budget 2010 wird mit Blick auf die aktuelle Wirtschaftslage unter zwei übergeordneten Zielsetzungen präsentiert: Einerseits ist nach Abschluss der umfangreichen Planungen am nun realisierbaren Investitionsvolumen festzuhalten, andererseits ist das Budget 2010 so auszugestalten, dass die Steuersätze für Natürliche und Juristische Personen auf dem aktuell tiefen Niveau von 100% der einfachen Staatssteuer gehalten werden können.

Sehr geehrter Herr Präsident  
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen den Voranschlag für das Jahr 2010, basierend auf den Budgetrichtlinien sowie dem Investitions- und Finanzplan, mit dem Antrag auf Zustimmung.

### 1. Ausgangslage

Die aktuellen Aussichten am Finanzhorizont der öffentlichen Haushalte sind schlecht. Nach den Rekordabschlüssen aufgrund der guten Wirtschaftslage der vergangenen Jahre rechnen die Mehrheit der Kantone und viele Gemeinden mit massiv schlechteren Resultaten für die Jahre 2010 und 2011. Zahlreiche öffentliche Haushalte müssen Budgets mit Defiziten vorlegen. Soweit möglich wird aber, insbesondere mit Blick auf die Wirtschaftslage und die angespannte Konsumsituation, vorerst auf Steuererhöhungen verzichtet.

Der aktuelle Finanzplan 2010 – 2016 zeigt, dass aufgrund des hohen und teilweise fremdbestimmten Investitionsvolumen nicht alle im Finanzleitbild mittelfristig gesetzten Ziele erreicht werden können. Aufgrund des erhöhten Investitionsbedarfs und der rückläufigen Selbstfinanzierungskraft wird das Pro-Kopf-Vermögen abgebaut und es wird eine Pro-Kopf-Verschuldung bis Ende Planperiode von rund Fr.1'900 prognostiziert.

Bei einer länger andauernden Wirtschaftskrise mit Steuereinbrüchen über mehrere Planjahre müsste für die Zukunft - mit Blick auf eine nachhaltige Finanzpolitik - eine Diskussion um die Höhe des Investitionsvolumens bzw. des Steuersatzes in Betracht gezogen werden.

### 2. Ergebnisse auf einen Blick

#### 2.1. Ergebnis der Laufenden Rechnung

Bei einem Aufwand von Fr. 110'056'500 (ohne interne Verrechnungen von Fr. 11'314'300) und einem Ertrag von Fr. 111'179'900 wird ein **Mehrertrag von Fr. 1'123'400** ausgewiesen.



## 2.2. Ergebnis der Investitions-Rechnung

Bei Brutto-Ausgaben von rund 29.0 Mio. Fr. und Investitionseinnahmen von 4.0 Mio. Fr. betragen die Netto-Investitionen 25.0 Mio. Fr. Die geplante Investitionstätigkeit bleibt, wie bereits im Bericht und Antrag zum Investitions- und Finanzplan 2010 – 2016 dargestellt, in den folgenden Jahren auf hohem Niveau. Der Investitionsanteil (Anteil der Bruttoinvestitionen an den konsolidierten Ausgaben) bleibt auch für das Budgetjahr auf sehr hohen 28.8% (= starke Investitionstätigkeit).

## 2.3. Gestufter Erfolgsausweis (in Tausend Fr.)

|     |                                                    |                  |
|-----|----------------------------------------------------|------------------|
|     |                                                    | Voranschlag 2010 |
| 3   | <b>Betrieblicher Aufwand vor Abschreibungen</b>    | <b>-98'892</b>   |
| 30  | Personalaufwand                                    | -50'126          |
| 31  | Sachaufwand                                        | -19'014          |
| 35  | Entschädigungen Gemeinwesen                        | -4'055           |
| 36  | Beiträge                                           | -24'451          |
| 38  | Einlagen in Spezialfinanzierungen                  | -244             |
| 385 | Vorfinanzierung bzw. Rücklagen für Verkehrsprojekt | -1'002           |
|     |                                                    |                  |
| 4   | <b>Betrieblicher Ertrag vor Steuern</b>            | <b>29'804</b>    |
| 41  | Regalien und Konzessionen                          | 118              |
| 43  | Entgelte                                           | 13'302           |
| 45  | Rückerstattungen                                   | 5'708            |
| 46  | Beiträge für eigene Rechnungen                     | 10'637           |
| 48  | Entnahmen aus Spezialfinanzierungen                | 39               |
|     |                                                    |                  |
|     | <b>Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit</b>        | <b>-69'088</b>   |
|     | vor Abschreibungen und Steuern                     |                  |
|     |                                                    |                  |
|     | <b>Ergebnis aus Finanzierung</b>                   | <b>-6'548</b>    |
| 32  | Passivzinsen (Finanzaufwand)                       | -1'677           |
| 33  | Abschreibungen (Finanzaufwand)                     | -9'488           |
| 42  | Vermögenserträge (Finanzertrag)                    | 4'617            |
|     |                                                    |                  |
|     | <b>Operatives Ergebnis vor Steuern</b>             | <b>-75'636</b>   |
|     |                                                    |                  |

|    |                                         |               |
|----|-----------------------------------------|---------------|
| 40 | <b>Steuerertrag</b>                     | <b>76'759</b> |
|    |                                         |               |
|    | <b>Operatives Ergebnis nach Steuern</b> | <b>1'123</b>  |

### 3. Finanzpolitische Grundsätze und Zielerreichung im Voranschlag 2010

#### 3.1. Finanzpolitische Grundsätze

Nachfolgend die im Rahmen der Budgetweisung verabschiedeten finanzpolitischen Grundsätze des Stadtrates:

##### **Leitsatz**

Der Stadtrat verfolgt eine nachhaltige Finanzpolitik, damit die künftigen Generationen nicht unverhältnismässige Folgekosten von heutigen Entscheidungen zu tragen haben.

Auf die Dauer sind Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen. Somit sind langfristig alle Investitionen durch selber erarbeitete Mittel (cash-flow) gedeckt.

- Konjunkturelle Defizite sind mittelfristig auszugleichen.
- In wirtschaftlich besseren Zeiten ist ein konsequenter Schuldenabbau vorzunehmen.

##### **Verschuldung**

Das Resultat der nachhaltigen Finanzpolitik schlägt sich im Nettovermögen bzw. in der Nettoschuld pro Einwohner/in nieder. In der Planungsperiode 2010 – 2016 kann mit einem Nettovermögen gestartet werden. Aufgrund der starken Investitionstätigkeit bis Ende Planungsperiode wird eine Nettoverschuldung prognostiziert.

- Langfristig wird ein Nettovermögen pro Kopf angestrebt.
- Der mittelfristige Wert weicht positiv vom gewichteten Durchschnitt aller Solothurner Gemeinden ab.

##### **Investitionen**

Das Investitionsvolumen der Stadt Olten richtet sich primär nach den finanziellen Möglichkeiten.

- Der Selbstfinanzierungsgrad für werterhaltende Investitionen beträgt dauernd 100%.
- Der Selbstfinanzierungsgrad der Gesamtinvestitionen liegt langfristig bei 100%.

##### **Steuern**

Der Steuerfuss für natürliche und juristische Personen richtet sich an den mittelfristigen notwendigen Steuereinnahmen aus.

- Der Steuerfuss für natürliche und juristische Personen ist identisch.
- Die steuerliche Belastung liegt im tiefsten Drittel aller Solothurner Gemeinden.

##### **Abschreibungen**

Das Verwaltungsvermögen kann langfristig nach den Vorgaben von HRM2 abgeschrieben werden.

- Bezogen auf den aktuellen Anlagebestand liegt dieser Wert mittelfristig bei 12%.

### 3.2. Zielerreichung im Voranschlag 2010

- 
- Bereits bei der Erstellung des letztjährigen Investitions- und Finanzplans zeichnete sich ab, dass eine vorübergehende Abweichung von den mittelfristigen finanzpolitischen Grundsätzen notwendig werden wird.
- 
- Mit dem aktuellen Budget kann der Vorgabe der Selbstfinanzierungsgrad nicht entsprochen werden. Wird die gesamte Planperiode einbezogen, wird auch das Ziel des Pro-Kopf-Nettovermögens nicht erreicht.
- 

Mit einer mittel- bis langfristigen Optik sind die aktuellen 42.6% Selbstfinanzierungsgrad sicher zu tief. Aufgrund der guten Rechnungsergebnisse der letzten Jahre und der Nachhaltigkeit der geplanten Investitionen besteht kurzfristig noch kein Handlungsbedarf.

Eine Orientierung an den mittelfristigen Finanzzielen bleibt jedoch nach Beendigung der Grossprojekte ein zentrales Erfordernis.

### 4. Veränderungen im Budget / Vergleichbarkeit und Darstellungsform

Veränderungen an der eigentlichen Organisationsstruktur wurden im Budget 2010 nur marginal vorgenommen. Teilweise wurde jedoch die Budgetierungspraxis der Vorjahre angepasst, was bei Einzelpositionen zu Verschiebungen und Abweichungen führt.

#### 4.1. Grössere Abweichungen in der Laufenden Rechnung (Aufwand)

Abweichungen in einzelnen Aufwandkonten über Fr. 200'000 (in 1'000 Fr.):

- |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                           |       |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------|
| • 110 Besoldungen Stadtpolizei                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                            | + 301 |
| • 110 Grundausbildung Polizeischule<br>Aufstockung des Korps der Stadtpolizei.                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                            | + 225 |
| • 228 Besoldungen Heilpädagogische Sonderschule<br>Umsetzung der kantonalen Vorgaben. Die Mehrkosten sind durch den Kanton gedeckt.                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                       | + 546 |
| • 350 Beitrag an örtliche Vereine<br>Bisher verteilte Betriebsbeiträge und Mietkosten wurden zusammengefasst                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                              | + 298 |
| • 500 Gemeindebeitrag an EL<br>Umsetzung der kantonalen Vorgabewerte.                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                     | + 315 |
| • 580 Beitrag an Sozialregion<br>Umsetzung der kantonalen Vorgabewerte.                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                   | + 434 |
| • 580 Restkosten Sozialregion<br>Ungedekte Kosten in der Sozialregion werden gemäss Vertrag den Regionsgemeinden belastet. Beispielweise wurde neu die Väter- und Mütterberatung aus den Budgets der Regionsgemeinden in die Sozialregion verschoben.                                                                                                                                                                                                                                     | + 241 |
| • 920 Beitrag an Finanzausgleich<br>Der Beitrag an den Finanzausgleich ist mit Fr. 2'484'000 um Fr. 667'000 höher als im Vorjahresbudget. Mit mehr als 30% am Gesamtbetrag aller beitragszahlenden Gemeinden leistet Olten einen beachtlichen Anteil in diesen Ausgleichstopf. Der Anstieg wird einerseits durch die guten Rechnungsabschlüsse und durch die Anrechenbarkeit der Arbeitgeberbeitragsreserve, andererseits durch eine Erhöhung des Finanzausgleichs um 1 Mio. Fr. erklärt. | + 667 |

- 940 Darlehenszinsen - 1'100  
Konsequenter Schuldenabbau aufgrund der guten Rechnungsergebnisse führt zu sinkenden Darlehenszinsen.

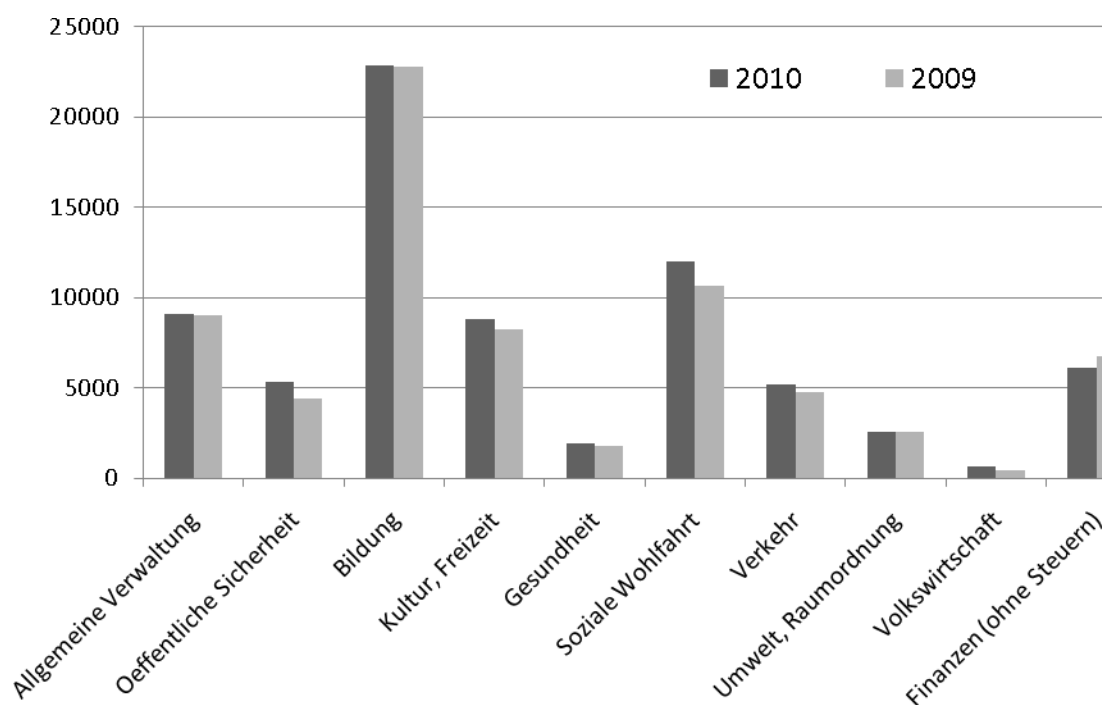
## 4.2. Grössere Abweichungen in der Laufenden Rechnung (Ertrag)

Abweichungen in einzelnen Ertragskonten über Fr. 200'000 (in 1'000 Fr.):

- 228 Kantonsbeitrag Heilpädagogische Sonderschule + 840  
Mehrkosten aufgrund der kantonalen Vorgaben werden durch den Kanton übernommen.
- 900 Einkommens- und Vermögensteuern - 2'500
- 900 Quellensteuern + 700
- 900 Kapital- und Gewinnsteuern + 3'400  
Basierend auf dem Steuerabschluss 2007 und Jahresabschluss 2008 wurden die Steuern für 2010 geschätzt.

## 5. Begründungen zu den Funktionen

Die Nettobelastungen der Hauptfunktionen haben sich gegenüber dem Vorjahresbudget wie folgt entwickelt:



### 0 Allgemeine Verwaltung

Die Funktion der allgemeinen Verwaltung wird durch Mehrausgaben insbesondere im Bereich der Steuerveranlagungspauschale an den Kanton (+ Fr. 150'000) und beim rechtlichen Inkasso (+ Fr. 45'000) mehr belastet.

### 1 Öffentliche Sicherheit

Die Funktion öffentliche Sicherheit musste aufgrund der Aufstockung des Kops der Stadtpolizei Mehrausgaben in den Kostenarten Personalkosten (Besoldungen und Ausbildung) sowie im Sachaufwand (Ausrüstung) budgetieren.

## **2 Bildung**

In der Funktion Bildung fallen primär die steigenden Bruttokosten auf. Diese sind mehrheitlich durch die Mehrausgaben bei der Heilpädagogischen Sonderschule zu begründen. Im gleichen Masse steigen aber für diesen Bereich die Entschädigungen des Kantons. Damit sind prozentual geringen Kostensteigerungen mit dem Anstieg aufgrund der vom Regierungsrat gewährten Lohnerhöhung vollständig erklärt.

## **3 Kultur und Freizeit**

Die Kostensteigerung in dieser Funktion sind hauptsächlich durch die Stellenaufstockungen bei den Museen und der Anpassung der Leistungsverträge mit der Färberei, der Stadttheater Olten AG („Olten Info“) und der Sportpark AG begründet.

## **4 Gesundheit**

Die Zunahme der Nettokosten wird praktisch vollständig durch die Mehrkosten NFA: Beitrag an Spitex-Verein in der Höhe von Fr. 165'300.00 erklärt.

## **5 Soziale Wohlfahrt**

Die im Budget 2009 gemachte Feststellung der Entlastung im Vergleich mit dem Vorjahr kann für das Budget 2010 nicht bestätigt werden. Die vom Kanton festgelegten Budgetwerte lassen im Bereich des Gemeindebeitrags an die Ergänzungsleistungen (+ Fr. 315'000) und des Beitrags an die Sozialregion (+ Fr. 433'500) die erwarteten Kosten um rund Fr. 750'000.00 steigen.

## **6 Verkehr**

Hauptsächliche Kostentreiber sind hier der Beitrag an den Kanton gemäss öVG, welcher um rund Fr. 124'000 steigt, sowie die gesteigerte Unterhaltsbedarf bei der öffentlichen Beleuchtung (+ Fr. 142'000).

## **7 Umwelt und Raumordnung**

Keine Bemerkungen.

## **8 Volkswirtschaft**

Die Kostensteigerungen sind ausschliesslich durch die Neuregelung „Olten Info“ begründet. Die Leistungsverträge der beteiligten Partner wurden entsprechend angepasst.

## **9 Finanzen ohne Steuern**

Trotz des markanten Anstiegs des Finanzausgleichsbeitrags um rund Fr. 667'000 und des hohen Investitionsvolumens sinkt der Finanzaufwand im Vergleich zum Vorjahresbudget. Dies dank des konsequenten Schuldenabbaus bei Ablauf von Fremdfinanzierungen.

## **6. Begründungen zu den einzelnen Sacharten (Abweichungen zum Vorjahresbudget)**

### **30 Personalaufwand**

Der Personalaufwand steigt im Vergleich zum Vorjahresbudget um 3.5%. In diesem Betrag eingerechnet ist eine 1%-Lohnanpassung für die Lehrkräfte (Beschluss Regierungsrat) und eine 1%-Lohnanpassung für das Verwaltungs- und Betriebspersonal.

Weitere Kostensteigerungen sind verwaltungsseitig durch die Stellenbewilligungen bei der Stadtpolizei, die Stellenaufstockungen bei den Museen, die beantragte Stellenaufstockung bei der Jugendbibliothek und durch die Kostensteigerung aufgrund der Besoldungsrevision begründet. Die Besoldungsrevision war im Budget 2009 erst ab Mitte Jahr budgetiert.

Seitens der Lehrkräfte ist insbesondere die Stellenausweitung bei der Heilpädagogischen Sonderschule für steigende Kosten verantwortlich.

### **31 Sachaufwand**

Der Sachaufwand verändert sich gegenüber dem Vorjahresbudget um rund Fr. 820'000. Nebst erzielten Einsparungen handelt es sich im Wesentlichen um Mehrkosten bei:

|                               |               |                                                                         |
|-------------------------------|---------------|-------------------------------------------------------------------------|
| 311 Anschaffungen             | + Fr. 351'000 | (Nachholbedarf bei diversen Positionen)                                 |
| 313 Unterhaltsbereich         | + Fr. 125'000 | (Unterhalt öffentliche Beleuchtung)                                     |
| 317 Spesenentschädigungen     | + Fr. 188'000 | (Verschiebung aus Kostenart 366 Skilager)                               |
| 318 Dienstleistungen Honorare | + Fr. 282'000 | (Securitas Patrouille und Verkehrssicherheit Fussball-WM je Fr. 80'000) |

### **32 Passivzinsen**

Obschon der Selbstfinanzierungsgrad nur bei 42.6% liegt, kann ausgehend vom aktuellen Finanzstatus damit gerechnet werden, dass der Investitionsbedarf ganz oder weitgehend aus vorhandenen Mitteln finanziert werden kann. Aufgrund der guten Rechnungsergebnisse konnten die Schulden rascher abgebaut werden. Dies wirkt sich positiv auf das Budget 2010 aus.

### **33 Abschreibungen**

Mit der Abschreibungsart nach HRM2 werden die gesetzlich vorgeschriebenen Minimalabschreibungen von 8 % des Verwaltungsvermögens übertroffen. In der Sachart 33 sind weiter die Steuerabschreibungen und die Wertberichtigungen des Finanzvermögens enthalten.

### **35 Entschädigungen an Gemeinwesen**

4'055

Beträge über Fr. 200'000 sind nachfolgend aufgeführt (in Tausend Fr.):

|                                               |       |
|-----------------------------------------------|-------|
| Betriebskostenanteil Kläranlage               | 1'445 |
| Beitrag an Steueramt SO für Steuerveranlagung | 1'100 |
| Schulgelder für die Sonderschule inkl. HPS    | 636   |
| Standortbeitrag für die Fachhochschule        | 380   |

### **36 Eigene Beiträge**

24'451

Beträge über Fr. 200'000 sind nachfolgend aufgeführt (in Tausend Fr.):

|                                                    |       |        |
|----------------------------------------------------|-------|--------|
| - davon an Kanton, unter anderem                   |       | 11'082 |
| Gemeindebeitrag an die Ergänzungsleistungen        | 4'165 |        |
| Finanzausgleich                                    | 2'484 |        |
| Gemeindebeitrag an den öffentlichen Verkehr        | 2'017 |        |
| Schulgelder an Kanton (Mittelschulgesetz)          | 1'167 |        |
| Alimentenbevorschussung                            | 385   |        |
| Beitrag gemäss Suchthilfegesetz                    | 280   |        |
| Beiträge an Sozialwerkstätten                      | 210   |        |
| - davon an Gemeinden, unter anderem                |       | 7'114  |
| Beitrag an Sozialregion                            | 4'288 |        |
| Restkosten Sozialregion                            | 1'685 |        |
| Beitrag an Sozialadministration                    | 928   |        |
| - davon an gemeinwirtschaftliche Unternehmen, u.a. |       | 2'082  |
| Sportpark Olten AG für Eissportbetrieb             | 750   |        |
| Stadttheater Olten AG, netto                       | 647   |        |
| Beiträge für Kinder in Heimen                      | 456   |        |
| - davon an private Institutionen, unter anderem    |       | 3'882  |
| Spitex-Verein Olten                                | 1'165 |        |
| Beitrag an obligat. Heilkostenversicherung         | 300   |        |
| Kinderkrippen                                      | 740   |        |
| Verein offene Kinderarbeit (Robi-Spielplatz)       | 207   |        |

|                                   |     |
|-----------------------------------|-----|
| Verein Olten Tourismus            | 282 |
| Dispositionskredit SR, ordentlich | 210 |

### **38 Einlagen in Spezialfinanzierungen**

|                                                |       |
|------------------------------------------------|-------|
| Vorfinanzierung Beitrag an das Verkehrsprojekt | 1'000 |
|------------------------------------------------|-------|

### **39 + 49 Interne Verrechnungen**

Interne Verrechnungen sind Belastungen und Gutschriften zwischen verschiedenen Aufgabenbereichen (Funktionen). Dabei werden insbesondere Personal- und Sachaufwendungen, Zinsen wie auch Erträge zwischen den einzelnen Funktionen verrechnet mit dem Ziel, die betriebswirtschaftliche Aufgabenerfüllung je Aufgabenbereich beurteilen zu können.

### **40 Steuererträge**

Für die Budgetierung wird einerseits das Steuerjahr 2007 mit einem recht hohen Veranlagungsstand als Basis angenommen und andererseits auf die Angaben der kantonalen Steuerverwaltung sowie auf die Prognosen zum Wirtschaftswachstum abgestützt. Basierend auf den sehr guten Steuererträgen mit markantem, bzw. gemäss Rechnung 2008, erwartetem Zuwachs werden die Steuern 5% tiefer veranschlagt als in der Rechnung 2008.

Im Vergleich zum Vorjahresbudget wird das Steueraufkommen aus Gewinn- und Kapitalsteuern der Juristischen Personen aufgrund der aktuellen Wirtschaftslage um 15% tiefer veranschlagt als in der Rechnung 2008.

Die gedämpften Wirtschaftsprognosen für die Realwirtschaft sowie das in der aktuellen Situation latente Risiko möglicher Umstrukturierungen lässt im Rahmen der Budgetierung die notwendige Vorsicht walten. Dennoch liegen die budgetierten Steuereinnahmen insgesamt 1.6 Mio. Fr. über dem Budget 2009.

### **Festlegung der Steuerfüsse**

§ 144 Gemeindegesetz besagt folgendes:

<sup>1</sup> Im Voranschlag ist der Steuerfuss für das nächste Jahr festzusetzen.

<sup>2</sup> Der Steuerfuss ist so zu bemessen, dass der voraussichtliche Steuerertrag mit dem übrigen Ertrag **mittelfristig** den Aufwand der laufenden Rechnung einschliesslich der notwendigen Abschreibungen finanziert.

Die Festlegung der Steuerfüsse ist somit abhängig von den **mittelfristigen** Planergebnissen und nicht vom Resultat eines Budgetjahres.

Durch die vom Volk beschlossene zeitliche Staffelung der Steuerentlastungen (Steuergesetzrevision) sind im Jahr 2012 weitere wiederkehrende Mindererträge von rund 2.3 Mio. Fr. zu erwarten.

### **41 Konzessionen**

Keine Bemerkungen.

### **42 Vermögenserträge**

Aufgrund des tiefen Selbstfinanzierungsgrads und des tiefen Zinsniveaus liegen die erwarteten Vermögenserträge 2010 tiefer als in der Rechnung 2008. Jedoch dank des guten Abschlusses 2008 immer noch über dem Budgetwert 2009.

### **43 Entgelte**

Keine Bemerkungen.

#### **45 Rückerstattungen von Gemeinwesen**

Im Vergleich zum Vorjahr fallen die budgetierten Schulgelder von anderen Gemeinden tiefer aus.

#### **46 Beiträge für eigene Rechnung**

Die höheren Kosten bei der Heilpädagogischen Sonderschule führen zu höheren Abgeltungen des Kantons. Für das Budgetresultat der Stadt Olten sind diese Positionen jedoch nicht erfolgswirksam.

### **7. Ergebnisse der Rechnungen mit Spezialfinanzierungen**

#### **141 Feuerwehr**

Bei einem Aufwand von rund 1.5 Mio. Fr. und einem Ertrag von rund 1 Mio. Fr. schliesst die Jahresrechnung mit einem Nettoaufwand von Fr. 502'500 ab. Dieser Betrag liegt leicht höher als im Vorjahr und wird mit allgemeinen Steuermitteln finanziert.

#### **201 und 228 Sonderschulbereich (Sprachheilklassen und Heilpädagog. Sonderschule)**

Der Ausgleich der Betriebsrechnungen erfolgt mit einem Staatsbeitrag gemäss Volksschulgesetz.

#### **711 Abwasserentsorgung**

Im Bereich Abwasserentsorgung sind bei voller Selbstfinanzierung und einem Umsatz von 4.5 Millionen Franken Abschreibung von insgesamt 1.8 Mio. Fr. vorgesehen. Die Wiederbeschaffungswerte für die gemeindeeigenen Kanalisationen und Spezialbauwerke wurden vom Amt für Umwelt Kanton Solothurn auf 86,1 Millionen Franken berechnet. Der abzuschreibende Buchwert beträgt demgegenüber nur noch rund 3.4 Millionen Franken. Aufgrund des 2010 erstmals wegfallenden Beitrags an den Kantonalen Abwasserfonds ist eine Überprüfung der Gebühren im nächsten Jahr einzuplanen.

#### **721 Abfallbeseitigung**

Der Voranschlag rechnet mit einem Betriebsüberschuss und einer Einlage in die Spezialfinanzierung von Fr. 91'900.

#### **783 Konfiskatsammelstelle**

Es konnte im Sinne der Zusammenarbeit in der Agglomeration Aareland eine Neuregelung mit der Entsorgung Region Zofingen (ERZO) gefunden werden. Der Voranschlag rechnet mit einem Überschuss und einer Einlage in die Spezialfinanzierung von Fr. 1'700.

### **8. Investitionsbudget**

Das Gemeindeparlament nimmt am 18. November 2009 vom Finanz- und Investitionsplan für das Jahr 2010 - 2016 Kenntnis. Die Ausgaben für diverse Objekte sind überdurchschnittlich hoch ausgefallen. Die Notwendigkeit der Investitionen bzw. der Kreditbedarf ist im Anhang zur Investitionsrechnung pro Objekt begründet.



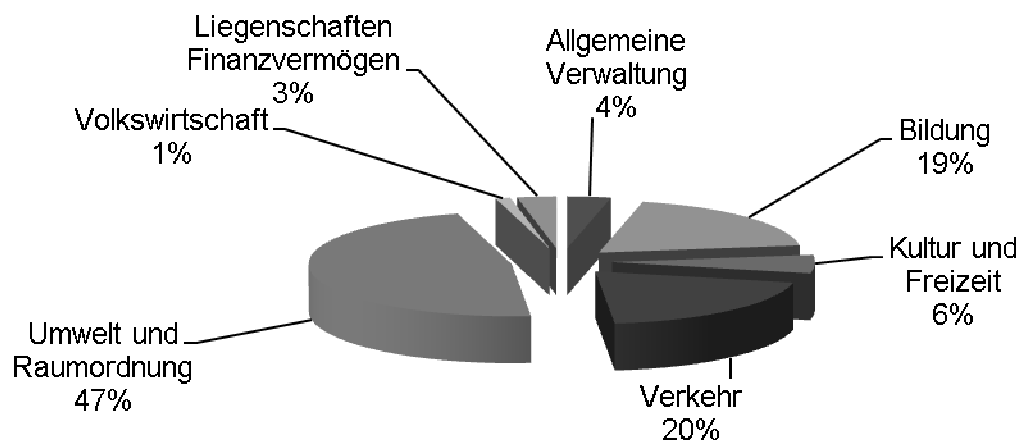
Nebst dem Bedarf für den stetigen Werterhalt im Hoch- und Tiefbau sind folgende priorisierte Projekte im Voranschlag enthalten:

- Verkehrsprojekt Entlastung Region Olten (ERO) inkl. flankierende Massnahmen
- Standortbeitrag für den Neubau der Fachhochschule Olten
- Bahnhof Ost
- Verkehrskonzept Innenstadt / Begegnungszone
- Attraktivierung Aareraum
- Sportstättenplanung

Weiter sind folgende Grossprojekte mit Jahrestanchen im Jahr 2010 von über Fr. 600'000 enthalten:

- |                                                                        |                |
|------------------------------------------------------------------------|----------------|
| • Säli: Sanierung Fassade, Ausführung (sep. Vorlage)                   | 1.650 Mio. Fr. |
| • Friedhof: Krematorium / Gesetzliche Rauchgassanierung (sep. Vorlage) | 1.644 Mio. Fr. |
| • Kanalspülfahrzeug, Ersatz                                            | 0.635 Mio. Fr. |

Die Bruttoinvestitionen teilen sich auf folgende Aufgabenbereiche auf:



Oder können folgenden Kriterien zugeordnet werden:

- |                                                               |      |
|---------------------------------------------------------------|------|
| • Werterhalt und ausserordentliche Investitionen              | 21 % |
| • Entwicklungsinvestitionen                                   | 33 % |
| • Investitionsbeiträge an den Kanton                          | 27 % |
| • Investitionen mit Spezialfinanzierungen (inkl. ERO-Anteile) | 19 % |

Die Investitionen für den Werterhalt können vollständig aus eigenen Mitteln aus der Laufenden Rechnung finanziert werden und die restlichen Projekte durch vorhandenes Eigenkapital gedeckt werden. Das Nettovermögen sinkt dadurch auf Basis der Budgetwerte 2009 und 2010 auf rund Fr. 520 pro Kopf (Rechnung 2008 = Fr.1'775).

## **9. Interpretation und Anmerkungen zu relevanten Kennzahlen**

### ***Selbstfinanzierungsgrad***

allgemein

unter 70 %

70 – 100 %

grosse Neuverschuldung

verantwortbare Neuverschuldung

Richtwerte nach Konjunkturlage

Hochkonjunktur            über 100 Prozent

Normalfall                80 – 100 Prozent

Krise                        50 – 80 Prozent

Der Selbstfinanzierungsgrad eines Jahres ist nur bedingt aussagefähig, da er vom Investitionsvolumen stark abhängig ist und deshalb von Jahr zu Jahr grossen Schwankungen unterworfen sein kann. Die Beurteilung über eine längere Planperiode hat die grössere Aussagekraft. Zudem muss die Nutzungsdauer einer grösseren Investition in die Finanzüberlegungen miteinbezogen werden (Nachhaltigkeit der Investition).

### ***Nettoschuld pro Einwohner***

Die Beurteilung dieser Kennzahl ist im neuen Rechnungsmodell wie folgt definiert:

bis 1'000 Fr.                geringe Verschuldung

1'001 – 2'500 Fr.        mittlere Verschuldung

2'501 – 5'000 Fr.        hohe Verschuldung

> 5'000 Fr.                sehr hohe Verschuldung

Aufgrund der aktuellen Finanzkraft und der festgelegten Finanzziele mussten bereits im Rahmen des Finanzplans Prioritäten gesetzt werden.

Der im Finanzplan 2010 – 2016 aufgezeigte Abbau des Nettovermögens bis zu einer Nettoschuld von rund Fr. 1'900 Ende der Planperiode zeigt die Notwendigkeit einer langfristig ausgelegten, nachhaltigen Finanzplanung.

## **10. Zusammenfassung**

Der Voranschlag 2010 wurde basierend auf den Budgetvorgaben und dem Finanzleitbild erstellt.

Durch die ausnahmsweise zeitgleiche Erstellung des Investitions- und Finanzplans und des Voranschlags mussten die neuen Erkenntnisse in teilweise iterativen Schritten in den Budgetprozess einfließen.

Gerade in der aktuellen Situation wird die Notwendigkeit einer seriösen und nachhaltigen Finanzplanung sicht- und spürbar.

Die hohe Investitionstätigkeit in der Planperiode des Finanzplans zeigt mit aller Deutlichkeit die finanziellen Grenzen für den Haushalt der Stadt Olten und die Notwendigkeit der massvollen Prioritätensetzung.

Die aktuelle Wirtschaftslage verlangt eine periodische und kritische Beurteilung der mittelfristigen Planung.

Nach Abschluss der Grossprojekte ist die Investitionstätigkeit auf ein langfristig finanzierbares Niveau zu bringen.

## Beschlussesantrag:

### I.

1. Der Voranschlag 2010 der **Laufenden Rechnung** mit einem **Mehrertrag** von **Fr. 1'123'400** wird genehmigt.
2. Die **Investitionsrechnung** der Allgemeinen Verwaltung und der Spezialfinanzierung mit Nettoinvestitionen von **Fr. 25'085'300** wird genehmigt.
3. Die Feuerwehersatzabgabe wird unverändert auf 9% der einfachen Staatssteuer festgelegt (Minimum Fr. 20.00, Maximum Fr. 400.00).
4. Der Steuerfuss für die natürlichen Personen wird unverändert auf 100% der einfachen Staatssteuertarife festgelegt.
5. Der Steuerfuss für die juristischen Personen wird unverändert auf 100% der einfachen Staatssteuertarife festgelegt.
6. Das Budget der Regionalen Zivilschutzorganisation (RZSO) mit einem Aufwand und Ertrag von Fr. 686'400.00 wird genehmigt.
7. Das Budget des Regionalen Führungsstab Bevölkerungsschutz (RFSB) mit einem Aufwand und Ertrag von Fr. 29'700.00 wird genehmigt.
8. Das Budget der Sozialregion Olten mit einem Aufwand und Ertrag von Fr. 25'283'900.00 wird genehmigt.
9. Der Stadtrat wird ermächtigt, zur Deckung des gesamten neuen Fremdkapitalbedarfs (ohne Refinanzierungen, inkl. Kapitalvermittlungen sbo, Pensionskasse) maximal 10 Millionen Franken aufzunehmen.

### II.

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

- - - - -

## EINTRETEN

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

**Nico Zila:** Die Geschäftsprüfungskommission hat an den beiden Sitzungstagen, an denen sie sich mit dem Budget 2010 befasst hat, insgesamt 51 Detailfragen klären können bzw. von den Beteiligten geklärt erhalten. Besten Dank für diese Arbeit an die Mitglieder des Stadtrates, den Finanzverwalter, Herrn Sieber, und die ganze Stadtverwaltung für die grosse Arbeit, die hinter dem Budget steckt. Natürlich möchte ich in meiner Eigenschaft als amtierender GPK-Präsident auch den Mitgliedern der GPK danken, die sich besonders an einem langen Freitag im 6. Stock dieses Gebäudes sehr seriös hinter das Budget und die anderen Vorlagen geklemmt haben. Ich darf hier auch die anderen Parlamentsmitglieder informieren, dass der leider verstorbene Ruedi Lutz ja unser SVP-Kollege in der GPK gewesen wäre für die Vorbereitung all dieser Geschäfte von heute. Ich habe entschieden, dass an seiner Stelle der heute neu gewählte Christian Werner als Gast, als Beisitzer an den Sitzungen teilnehmen durfte, vor allem, um den Informationsfluss in seine Fraktion sicher zu stellen. Christian Werner war dabei, hatte die Möglichkeit, Fragen zu stellen, durfte aber

keine Anträge stellen und nicht abstimmen. Aus GPK-Sicht präsentiert sich das Budget 2010 auf den ersten Blick relativ unspektakulär mit einem Mehrertrag von 1,3 Millionen Franken und den „üblichen“ Aufwandsteigerungen. Mit Blick auf die aktuelle Wirtschaftslage kann hingegen sicher gesagt werden, dass ein Budget mit schwarzen Zahlen in diesem Moment keine Selbstverständlichkeit ist. In diesem Zusammenhang habe ich ein Zitat des ehemaligen österreichischen Finanzministers, Wilhelm Molterer, ÖVP, gefunden, das meiner Meinung nach von unserem Stadtrat sehr gut verinnerlicht wurde. Herr Molterer hat einmal gesagt: „Das Budget ist kein Bankomat, der im Himmel gefüllt und auf Erden entleert werden kann“, auch wenn wir uns dies manchmal wünschen würden. Beim Budget 2010 speziell hervor zu heben ist die hohe Investitionstätigkeit von über 25 Millionen Franken netto, die natürlich bei Weitem keine vollständige Selbstfinanzierung erlaubt. Am Budgettag der GPK ist aber darauf hingewiesen worden, dass das Investitionsvolumen nicht isoliert oder gar planlos in der Landschaft steht, sondern eine gezielte Richtung aufweist und auch aus konjunkturpolitischen Überlegungen richtig oder zumindest nicht falsch ist. Trotz dieser Investitionsausgaben verweilt der Oltnen Finanzhaushalt per Ende 2010 weiterhin im Vermögensbereich. Das sollen immerhin noch 520 Franken Vermögen pro Einwohnerin und Einwohner sein. Kurz noch zu einigen inhaltlichen Schwerpunkten: Mit deutlichen Aufwandsteigerungen ist besonders in zwei Bereichen zu rechnen. Der erste Bereich ist die Stadtpolizei. Ich denke, die Mehrausgaben oder fast alle davon sind eine logische Konsequenz aus der Volksabstimmung vom 19. April 2009. Der zweite Bereich ist von uns nicht oder nur sehr indirekt beeinflussbar. Es ist der kantonale Finanzausgleich. Hier schlägt unser Rekordjahr 2009 – ich hätte fast Jubeljahr gesagt – zum ersten Mal so richtig zu Buche. Natürlich sind auch die Kosten für den Bereich soziale Wohlfahrt thematisiert worden. Allerdings hat uns der Finanzverwalter dabei aufzeigen können, dass entgegen ersten Befürchtungen die Kosten für die Stadt Olten innerhalb der Sozialregion – ich muss betonen: innerhalb der Sozialregion – von 2009 auf 2010 ziemlich genau gleich bleiben werden. Der Zuwachs im Aufwand ist hier auf den hohen Pro-Kopf-Beitrag, den der Kanton erhebt, zurück zu führen. Es bleibt sicher zu hoffen, dass die vom Stadtrat gemachten Annahmen betreffend Sozialregion Olten realistisch sind - man muss daran erinnern, dass es noch keinen Rechnungsabschluss der Sozialregion gibt – und der heute oder morgen durch das Parlament gesteckte Finanzrahmen gerade in diesem Bereich eingehalten werden kann. Auf der Einnahmenseite hat die GPK festgestellt, dass der Steuerertrag recht konservativ budgetiert wird. Bei den natürlichen Personen wird nämlich gegenüber der Rechnung 2008 mit einem Rückgang von 5 % und bei den juristischen Personen mit einer Abnahme um 15 % gerechnet. In der GPK ist die leise Hoffnung zum Ausdruck gebracht worden, dass die tatsächlichen Zahlen im Sommer 2011 dann noch etwas von diesen Annahmen abweichen könnten, hoffentlich gegen oben. Speziell zu erwähnen ist auch, dass über alle Detailposten des Budgets 2010 in der GPK nur ein einziger Antrag auf Abänderung gestellt worden ist. Allerdings ist er abgelehnt worden. Als letzten Punkt möchte ich inhaltlich noch sagen, dass sich die GPK nicht gescheut hat, sich dieses Jahr auch in die Tiefen oder Untiefen der Finanztechnik vorzuwagen. Zwar ist die Spezialfinanzierung Feuerwehr Olten ein Thema gewesen. Die GPK hat eine Diskussion über die Höhe der Feuerwehersatzabgabe, die es brauchen würde, damit die Spezialrechnung ausgeglichen gestaltet werden könnte und nicht mit einem Defizit von einer guten halben Million Franken abschliessen würde, geführt. Ich betone für Leute, die es interessiert und die aufmerksam zuhören, dass das aktuelle Ausgabenniveau in der GPK von niemandem kritisiert wurde. Dabei und bei den gültigen kantonalen Vorgaben für die Erhebung der Feuerwehersatzabgabe ist das Ziel der ausgeglichenen Rechnung allerdings nur sehr schwer zu erreichen. Das kantonal festgelegte Maximum von 400 Franken pro Jahr, das nicht indexiert ist, wird bereits bei einem steuerbaren Einkommen von Fr. 62'000.— erreicht, ohne dass die 21- bis 42-jährigen Einwohnerinnen und Einwohner Oltens mit einem tieferen Einkommen als Fr. 62'000.— sehr stark zusätzlich belastet werden. In der GPK haben wir die Frage im Raum stehen lassen, ob dies in Zukunft so bleiben soll. Diese Diskussion hat zumindest für das Budget 2010 nicht in einem Antrag gemündet. Zum Steuerfuss ist am Budgettag der Kommission keine Diskussion gewünscht worden. Man kann daraus schliessen, dass diejenigen, die eine gewünscht hätten, entweder nicht wunschberechtigt waren oder aber sich die aktuellen Steuersätze von 100 und 100 % einfach einer breiten Zustimmung erfreuen. Zusammenfassend empfiehlt die GPK einstimmig Eintreten auf das Budget und Zustimmung zu den Beschlusses-anträgen des Stadtrates.

**Stadtpräsident Ernst Zingg:** Das erste Jahr der Finanzplanung 2010 muss sinnigerweise mit dem ersten Jahr der Planung übereinstimmen. Das ist auch eine berühmte Binsenwahrheit. Noch eine Ergänzung zu dieser Aussage: Es geht um die Zeitverhältnisse. In diesem Jahr legt der Stadtrat dem Gemeindeparlament den Finanzplan und das Budget gleichzeitig vor. Dies aufgrund der besonderen Situation, dass wir erstens eine neue Amtsperiode begonnen haben und zweitens sich der sich im Amt befindende Stadtrat mit dieser Materie hat auseinandersetzen wollen oder müssen und auch seine Entscheidungen treffen und nicht einfach etwas übernehmen wollte, das vorher quasi festgelegt worden war. Wir werden aber die sogenannte jährlich rollende Planung, den Finanzplan, im nächsten Jahr wieder im alten Rhythmus zur Debatte stellen. Vielen Dank an den Präsidenten der GPK für seine klaren und sehr guten Ausführungen. Das Budget 2010 präsentiert sich eigentlich unter zwei übergeordneten Zielsetzungen: Erstens das Festhalten an einem grossen Investitionsvolumen, weil umfangreiche Planungen jetzt zur Entscheidung vorliegen und Realisierungen durchgeführt werden können. Das zweite übergeordnete Ziel ist das Halten der Steuersätze von 100 % für juristische und natürliche Personen. Ich wiederhole die Aussagen zum Finanzplan betreffend der Aussichten am Wirtschafts- und Finanzhimmel jetzt nicht. Aber vielleicht noch ein paar konkrete Aussagen zum Budget, zum Teil ergänzend zu den Ausführungen von Nico Zila. Das Resultat von einem Überschuss von 1,3 Millionen Franken zeugt von einer guten Arbeit in der Erarbeitung der Unterlagen. Das Prinzip des Zero-Base-Budgetings, zu deklarieren, wo es sinnvoll und möglich ist und zwar das Machbare und nicht das Wünschbare, wurde eigentlich konsequent angewendet. Für uns ist das Budget 2010 ein Voranschlag ohne grosse Überraschungen. Das zeugt aber wiederum auch von der wirklich sehr guten Zusammenarbeit, wo doch in diesem Raum auch immer wieder gefragt wird: „Macht die Verwaltung überhaupt mit oder bestimmt Ihr alles selber?“ Die Verwaltung arbeitet hervorragend mit. Die Erträge sind aufgrund der veränderten Situation der Wirtschaft beurteilt worden - ich habe es schon beim Finanzplan gesagt – und dementsprechend die Erwartungen im Steuerbereich auf 5 % bei den natürlichen und 15 % bei den juristischen Personen reduziert worden. Ganz wichtig ist – darauf legen wir etwas Wert – dass wir die Erhöhungen im Personal- und Sachaufwand und bei den Beiträgen fast zu 100 % begründen. Das ist auch etwas, das eigentlich normal ist. Aber es ist hier so gut begründbar, weil die Erhöhungen zum einem wesentlichen Teil auf gefassten Beschlüssen basieren. Ich nehme einfach die Beispiele Personalbereich, Polizei, Museen, Besoldungsrevision, die Lohnanpassung des Kantons für die kantonalen Mitarbeitenden, im Bereich des Sachaufwands auch die Bildung des Infopoints an der Frobургstrasse 1, wo das Parlament auch höhere Beiträge an Institutionen bewilligt hat. Beim Sachaufwand hat sich gezeigt, dass ein Nachholbedarf klar vorhanden ist, weil Einrichtungen ersetzt werden müssen und die Lebenszeit zum Teil abgelaufen ist oder weil für den Betrieb, auch von Institutionen oder Einrichtungen, die geschaffen wurden, gewisse Folgekosten entstanden sind oder entstehen können.

Im Bericht und Antrag haben wir die wichtigsten Abweichungen und Verschiebungen in den einzelnen Aufwandkonten und auch im Ertragsbereich abgebildet. Die Erklärungen zu den einzelnen Funktionen finden Sie ebenfalls im Bericht und Antrag. Auch hier haben wir Aussagen gemacht und unter der Rubrik „eigene Beträge“ die wichtigsten Ausgabeposten aufgelistet. Noch ein Wort zum Finanzausgleich: Der Beitrag erfährt eine Steigerung um rund Fr. 400'000.— im Vergleich zum Budget 2009. Das ist auf den sehr guten Jahresabschluss 2007 zurück zu führen. Im nächsten Jahr an nämlicher Stelle wird es die genau gleiche Aussage wieder geben, weil man dann auf die Angaben von 2008 zurück geht. Das war ja bekanntlich nicht ein sehr schlechtes Jahr. Immerhin konnte man im Kantonsrat erreichen – Anwesenden dieses Rates sei herzlich gedankt - dass der Verstärkungsfaktor in der Berechnung des Finanzausgleiches zu Gunsten der grossen Zahlenden, eben auch der Städte und der Stadt Olten geändert werden konnte. Das hat im Nachgang fast ausserhalb des Budgets noch zu einer Reduktion von immerhin rund Fr. 200'000.—, die wir bezahlen müssen, geführt.

Aus dem Investitionsbudget geht eine Priorisierung hervor. Nicht die berühmten vier Projekte, sondern aufgrund von notwendigen, verlangten zusätzlichen Projekten, die auch in einem Zusammenhang mit anderen stehen, gehen wir von sechs Positionen aus, die wir

ganz speziell priorisieren. Über einzelne Projekte, wo bereits separate Vorlagen vorhanden sind, können wir im Verlaufe der Budgetberatung heute oder morgen befinden.

Ich möchte noch einmal auf die Zusammenfassung des Berichts und Antrags verweisen. Der Stadtrat wird und hat sich genau auf diese Aussagen zu halten, um dem Parlament und damit der Bevölkerung unserer Stadt heute und auch zukünftig Budgets vorlegen zu können, die unter dem Grundsatz einer nachhaltigen Finanzpolitik laufen. In diesem Sinne bittet der Stadtrat Euch um Eintreten auf das Budget und Zustimmung zu den Beschlussesanträgen 1 bis 9.

**Heidi Ehram:** Die CVP/EVP/GLP-Fraktion hat das Budget 2010 ausgiebig behandelt. Dabei hat uns Finanzverwalter Markus Sieber mit seiner Präsentation und der Beantwortung der vielen Fragen kompetent und tatkräftig unterstützt. Wir danken ihm herzlich dafür. Gleichzeitig möchten wir auch der Finanzdirektion für die ausführlichen Unterlagen zum Voranschlag danken. Neben dem Finanzverwalter ist uns natürlich auch unser Stadtrat Dr. Martin Wey zur Seite gestanden. In unserer Fraktion ist die Akzeptanz gegenüber dem Budget gut. Wir werden auf die Vorlage eintreten und dem Beschlussesantrag einstimmig zustimmen. Das heisst natürlich nicht, dass wir über jede Zahl im Budget glücklich sind. Bei der Kostensteigerung des Personal- und Sachaufwandes ist dies der Fall, und beim Personalaufwand sind die Mehrkosten mehr oder weniger hausgemacht. Ernst Zingg hat es gerade gesagt. Wir sind also mitverantwortlich. Die finanziellen Folgen unserer Beschlüsse zeigen sich dann einfach im Budget ganz ungeschminkt. Beim Sachaufwand sind für uns Mehrausgaben zwar begründet und der Nachholbedarf ist ausgewiesen. Deshalb wollen wir auch nicht kleinlich sein und einzelne Aufwände hinterfragen. Trotzdem gefällt uns das Ausgabenwachstum nicht speziell. Es ist ein altes Anliegen unserer Fraktion, dass der Sachaufwand nicht jährlich steigt. Über den kleineren Steuerertrag, der errechnet ist, sind wir auch nicht glücklich. Er kommt zu einem ungünstigen Zeitpunkt, da grosse wichtige Projekte für die Realisierung bereit sind. Jetzt wo die Wirtschaftskrise auch den Energiesektor erreicht hat, wie wir dies letzte Woche haben lesen können, scheinen uns die budgetierten Steuererträge der juristischen Personen sehr realistisch. Die Finanzsituation unserer Stadt verschlechtert sich und ist nicht mehr so rosig wie sie auch schon war. Wir möchten hier aber immerhin sagen, dass wir das Budget auf einem guten finanziellen Fundament aufbauen können. Das vorliegende Budget weist ja auch einen Mehrertrag auf, was bei Weitem nicht jede Gemeinde um uns herum bieten kann. Sollte die Finanzlage heikler und angespannter werden, sind Massnahmen zu ergreifen, so wie es der Stadtrat im Bericht und Antrag auch festhält. Für uns ist klar, dass die Ziele des Finanzleitbildes zu Gunsten einer nachhaltigen Finanzpolitik der Wegweiser bleiben müssen. Noch etwas zu den budgetierten Investitionen: Unserer Ansicht nach sind sie hoch, aber zu unterstützen. Die Entwicklungsinvestitionen sind anteilmässig mit Projekten, die für unsere Fraktion zentral und wichtig sind und unsere Stadt attraktivieren, gut vertreten. Wir stehen hinter diesen hohen Investitionen, sehen aber auch, dass künftige Parlamentsbeschlüsse, Volksabstimmungen und Entscheide von Dritten, sprich Investoren, die grossen Unbekannten im Investitionsbudget dieses Jahres und der künftigen Jahre sind. Das kann einen massiven Einfluss auf den Realisierungsgrad haben, der dann auch das Finanzergebnis anders heraus kommen lassen könnte als es jetzt aussieht. Falls 2010 eine Realisierungsgrad von 100 % erreicht wird, sind die negativen Auswirkungen auf den Selbstfinanzierungsgrad und das Pro-Kopf-Vermögen auch nach unserem Geschmack recht happig, aber auf die ganze Planperiode gesehen durchaus vertretbar. Trotzdem unterstützen wir in der aktuellen Wirtschaftslage das budgetierte Investitionsvolumen und können uns den Ausführungen von Christian Wüthrich zum vorgängigen Traktandum Investitions- und Finanzplan in diesem Thema anschliessen. Aufgrund des Budgets und der Folgen auf die Finanzsituation hat es in unserer Fraktion keine Steuerfussdebatte gegeben. Unsere Fraktion hat sich nie gegen Steuerfussenkungen gewehrt, wenn sie verantwortbar waren. Den Antrag der SVP, den Steuerfuss auf 99 % zu senken, können wir aufgrund des vorliegenden Budgets und Finanz- und Investitionsplanes nicht verstehen und werden ihn ablehnen. Die CVP/EVP/GLP-Fraktion ist für Eintreten auf das Budget und stimmt dem Beschlussesantrag einstimmig zu.

**Marcel Buck:** Die SVP-Fraktion äussert sich zum Voranschlag 2010 wie folgt: Verhalten optimistisch schauen wir einem budgetierten Mehrertrag von 1,3 Millionen Franken entgegen. Wir sind allerdings der Meinung, was uns auch von Expertenseite bestätigt wurde, dass die Investitionen für unsere Stadt, so wie sich darstellen, rund 100 % zu hoch sind. Aus dem Investitionsplan sehen wir, dass auch viel Kleinvieh Mist macht. Das heisst, es sind viele kleinere Ausgaben geplant, die schliesslich in der Summe jedoch gross daher kommen. Auch bei den grossen geplanten Ausgaben sind wir der Meinung, dass nicht jedes vom Parlament angedachte Projekt vor dem Souverän stand halten wird. Wir gehen deshalb klar davon, dass es einzelne ganz sicher nicht schaffen werden. Zurück zum Budget: In der Detailberatung haben wir wie jedes Jahr einzelne Anträge bereit und freuen uns auf die Unterstützung des Parlamentes. Vorweg möchte ich erwähnen, dass wir beim Beschlussesantrag bei den Ziffern IV und V eine Steuersenkung von 1 % beantragen. Die Begründung werden bei der Behandlung der betreffenden Beschlussesanträge abgegeben. Beim Beschlussesantrag Ziffer VIII wird sich die SVP-Fraktion enthalten. Auch dazu folgen die Begründungen später. Ansonsten sagen wir ja zu den verbleibenden Anträgen, werden uns aber je nach Ausgang der Anträge vorbehalten, bei der Schlussabstimmung zu enthalten. Die SVP-Fraktion tritt somit auf das Budget 2010 ein und bedankt sich nicht bei der Verwaltung, sondern bei den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern, die das Ganze finanzieren sollen.

**Dieter Ulrich:** Zuerst möchte ich mich namens der SP-Fraktion beim Stadtrat und der ganzen Verwaltung für das einmal mehr sehr gut ausgearbeitete Budget ganz herzlich bedanken. Hier steckt auf jeden Fall eine Riesenarbeit dahinter, die wir einfach etwas ansatzweise erahnen können, aber wahrscheinlich noch grösser sein wird, als wir das Gefühl haben. Wir erachten das Budget als realistisch und haben eigentlich auch mit Freude zur Kenntnis genommen, dass im Gegensatz zu früheren Jahren vermehrt Investitionen geplant und angegangen werden sollen. Das ist im letzten Jahr oder den zwei letzten Jahren bereits der Fall gewesen, und dieser Weg wird jetzt vom Stadtrat weiter beschritten. Das werden wir auf jeden Fall unterstützen. Die finanziellen Aussichten sind sicher nicht mehr so gut wie noch vor einigen Jahren. Die ganz fetten Jahre, um die Worte von Markus Ammann aufzunehmen, sind ziemlich sicher vorbei, zumindest vorübergehend. Wir erachten aber die Aussichten dann doch nicht als so schlecht, dass man die angedachten Investitionen, die doch einen rechten Brocken darstellen, nicht trotzdem realisieren könnte und vor allem müsste. Wir werden also auch unterstützen, dass man in die Zukunft hinaus, so wie es im Finanzplan angedacht ist, die Investitionen umsetzt, natürlich immer vorbehaltlich Volksentscheide und Parlamentsentscheide, die gefällt werden müssen. Die SP-Fraktion ist für Eintreten und wird den Anträgen des Stadtrates mit zwei Einschränkungen auch so zustimmen. Beim Teuerungsausgleich werden einige den Antrag der Grünen Fraktion unterstützen, und wir werden beim Investitionsplan einen Zusatzantrag betreffend Pavillon und Containerersatz, das Providurium, das wir bereits angetönt haben, stellen. Den Antrag der SVP auf Steuersenkung werden wir ablehnen. Wir stehen mittlerweile, nachdem wir früher nicht unbedingt dafür waren, zu diesen 100 % für die juristischen und natürlichen Personen, zumindest solange, wie die finanzielle Situation so bleibt wie sie jetzt ist. Falls sich dies einmal ändern sollten, werden wir sicher nicht nur die Aufgabenseite prüfen wollen, sondern auch wieder über die Einnahmenseite diskutieren. Aber diese Frage stellt sich jetzt heute Abend hier nicht. Wir haben auch mit Freude zur Kenntnis genommen, dass der Stadtrat bei seiner Investitionsplanung sich nicht mehr wie früher auf vier Projekte beschränkt, sondern jetzt bei sechs Projekten ist. Auch hier habt Ihr unsere volle Unterstützung. Wir hoffen auch, dass wir dies gemeinsam so durchziehen können. Ich habe noch eine Bemerkung zu Seite 3 des Antrags. Wie sinnvoll ist es, wenn man als öffentliche Hand langfristig ein Nettovermögen pro Kopf anstrebt? Egal wie man jetzt zu dieser Frage steht, scheint mir, es passt nicht ganz zur ersten Aussage auf dieser Seite: „Auf die Dauer sind Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen“. Dort müsste man sich fragen, wie man, wenn es wirklich ausgeglichen ist, zu einem Pro-Kopf-Vermögen kommt, wenn man ausser Acht lässt, dass wir momentan eines haben. Zweitens wird sowohl bei der Verschuldung wie auch bei den Steuern der Vergleich mit den Solothurner Gemeinden angestellt. Auch dort kann man sich fragen, ob dieser Vergleich angebracht und sinnvoll ist. Aber wenn man ihn macht, wäre es vielleicht noch hilfreich, wenn man Ist-Zahlen hätte, wo wir dort punkto Zielerreichung stehen, um dies auch etwas einordnen zu können. Die SP-Fraktion wird dem

Budget im Wesentlichen so zustimmen, auch mit der Hoffnung, dass, wenn man dann den Rechnungsabschluss in eineinhalb Jahren diskutiert, man dort auch wieder, wie bei den letzten zwei Malen, die hervorragende Budgetausgabendisziplin loben könnte.

**Theo Schöni:** Die Fraktion Grüne möchten vorerst auch den Dank an die Direktionen und die Mitarbeitenden der Verwaltung für die Ausarbeitung des Voranschlages 2010 los werden. Vorab natürlich an Markus Sieber und sein Team, die uns wiederum hervorragende Unterlagen unterbreitet haben und uns auch die Beratung um einiges erleichtert haben. Unter den Gesichtspunkten der Vorgaben, die jeweils gemacht werden, sind die Budgetvorgaben eigentlich gut eingehalten, und es resultiert sogar ein leichter Überschuss, sollte dann auch auf der Einnahmenseite zutreffen, was prognostiziert ist. Unter dem Eindruck der Finanz- und Wirtschaftskrise, von der die Auswirkungen zum Glück noch nicht oder besser gesagt noch nicht ganz durchgeschlagen haben, sind wir froh, dass das prognostizierte Ergebnis noch positiv ausfällt, immer unter der Berücksichtigung, dass wir bereits jetzt aus der Folge der schlechteren Wirtschaftslage 5 % bzw. 15 % Mindereinnahmen haben werden. Wie nicht anders zu erwarten war, werden bei einem solchen Ergebnis natürlich auch schon wieder Rufe nach Steuersenkungen laut. Aber ich kann es gleich vorweg nehmen: Auch die Grünen/Jungen Alternativen werden den Antrag der SVP ablehnen. Mit Blick auf den Investitionsplan haben wir uns aber auch mit den Steuerfüssen beschäftigt. Er wird über die gesamte betrachtete Periode unverändert, wie wir es vorher beim Finanzplan gesehen haben, über 100 % belassen. Dafür werden wir eine grössere Verschuldung in Kauf nehmen, und unser vorhandenes Vermögen wird sukzessive abgebaut. In Anbetracht der geplanten Investitionen, wo wir voll und ganz hinter dem Stadtrat stehen, müssen wir uns aber über kurz oder lang mit diesen Steuerfüssen beschäftigen. Es wäre aber trotz der positiven Abschlüsse nicht der richtige Zeitpunkt, wenn wir hier vorbreschen würden. Selbst unsere Leute, die wir hinter uns haben, würden dies kaum begreifen. Umgekehrt – das habe ich bereits vorher in der Debatte zum Investitions- und Finanzplan kurz andeuten wollen – könnte es unseren Nachbargemeinden durchaus auch ein Signal sein, dass es uns ernst ist, mit unseren Investitionen und unserer Politik vorwärts zu machen und auch eine Angleichung an unsere Nachbarn, wahrscheinlich neben den Zugeständnissen, die mittlerweile auch vom Kanton kommen, welche die Fusionsbestrebungen unterstützen, eben auch ein Steuersignal ein positives Signal unsererseits bewirken könnte. Zur Personalseite wird ein spezieller Antrag von uns kommen. Auf die anderen Positionen werde ich in der Detailberatung noch zu sprechen kommen. In diesem Sinne werden wir auf das Geschäft eintreten und dem Voranschlag 2010 unsere volle Zustimmung erteilen.

**Urs Knapp, FDP-Fraktion:** Das Budget für das Jahr 2010 ist zufriedenstellend, realistisch, akzeptabel, akzeptabel auch für die FDP-Fraktion, und wir werden auch auf das Budget eintreten. Ein Überschuss in der laufenden Rechnung trotz der aktuellen Wirtschaftslage ist zufriedenstellend, nicht selbstverständlich. Wenn man Optimist ist, kann man sagen: Wir kommen besser weg als andere. Wenn man Pessimist ist, kann man sagen: Es kommt dann noch schlimmer. Wir können jetzt gerne Optimisten sein. Ich glaube, es dient uns allen, wenn es so heraus kommt. Aber zufriedenstellend ist das Ergebnis in der laufenden Rechnung nicht wegen einer besonders restriktiven Ausgabendisziplin - ich rede jetzt nicht von den Investitionen, sondern von der laufenden Rechnung – sondern wegen der Einnahmen, die trotz der Wirtschaftslage gegenüber dem Voranschlag 2009 um 2,1 % steigen. Wir rechnen mit deutlich mehr Einnahmen gegenüber dem Voranschlag 2009, dann aber auch mit noch viel mehr Ausgaben gegenüber dem Jahr 2009, nämlich mit netto 2,9 % gegenüber dem Voranschlag 2009. Die Kluft zwischen Einnahmen und Ausgaben wächst stärker und zwar nicht wegen der Investitionsrechnung, sondern wegen des Wachstum in der Verwaltung. Die wachsende Kluft ist klar im Gegensatz zum Legislaturziel, das wir heute auch gehört haben: Sicherung des finanziellen Handlungsspielraumes. Der Stadtrat darf sich in diesem Punkt auch nicht einfach hinter dem Parlament verstecken und sagen: Das Parlament oder das Volk hat ja zugestimmt. Natürlich haben das Parlament und Volk zugestimmt. Aber bei sehr vielen neuen Ausgaben ist der Stadtrat die treibende Kraft gewesen und hat auch sehr stark für die Projekte, die jetzt mehr Ausgaben bewirken, gekämpft. Er steht ganz klar auch hier in der Verantwortung. Auch die Investitionsrechnung ist für uns akzeptabel. Nach meiner Berechnung haben wir zwar neun Projekte und nicht sechs. Aber das ist letztlich nicht so



wichtig. Es ist akzeptabel. Man sieht auch hier, dass in einer schwierigen Zeit deutlich mehr investiert wird. Das ist auch gut so und antizyklisch. Nicht gefällt uns, dass man den Gegensatz öffnet – wir haben es gerade von der Grünen Fraktion gehört – zwischen der Investition und den Steuern. Das ist kein Gegensatz. Steuern und Steuersenkungen sind Investitionen und sind auch so zu betrachten. Ich kann dies auch klar nachweisen. Seit 2004 haben wir stark in die Steuern, in tiefere attraktivere Steuersätze investiert. Der Erfolg liegt auf der Hand. Wir haben deshalb nicht weniger Einnahmen, sondern gleich viele oder sogar noch mehr Einnahmen gehabt, und sind für natürliche und juristische Personen attraktiver geworden, ein klarer Erfolg dieser Strategie und dieser Investitionen. Der Stadtrat schreibt in seinem Bericht, es brauche „die Notwendigkeit der massvollen Prioritätensetzung“. Hier hat er unsere volle Unterstützung. Wir spüren etwas wenig Taten hinter diesen Worten. Man dürfte hier sicher noch etwas mehr spüren und zwar speziell in der laufenden Rechnung. Ich spreche auch hier nicht von den Investitionen. Aber in der laufenden Rechnung muss man, sollte der Stadtrat wirklich jede Ausgabe jedes Jahr kritisch überprüfen, in jeder Legislatur auch lieb gewonnene Tätigkeiten und Aufgaben prüfen: Ist es wirklich etwas, das wir noch machen müssen? Ist es etwas das wir brauchen, oder ist es etwas, das wir auch wieder abgeben können? Das gibt auch wieder Freiräume für neue Aufgaben und neue Stellen. Bei dieser Forderung geht es nicht darum, einfach zu sparen, sondern darum, dass man Freiraum für neue Aufgaben und neue Stellen erhält. Es ist heute auch von der SP schon gesagt worden: Man braucht vielleicht hier und dort vielleicht neue Stellen. Das kann sein, heisst aber nicht, dass die gesamte Stadtverwaltung mehr Stellen erhalten muss. Hier denken wir und sehen es auch im Quervergleich, dass Olten jetzt schon eine relativ teure Verwaltung mit vielen Stellen hat. In diesem Sinne signalisieren wir heute ja auch die Bereitschaft zur Mitarbeit bei Überlegungen. Wo kann eingespart werden? Wo muss noch ausgebaut werden? Solche Überlegungen sind ja auch von der SP für eine bestimmte Direktion initiiert worden. Wir wollen uns dem nicht verschliessen, auch wenn wir in der Diskussion gesagt haben, dass man dies nicht nur für eine Direktion, sondern für alle Direktionen prüfen soll. Aber wir zeigen ganz klar unsere Bereitschaft, auch in diese Diskussionen einzusteigen und zu schauen, was es braucht. Es soll nicht einfach nur gespart werden nach Rasenmähen, sondern es sollen wirklich auch Prioritäten gesetzt werden, dort vielleicht abschneiden, damit Neues wachsen kann, wie es auch in der Natur ist. Wir werden auf das Budget eintreten. Es ist für uns zufriedenstellend, und wir danken dafür.

**Stadtpräsident Ernst Zingg:** Der Stadtrat dankt für die Aufnahme, das Eintreten und die Debatte dazu. Ich kann nicht zu allen Fraktionen etwas sagen. Zu denjenigen, die sich für uns positiv geäussert habe, sage ich nichts. Ich bitte, dies richtig zu verstehen. Zur Aussage der SVP: Um mich herum hat es Pädagogen und Juristen, die sagen Wenn die Investitionen 100 % zu hoch sind, gibt es keine Investitionen gleich null“. Das ist die Auslegung der Aussage von Marcel Buck. Ich weiss nicht, ob sie richtig ist. Ich denke, die Enthaltung bei Punkt 8 im Zusammenhang mit der Sozialregion ist mit dem Antrag verbunden, der noch gestellt wird und zu dem Kollega Peter Schafer und wir gemeinsam sicher eine Antwort geben können. Wir möchten einfach wissen, was der Grund ist. Wenn wir in der Detailberatung nicht dazu kommen, wird dies sinnigerweise heute vielleicht noch kommentiert, damit dazu auch eine Antwort gesucht werden kann. Vielleicht ist sie gut, vielleicht nicht. Aber zumindest kann man dann auch eine Antwort geben. Ich habe festgestellt, dass der kleine Streit um die Lex Wüthrich der vier priorisierten Projekte wieder etwas im Tun ist. Uns wird gedankt für sechs statt vier. Die FdP sagt, es seien nicht sechs, sondern neun. Ich möchte festhalten, dass im Bericht steht: „Nebst dem Bedarf für den stetigen Werterhalt sind folgende priorisierte Projekte im Voranschlag enthalten...“ Von diesen sechs sind vier noch einer Volksabstimmung unterworfen. Wenn man dann die anderen drei dazu zählt, können wir den Kompromiss machen. Dann geht es um fünf Projekte. Wir hoffen, wir können uns darauf einigen. Ich wehre mich im Namen des Stadtrates und der Verwaltung etwas dagegen, dass die Verwaltung der Stadt Olten sonst schon teuer oder sogar teurer sei, und das ganze Ausgabenwachstum auf die Verwaltung abgewälzt wird. Ich denke, die Verwaltung erledigt eine Aufgabe, die unter anderem in der operativen Realisierung und Erarbeitung von Grundlagen für den Stadtrat und das Parlament besteht. Hier braucht es bekanntlich Human Resources, Kompetenzen und Zeit. Das kostet dann auch etwas. Jede Aufgabe kritisch prüfen: Ich denke, das ist eine feste Aufgabe des Stadtrates, die er sich auch auf die Fahne geschrieben hat. Wir sind sehr kritisch beim

Aufgleisen von neuen Aufgaben respektive auch in der Bearbeitung bestehender Aufgaben. Ich möchte einfach eine Aussage wiederholen: Über 80 % des Finanzhaushaltes der Stadt Olten ist nicht von der Stadt Olten zu bestimmen. Wir können nicht kantonale Aufgaben wie Kantonsrat, Volksabstimmungen zurück geben. Die 20 % kann man durchaus auch hinterfragen. Da sind wir auch immer wieder dabei. Zusammengefasst: Wir danken für die Eintretensdebatte und möchten Euch bitten, zum Eintreten ja zu sagen.

**Dr. Markus Ammann:** Ich muss noch etwas los werden und möchte kurz auf das Votum von Urs Knapp eingehen. Das alte Lied der Plafonierung der Stellen im Stadthaus, wo ich vorher gesagt habe, es gehe eigentlich nicht, wenn wir seriös sein wollen, muss ich vielleicht doch noch einmal ausführen. Ich bin völlig mit Dir einverstanden. Alte Aufgaben, Aufgaben, die überflüssig geworden sind, Aufgaben, die obsolet wirklich nicht mehr nötig sind, soll man aufgeben. Ich denke, es ist die Aufgabe des Stadtrates, dies ständig und immer wieder zu tun und bei jedem Budget neu zu überlegen. Da bin ich völlig einverstanden. Das schafft unter Umständen auch Platz für neue Aufgaben, die man bisher nicht gemacht hat. Eine Plafonierung, wo man aber nachher den Stadtrat quasi zwingt, Aufgaben aufzugeben, obwohl man sie nicht möchte, finde ich den falschen Weg. Wir investieren in den letzten Jahren und in Zukunft noch mehr. Ich nehme das Beispiel Strassenbau. Wir verdoppeln unser Strassennetz in dieser Stadt. Das führt dazu, wenn wir die gleiche Qualität im Unterhalt behalten wollen, dass wir natürlich auch den Unterhalt verdoppeln oder die Qualität halbieren müssen. Das ist die Konsequenz. Wir können dies nicht einsparen, indem wir die Stadtbibliothek während der halben Zeit schliessen. Das hat einfach keinen Zusammenhang. Von daher einfach aufpassen: Wir können zwar vom Stadtrat verlangen, dass er diese Aufgaben überlegt, aber wir hören wir mit der Plafonierung des Stellenetats auf, wenn wir in dieser Stadt investieren.

**Urs Knapp:** Ich glaube, wir sind nicht allzu weit voneinander entfernt. Wir merken einfach und das ist auch das Thema eines politischen Diskurs, dass man vielleicht auch in einer Forderung einen Schritt weiter gehen muss, damit man am Schluss dort etwas erhält, wo man auch Kompromisse machen kann. Das ist jetzt etwas unsere Haltung. Wir spüren die Überprüfung der Aufgaben nicht so stark. Deine Worte in meine Ohren. Es gibt Aufgaben, die nicht mehr nötig sind. Ich kann mich ehrlich gesagt nicht erinnern, wie viele Stellen man in den letzten Jahren abgeschafft hat. Es sind nicht sehr viele gewesen. Wir gehen sicher nicht so weit, dass wir am Schluss sagen, es müsse unbedingt ein Plafond sein. Darüber kann man reden. Aber es muss eine ernsthafte Diskussion sein, und die Erfahrung zeigt nun einmal, dass es ohne Druck nicht geht, weil es unbequem ist, wenn man lieb gewonnene Tätigkeiten aufgeben muss. Wir finden für alles auch irgend eine Begründung. Von daher braucht es auch einen äusseren Druck und eine Motivation, damit man über diese Schwelle hinaus geht. Aus diesem Grunde politisieren wir so und Du auf die andere Seite. Ich glaube, wir sind nicht allzu entfernt voneinander.

## **Beschluss**

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

## DETAILBERATUNG

### Laufende Rechnung

Seite 6, 110.306.02, Stadtpolizei/Neuausrüstung und 110.309.02, Stadtpolizei/Grundausbildung Polizeischule

**Urs Knapp:** Ich habe keinen Antrag, aber eine Bemerkung. Wir haben am 19. April über die Stellen der Polizei abgestimmt. Das ist auch grossmehrheitlich durch gekommen. Ich bin der Ansicht, die Neuausrüstung und wahrscheinlich auch ein Teil der Grundausbildung hätte in die Vorlage gehört. Mir kommt es etwas vor, wie wenn man ein Polizeiauto kauft und der Motor im nächsten Voranschlag noch gekauft wird. Es ist klar, dass neu angestellte

Polizisten eine Ausrüstung brauchen. Wahrscheinlich hat man auch bei der Grundausbildung absehen können, dass man nicht sechs oder sieben voll ausgebildete Polizisten haben kann. Am Resultat hätte nichts geändert. Es geht mir auch nicht darum, etwas daran zu machen. Aber es gehört eigentlich wirklich ins Gesamte hinein, damit man die Einheit der Materie hat.

#### Seite 15, 300.366.01, Förderung künstlerisches Schaffen

**Christian Werner:** Die budgetierten Fr. 36'000.— sind nicht ein Riesenposten. Aber ich bin klar der Überzeugung, dass es nicht die Aufgabe der öffentlichen Hand bzw. des Staates ist, irgend welche Künstler, die in der Privatwirtschaft offenbar nicht überleben können, am Staatstropf zu alimentieren. Ich stelle den Antrag auf Streichung der Fr. 36'000.—.

**Stadtpräsident Ernst Zingg:** Es gibt ein Reglement in der blauen Sammlung über die Förderung der Kultur der Stadt Olten, deklariert in einem Kulturkonzept, abgesegnet vom Gemeindeparlament, dass eine parteipolitisch zusammengesetzte Spezialkommission, die Kulturförderungskommission, gemäss diesem Reglement mit Fachkompetenz fördert und nicht brotlose arme Künstler am Leben erhält – solche gibt es tatsächlich – sondern eben Kunst und Kultur fördert. Das sind nicht nur ein Maler, Bildhauer oder Sänger, sondern es kann auch eine hoch verdiente Persönlichkeit sein, die sich zum Beispiel für Kunst und Kultur einsetzt. Dies zusammen ist der Stadt Olten wirklich die Fr. 36'000.— wert. Ich möchte einfach bitten, dies so beizubehalten.

**Christian Werner:** Es geht nicht darum, dass man grundsätzlich Kulturangebote in Frage stellt. Es gibt Beiträge für das Stadttheater usw. über Fr. 700'000.—, die ich überhaupt nicht erwähnt habe. Als Bürgerlicher finde ich einfach – Du bist ja auch bürgerlich – dass dies keine Staatsaufgabe ist.

**Heidi Ehram:** Ich muss vehement empfehlen, dass man dem Antrag nicht nachkommt. Das ist wirklich ein Auftrag unserer Stadt. Sonst können wir sagen, beim Sport machen wir das Gleiche. Das ist auch berechtigt. Wir machen dort Jugendförderung, Kulturförderung und fördern noch anderes. Das kann man nicht einfach bleiben lassen. Es gehört zu einem breiten Angebot. Kultur ist etwas Wichtiges für unsere Stadt. Zum Beispiel sind schon die Aktivitäten auf dem Schloss Wartenfels von der Kulturförderungskommission unterstützt worden. Sie prüft dies genau. Unsere Stadt verarmt, wenn wir solche Sachen streichen. Im nächsten Jahr können wir irgend etwas anderes streichen, wo man auch findet, es sei nicht der Auftrag unserer Stadt. Ich empfehle allen, den Antrag von Christian Werner abzulehnen.

#### **Beschluss**

Der Antrag von Christian Werner auf Streichung von Fr. 36'000.— wird sehr grossmehrheitlich (38 : 6 Stimmen) abgelehnt.

**Christian Werner:** Ich habe noch einen wirklich ernst gemeinten Antrag. Wir haben dies in der Integrationskommission schon relativ lange diskutiert. Es sind Fr. 15'000.— für einen Empfang fremdsprachiger Eltern in den Schulen budgetiert. Das Problem ist, dass festgestellt wurde, dass gewisse Eltern nicht an die Elternabende kommen. Meistens sind es die gleichen - ich nenne jetzt das Kind beim Namen – aus dem Balkan. Das bestätigen praktisch alle Lehrerinnen und Lehrer. Weil sie immer und immer wieder nicht an die Elternabende kommen, hat man beschlossen, spezielle Empfänge für sie durchzuführen. Ich finde eigentlich schon das Wort falsch. Von mir aus gesehen läuft es einfach in eine absolut falsche Richtung. Ich bin der Meinung, dass man eigentlich dahin arbeiten müsste, dass alle Eltern an den Elternabend kommen und man sie verpflichten kann, daran teilzunehmen. Das ist effektiv auch Integration, dass man diese Personen zusammen bringt. Wenn man einen Sonderzug fährt und sie noch fast belohnt, dass sie nicht an den Elternabend kommen und sie nachher unter ihresgleichen in der Schule empfangen werden und der Steuerzahler noch dafür aufkommen muss, finde ich dies falsch. Ich bin klar der Meinung, man müsste sie an den Elternabend bringen, allenfalls sanktionieren, wenn die gleichen zwei-, drei- oder viermal nicht kommen. Ich finde es aber falsch, einen separaten Empfang durchzuführen.

**Stadtrat Peter Schafer:** Die Frage von Christian Werner hatten wir in der Integrationskommission. Es geht nicht um Eltern, die nicht an den Elternabend kommen, sondern um solche, die ihre Kinder neu einschulen, dass man sie einmal abholt. Wenn man sie abgeholt hat, verstehen sie auch, worum es geht und kommen an die Elternabende. Das ist ein gemeinsames Projekt der Direktion Bildung und Sport und der Direktion Soziales. Ich bitte das Parlament, den Fr. 15'000.— zuzustimmen.

**Luzia Stocker Rötheli:** Wie schon zweimal erwähnt, haben wir dies schon in der Integrationskommission diskutiert. Ich möchte einfach noch ergänzend zu Peter Schafer sagen, dass es ja ein präventiver Ansatz ist, den man hier verfolgt. Das heisst, wir möchten die Eltern abholen, bevor sie nicht an die Elternabende kommen, dass sie den Wert der Zusammenarbeit Schule und Elternhaus verstehen, weil oft aus diesen Ländern ein anderes Schulsystem mitgebracht wird, wo diese Zusammenarbeit nicht erwünscht ist. Es geht einfach darum, den Eltern den Wert respektive die Art und Weise der Zusammenarbeit näher zu bringen. Die Prävention möchte man hier einführen, damit es eben nicht zu Sanktionen kommen muss.

**Heidi Ehram, CVP/EVP/GLP-Fraktion:** Grundsätzlich unterstützt unsere Fraktion eigentlich, dass man diese Eltern empfängt und zwar schon vor dem Schuleintritt. Vielleicht wäre es gut, wenn Peter Schafer oder Luzia Stocker bekannt geben könnten, ob es ein einmaliger Anlass ist und wie sich dies zusammen setzt. Der Betrag ist unserer Meinung nach doch eher signifikant.

**Heinz Eng:** Luzia Stocker hat es schon gesagt. Es ist in der Integrationskommission diskutiert worden. Unter anderem ist es allein schon vom Wortlaut her etwas ein Grenzbereich. Einerseits spielt die Integration und andererseits die Direktion Bildung und Sport hinein. Ich glaube, es ist in diesem Sinne ein Novum, dass man dies versucht. Ich habe am Elternabend teilgenommen. Meine Kinder gehen im Sälischulhaus, wo der Ausländeranteil 60 oder 70 % beträgt, zur Schule. Alles, was in diesem Sinne gemacht wird, wo geholfen und versucht wird zu unterstützen, damit diese Eltern auch kommen, ist sinnvoll. Ich glaube, das ist ein Approach, ein Anbeginn, und finde auch, dass Empfang vielleicht das falsche Wort ist. Es müsste Informationsveranstaltung oder ähnlich heissen mit klaren Zielsetzungen. Was Christian Werner vorschwebt, er in der Integrationskommission gesagt hat und heute Abend auch wieder zur Sprache gebracht hat bezüglich Bussen usw. muss nachgelagert sein. Ich glaube, man muss jetzt sachte anfangen und den Druck kontinuierlich erhöhen, wenn es nicht zum Ziel führen sollte. In diesem Sinne möchte ich dies ebenfalls so stehen lassen. Ich kann sicher auch im Namen der Präsidentin, Luzia Stocker, versichern, dass die Integrationskommission hier ein Auge darauf haben wird, damit es gut kommt und den Vorstellungen und der Gedankenwelt von Christian Werner nachgelebt wird.

**Christian Werner:** Ich akzeptiere selbstverständlich andere Meinungen. Aber ich möchte einfach noch einmal sagen, dass es explizit nicht viel mit Integration zu tun hat. Das ist eben genau nicht der Fall. Es widerstrebt eigentlich dem Grundgedanken der Integration, dass man diese Personen speziell einlädt und nachher schliesslich fast ein Treffen unter Landsleuten hat und versucht, ihnen etwas unsere Vorstellungen weiter zu geben, dass sie wenn möglich etwas später an einen Elternabend kommen. Ich finde diesen Ansatz falsch. Dort müsste man von der Schule her klarere Forderungen stellen. Ich möchte einfach nicht, dass es so kommt, wie man letzte Woche in der BAZ hat lesen können, wo man jetzt in Kleinbasel mittlerweile Integrationsprojekte für Schweizer Kinder hat. Ich sage nicht, dass wir in Olten heute schon so weit sind. Aber wenn man einfach immer Sonderzüge fährt und diese Personen mit speziellen Empfängen begrüsst und ihnen nicht klar macht, dass sie an die Elternabende zu kommen haben, läuft es einfach in eine falsche Richtung. Ich finde, man müsste diese Entwicklung sehr, sehr früh bremsen.

**Thomas Frey:** Ich spüre, dass die Diskussion anfängt auszuufern, möchte aber trotzdem noch wissen, was mit den Fr. 15'000.— passiert. Es sind immerhin 300 x Fr. 50.--. Was muss man sich unter einem solchen Anlass vorstellen? Ich habe keine Ahnung.

**Stadtrat Peter Schafer:** Ich kann Euch auch nicht sagen, wie es im Detail abläuft. Es ist ein Pilotprojekt, das jetzt einmal über die Integration läuft. Wenn es etabliert und die Nachfrage auch vorhanden ist, wird es ins Budget der Direktion Bildung und Sport übergehen. Aber im Moment braucht es Integrationsdelegierte, anwesende Lehrer und vielleicht auch Übersetzer. Diese kosten alle etwas. Das ist der momentane Stand. Die Integrationsbeauftragte ist nicht anwesend. Das wäre eine Frage gewesen, die Christian Werner zum Voraus hätte stellen können. Dann hätte man sie detailliert beantworten können.

**Felix Wettstein:** Ich möchte darauf hinweisen, dass wir heute Abend unter Traktandum 15.8 ein Postulat „Für eine erweiterte Sicherheit an Oltnen Schulen“ von einem Fraktionskollegen von Christian Werner haben. Die Antworten, weshalb es an den Oltnen Schulen gefährlich sei, sind ähnlich begründet, bloss mit umgekehrten Vorzeichen als das, was wir jetzt diskutieren. Die Vorstellung, wir könnten Druck auf Eltern machen, und das sei nachher die Basis, dass sie mehr kooperieren und sich besser integrieren, geht um 180 Grad hinten hinaus. Das ist ganz eindeutig nicht der Weg. Wir müssen dazu kommen – das hat nichts mit der Nationalität zu tun – uns schlicht vorzustellen, weshalb es Leute gibt, die nicht auf die Art einsteigen, wie wir Elternabende durchführen. Wenn wir versuchen, uns dies vorzustellen, kommen wir vielleicht darauf, dass es Sachen gibt, die sie nicht richtig verstehen, aus ihren Herkunftsstaaten anders in Erinnerung haben, wenn sie einen Brief mit einem amtlichen Stempel erhalten usw. Deshalb müssen wir einfach einen anderen Weg gehen, als anzufangen Druck aufzubauen. Das wird im Effekt das auslösen, was wir an einem anderen Ort verhindern wollen, zum Beispiel Gewalt und Widerstand. Es ist wirklich wichtig, dies in die richtige Ordnung zu setzen. Was heisst Prävention in diesem Zusammenhang?

**Dr. Arnold Uebelhart:** Fr. 15'000.---... Vielleicht ziehen wir ein goldenes Balkanfüsschen an Land, das dann einmal den Schweizer Topf schiesst. Dann kannst Du wieder schön in der Kirchgasse herum fahren, weil Du Freude hast.

**René Steiner:** Ich möchte noch etwas zwischen rechts und links ideologisch befrachteten Aussagen zu diesem Thema sagen. Mir scheint, man kann auf beiden Seiten Fragen stellen. Ich finde es etwas ideologisch, wenn Du sagst, es widerlaufe der Integration, wenn man zuerst für die Leute, die noch nicht wissen, wie es bei uns läuft, so etwas wie einen Vorlauf macht. Das ist doch nicht gegen die Integration. Ich finde aber auch, dass man durchaus Forderungen stellen, Druck machen und sanktionieren kann. Hier ist wahrscheinlich der Weg der Mitte der richtige und nicht derjenige von links und rechts.

## **Beschluss**

Grossmehrheitlich wird der Antrag von Christian Werner auf Streichung der Fr. 15'000.— abgelehnt.

**Nico Zila:** Ich habe gestern im Eintretensvotum der GPK erwähnt, dass die budgetierten Ausgaben der Sozialregion für 2010 primär immer noch auf den Annahmen des Budgets 2009 bestehen, weil von der Sozialregion 2009 noch kein Rechnungsabschluss vorliegt. Kann man eine Prognose wagen, ob die Rechnung der Sozialregion Olten 2009 innerhalb des budgetierten Rahmens abschliesst oder nicht und wenn nein, weshalb nicht?

**Stadtrat Peter Schafer:** Bis jetzt haben wir keine Anzeichen. Wir haben zum Beispiel keinen Anstieg der Sozialfälle, sondern einfach eine kontinuierlich hohe Anzahl von Fällen, 1'500 Dossiers zusammen mit den vormundschaftlichen Mandaten. Allein von da her haben wir keinen Anlass zur Annahme, dass die Kosten steigen werden. Die Kosten unter 582 steigen, weil die kantonalen Vorgaben zum Beispiel für die Sozialhilfe um Fr. 25.— pro Person von Fr. 220.— auf Fr. 245.— steigen. Das wird ja immer auf die Allgemeinheit des Kantons verteilt. Es sind die Kosten, die steigen. Aber diejenigen, die wir beeinflussen können, steigen nicht, im Gegenteil. Von daher vermute ich, dass die Rechnung gemäss Voranschlag abschliessen wird.

**Markus Sieber:** Von Peter Schafer haben wir aufgrund der Anzahl betreuten Fälle die betriebliche Seite gehört. Die andere Seite ist die finanzielle, zu der ich beitragen könnte. Da aber der Kanton von den Abrechnungen her nicht so weit ist, dass man bereits zu dieser Zeit im Jahr sagen kann, wohin die Kosten laufen, können wir eine Aussage über die frankenmässige Übereinstimmung Budget/Rechnung 2009 zum jetzigen Zeitpunkt nicht machen. Aber ich denke, die betriebliche Seite ist ein guter Indikator dazu, dass man ungefähr in den budgetierten Kosten abschliessen dürfte.

Seite 26, 621.434.01, Parkuhrengelbühren/Vermietete Parkplätze

**André Kappeler:** Ich möchte einen Antrag auf Kürzung stellen. Wir haben dort in der Rechnung 2007 rund 1,5, in der Rechnung 2008 rund 1,4 Millionen Franken eingenommen und bei der jetzigen Rechnung 2009 stehen wir bei knapp einer Million. Mir scheint der budgetierte Betrag von 1'634'000.— recht hoch, und es ist für mich nicht ersichtlich, weshalb gut Fr. 200'000.— über den bisherigen zwei vorliegenden Rechnungsabschlüssen budgetiert ist.

**Stadträtin Iris Schelbert:** Ihr habt ja die Frage vorher eingereicht, und Markus Sieber kann etwas dazu sagen.

**Markus Sieber:** Der aktuelle Stand bei den Verbuchungen ist im Moment rund 1 Million Franken. Es sind aber noch acht Wochen ausstehend. Wir gehen davon aus, dass wir bis Ende Jahr Parkgebühreneinnahmen von Fr. 20'000.— bis Fr. 25'000.— pro Woche haben werden. Das heisst, es gibt noch einmal Fr. 200'000.— dazu. Auch noch nicht dabei sind die Parkplätze, die seitens der Baudirektion betreut sind bzw. die Einnahmen von der Baudirektion und nicht von den Münzautomaten her kommen. Das ist noch einmal in der Grössenordnung von rund Fr. 140'000.—. Es würde bedeuten, dass man das budgetierte Ziel von 2009 erreichen sollte. Bei der budgetierten Situation 2010 gebe ich dem Fragesteller recht, dass offensiv budgetiert ist. Das ist korrekt.

**André Kappeler:** Ich denke, es wäre richtig, mit dem veranlagten Budget auf 1,5 Millionen Franken zu gehen.

**Stadträtin Iris Schelbert:** Der Stadtrat kann sich dem anschliessen.

**Beschluss**

Grossmehrheitlich wird dem Antrag von André Kappeler auf Kürzung auf 1,5 Millionen Franken zugestimmt.

**Thomas Marbet:** Der Ersatz des Pavillons beim Hübelschulhaus durch einen Normcontainer gefällt uns nicht. Es erscheint uns weder vom Stadtbild her schön zu werden, jetzt, wo wir die Begegnungszone einrichten, schöne Beläge machen, beleben auf dem Platz, noch für die Kinder. Beim Werken wird ja auch gearbeitet, gesägt und gemalt. Ich kann mir vorstellen, dass es in einem solchen Container, indem es im Sommer dann auch sehr heiss wird, relativ schwierig ist. Deshalb möchten wir Euch vorschlagen, den Investitionsbedarf umzuwandeln und in einen Planungskredit von Fr. 50'000.— zu reduzieren, mit der Bitte, dass sich die Direktionen Bau und Bildung Alternativen überlegen. Wir haben noch etwas überlegt. Das Werken I ist ja heute schon im Hübelschulhaus, wo sich das Abstimmungslokal befindet, links davon die Kochschule. Vielleicht ist dort ein Abtausch mit dem Frohheimschulhaus möglich, indem die Oberstufe, die dort vor allem im Studio kocht, nachher im Frohheimschulhaus wäre und unten die beiden Werkräume I und II vielleicht im Schulhaus nebeneinander zur Verfügung stehen würden. Unser Antrag ist, dies noch einmal auf eine andere Lösung hin zu prüfen.

**Stadtrat Mario Clematide:** Ich kann vielleicht etwas aus schulraumplanerischer Sicht sagen. Wir hatten vorgängig eine Sitzung im Zusammenhang mit der Sek-I-Reform und haben im Frohheimschulhaus die räumliche Situation angeschaut. Dazu kann ich einfach nur sagen, dass wir die dortigen Gebäulichkeiten und Räumlichkeiten für die infrastrukturellen Voraussetzungen für die Sek-I-Reform brauchen und keine Auslagerung des Hübelschulhauses stattfinden kann. Ich denke, was das Hübelschulhaus anbelangt, muss man grundsätzlich Folgendes sagen: Mittel- bis langfristig – ich behaften mich nicht darauf – in fünf bis acht Jahren spielt das Hübelschulhaus keine Rolle mehr, was das Unterrichten in der Stadt Olten anbelangt. Bis dann werden wir ein neues Schulhaus haben, wo man bis jetzt sagen kann, dass es ganz sicher nicht auf der rechten Aareseite sein wird. Zur speziellen Situation im Zusammenhang mit der Innenstadtberuhigung und dem Parkhaus muss man einfach sagen, dass wenn das Parkhaus kommt, es eine Übergangslösung geben wird. Wo sie genau hin kommt, wird sich noch zeigen. Es wird eine mit Container sein. Hier brauchen wir die veranschlagten Fr. 250'000.—. Ich habe vorher mit Peter Bäni gesprochen, und er hat mir gesagt, beim bestehenden Pavillon halte das Dach statisch noch, aber man heize einfach die Umgebung. Das heisst, wir müssen auch dort sanieren bis wir eine definitive neue Lösung haben. Von daher bitte ich einfach, das Ansinnen der SP-Fraktion nicht zu unterstützen und dem vorliegenden Kredit zuzustimmen.

**Urs Knapp:** Als Einzelsprecher möchte ich folgenden Gedanken äussern: Ich habe in der GPK auch gefragt, ob der Pavillon nicht ein Teil der Parkhausvorlage sei. Man hätte noch etwas Zeit, wenn man abwarten würde. Dort wurde von Mario und Adrian gesagt: Ja, wenn zugestimmt wird. Wenn aber nicht zugestimmt wird, heisst das nicht, dass dort nichts gemacht werden kann. Es ist ein Handlungsbedarf vorhanden und von daher macht es eigentlich auch keinen Sinn, den Kredit aufzustückeln. Ich glaube auch, dass man das Geld erst ausgibt, wenn man weiss, was man damit machen muss, entweder im Rahmen der Parkhausvorlage oder das Andere. Von daher empfehle ich wirklich Zustimmung. Auch wenn die Begegnungszone nicht oder viel später kommt, macht es keinen Sinn, den Pavillon dort so wie er jetzt ist stehen zu lassen, weil es wirklich ein ökologischer Blödsinn ist. Es lohnt sich dann auch finanziell nicht.

**Marcel Buck:** Ich habe Kunden, die seit Jahren mit solchen Containern sehr zufrieden sind. Es macht wirklich Sinn, dort einen Container hin zu stellen. Sie sind auch innen sehr schön und zweckmässig einrichtbar.

**Daniel Schneider:** Nur, damit Ihr es noch einmal vor Augen habt: Normcontainers sind trotz glücklicher Insassen oder welche Kunden es immer sind – es braucht sie übrigens auch für die Unterbringung von Asylanten – sehr hässliche Metalldinge. Natürlich sind sie klimatisch in Ordnung. Aber bitte schön: Sie stehen mitten in unserer Stadt. Das kann nicht Euer Ernst sein, dass wir dies jetzt machen, oder? Einige sind mit Contect oder sonst etwas Nettem

angeschrieben. Wenn es wieder so lange dort steht wie das heutige Häuschen, weiss ich nicht genau, wie Ihr auf die Idee gekommen seid. Ich kann dies effektiv nicht unterstützen. Bitte sagt diesen Kredit so ab. Die Stadt soll sich etwas Neues ausdenken, das dort 20 Jahre lang eine gute Falle macht, ob das Parkhaus kommt oder nicht.

**Stadtrat Mario Clematide:** Erstens wird der Container ganz sicher nicht 20 Jahre dort stehen. Zweitens vertraue ich auch etwas auf die Kreativität der Schülerinnen und Schüler und der Lehrerinnen und Lehrer, dass sie den Container von aussen so gestalten, dass er für die Innenstadt eine Freude sein wird.

## **Beschluss**

Mit 23 : 20 Stimmen bei 1 Enthaltung wird der Antrag von Thomas Marbet abgelehnt.

Seite 41, 330.501.05, Gösgerstrasse

**Dr. Rudolf Moor:** Wir kommen wieder zu einem unserer Lieblingsthemen, dem Wanderweg, der mit Kinderwagen, Inlineskates oder Strassenwischmaschine befahrbar ist, der Aare entlang, Richtung Gösgerstrasse. Wir haben gestern schon gesagt, dass wir eigentlich nicht glücklich sind. Das ist doch ein recht grosser Betrag, der wahrscheinlich rein juristisch vertretbar als Unterhalt eingesetzt ist, aber im Prinzip natürlich auch eine Um- und Neugestaltung ist. Das erstreckt sich über mehrere Jahre, wie wir gestern im Finanzplan gesehen haben. Wir stellen den sehr multifunktional nutzbaren Wanderweg überhaupt nicht in Frage. Aber wir beantragen, dass man daraus, auch wenn es juristisch nicht zwingend nötig ist, eine Vorlage macht, wo man die wesentlichen Elemente der Objekte sieht, man ein Konzept dahinter sieht und damit auch irgendwie darüber beschliessen kann, ob einem das Konzept und die ganze Sache, die dahinter steckt, passt. Es geht wirklich nicht darum, dass wir dies nicht möchten, sondern es geht rein darum, dass wir den Eindruck haben, wenn man daraus eine Vorlage machen würde, wo man beschliessen könnte, dass es mehr Chancen hätte, einheitlich behandelt zu werden, dass es eine einheitliche Gestaltung gibt und ein klares Konzept auch tatsächlich vorhanden ist. Die SP beantragt, dass man über das ganze Objekt eine Vorlage macht und nicht aus dem Budget streicht.

**Stadtrat Dr. Martin Wey:** Das Anliegen ist ja gestern schon formuliert worden. Das Verständnis oder Bedürfnis, dass man über den gesamten Bereich weiss, wie es heraus kommt, verstehe ich. Ich möchte einfach sagen, wenn wir jetzt daraus eine Vorlage konstruieren, ist das spontan aus dem Bauch entwickelt, aber auf ihn verlasse ich mich manchmal. Es wäre ein Präjudiz, dass wir auch bei anderen Vorlagen, die ganz ähnlich gelagert sind, Spezialvorlagen machen müssen. Ich habe dort etwas Bedenken und auch Angst davor, schlage aber vor, dass wir bei nächster Gelegenheit und bei der Ausführung der ersten Etappe das Parlament umfassend orientieren, wie die Sanierung aussieht. Wenn wir aber jetzt hier unsere langjährige Praxis verlassen, dass wir für solche Sanierungen von Strassen oder jetzt Lang-samverkehrswegen anfangen, separate Vorlagen zu machen, werden wir verpolitisiert und kommen relativ schnell in einen Zugzwang, noch weitere andere Vorlagen so unterbreiten zu müssen. Das ist meine erste Beurteilung. Ich möchte abraten, dem Antrag zuzustimmen.

**Marcel Buck:** Ich möchte Martin Wey unterstützen. Es ist in der Baukommission so angenommen worden. Von daher hätten Ihr die Informationen ebenfalls von Eurem Vertreter in der Baukommission erhalten können, dass sie meiner Meinung nach sogar einstimmig dafür waren, den Weg so zu sanieren.

**Urs Knapp:** Spontan und was ich so bei den Kollegen gehört habe, habe ich den Eindruck, dass wir dem Antrag zustimmen werden und zwar genau aus der Argumentation, die Ruedi Moor auch gemacht hat. Die Einheit der Materie wird bei solchen Teilprojekten etwas geritzt. Es ist nicht nur eine Sanierung, sondern es steckt ein Gesamtkonzept dahinter. Gerade bei so etwas, das die Bevölkerung betrifft, wo man auch darüber diskutieren kann, bin ich der Meinung, dass es kein Schaden ist, wenn man dies im Parlament entsprechend diskutiert und aufnimmt, weil es wirklich etwas Visibles ist, das die Bevölkerung macht. Wir diskutieren



viele Vorlagen auch in diesem Parlament. Gerade hier denke ich, dass es auch gemacht werden sollte. Mir persönlich geht es genau gleich wie Ruedi Moor. Ich finde, man muss es machen. Es ist auch sinnvoll. Aber es gibt wahrscheinlich schon noch Diskussionspunkte, wie man dies dann macht. Man sollte die Diskussion auch nicht scheuen. Es ist nicht nur ein 1 : 1-Ersatz des Bisherigen, sondern es wird auch etwas Neues gemacht. Wir haben 1,5 Millionen Franken als Gesamtes. Das ist eindeutig in der Kompetenz des Parlamentes.

**René Steiner:** Ich habe eine formelle Frage, da ich nicht weiss, worüber wir abstimmen. Wir sind jetzt im Budget. Jetzt kommt ein Antrag, dass eine Vorlage gemacht werden soll. Was ist das? Worüber stimme ich ab? Vielleicht ist es etwas für den Rechtskonsulenten. Ich weiss es nicht.

**Parlamentspräsident Roland Rudolf von Rohr:** Ich habe das gleiche Problem. Es scheint mir etwas kritisch, aus einem Budgetposten einfach einen Antrag zu formulieren.

**Stadtrat Dr. Martin Wey:** Ich verstehe, dass Ihr die Komplexität und den ganzen Ablauf von A bis Z sehen wollt. Wenn wir hier zustimmen – ich möchte nicht schwarz malen - hat es eine Auswirkung. Ich drohe jetzt nicht, aber wir haben über Jahre Sanierungen, was Spielplätze anbelangt. Das haben wir im Budget. Machen wir in Zukunft Vorlagen über irgend welche Sanierungen von sogenannten Spielplätzen? An und für sich muss ich fragen, weshalb wir im Finanzplan die Offenheit auch gezeigt haben, dass wir die Sanierungen machen? Ich muss einfach sagen: Ihr zwingt uns am Schluss dazu, aus rechtlicher Sicht schliesslich Vorlagen zu produzieren, die bis jetzt in den normalen Sanierungen waren, und ich betrachte dies als Sanierung. Hier machen wir wirklich eine sehr starke Praxisänderung, die uns noch lange beschäftigen und insbesondere auch bei Sanierungen, die schnell erfolgen müssen, blockieren wird.

**Dr. Markus Ammann:** Ich komme nicht umhin, Dir trotzdem vorzuwerfen, dass Du etwas schwarz malst. Das ist nicht so. Sanierungen würden wir problemlos akzeptieren, eine Strassensanierung, Trottoirsanierung oder was auch immer. Hier steht aber: „Eine Attraktivitätssteigerung“ und – hier seid Ihr vielleicht etwas selber schuld – „Ausbau für Unterhaltsfahrzeuge“. Das macht uns dann natürlich schon etwas stutzig, was das genau heisst. Von daher geht es nicht darum, dass jetzt alle Sanierungen, die über einen Strassenzug gehen, vorgelegt werden müssen. Aber hier machen wir höchstens eine kleine Verschiebung der Grenzen, die wir in Zukunft eben vorgelegt haben wollen. Mehr nicht. Der gesunde Menschenverstand soll weiterhin bei Euch walten.

**Stefan Hagmann, Rechtskonsulent:** So klar ist die Frage auch wieder nicht. Wir gehen aber eher davon aus, dass gestrichen und eine separate Vorlage gemacht werden müsste.

**Urs Knapp:** Wir haben ja auch andere Budgetposten, wo steht: „Separate Vorlage“. Ich bin klar der Meinung, dass wir dies nicht streichen müssen, sondern einfach als ein Geschäft auffassen, wo es eine separate Vorlage braucht, weil gemäss Artikel 23 Sachgeschäfte Absatz b „einmalige Ausgaben von über Fr. 400'000.—“ in der Budgetkompetenz des Parlaments liegen. Den Betrag kann man so belassen. Man muss aber das Gesamte anschauen. Es braucht eine separate Vorlage, weil die Budgetkompetenz des Stadtrates überschritten wird. Von daher bin ich als Nichtjurist der Meinung, es müsse nicht gestrichen, sondern könne analog gemacht werden wie bei anderen Vorlagen, die wir hier auch haben. Im Buch hat es eine Zusammenstellung. „Investitionsrechnung: Aus allgemeinen Mitteln separate Kreditvorlage“. Das würde genau so behandelt wie zum Beispiel die Fassadenerneuerung beim Sälischulhaus oder Groberschliessung Einfamilienhäuser Kleinholz.

**René Steiner:** Jetzt versuche ich, meinen gesunden Menschenverstand auch noch ins Spiel zu bringen. Ich glaube schon, dass der Stadtrat dies hinein schreiben kann und es das gibt. Bei der Budgetbehandlung im Gemeindeparlament Olten war ich nie dabei, aber das heisst, wir fordern, dass es eine separate Vorlage geben muss. Es ist mir jedoch immer noch nicht klar, worüber wir formell abstimmen. Was fordern wir? Fordern wir vom Stadtrat, eine Vorlage zu machen? Kann man dies in die Budgetdebatte einbringen? Das ist nicht das

Gleiche, wie wenn der Stadtrat sagt, er mache eine separate Vorlage.

**Parlamentspräsident Roland Rudolf von Rohr:** Für die Klarheit ist es wahrscheinlich so, dass Urs Knapp sagt, man belasse den Budgetposten und hänge eine separate Vorlage an. Stefan Hagmann ist nicht ganz sicher, ob dies rechtens ist. Wir möchten ja auch nur rechtens entscheiden.

**Stephan Hodonou:** Es ist genau so, wie es mein Kollege gesagt hat. Der Stadtrat kann es sich von aus so sagen. Aber wir können es nicht fordern, weil wir sonst ein Postulat oder irgend etwas vorlegen müssten. Du musst einen Vorstoss einreichen und kannst nicht einfach sagen: Ihr müsst jetzt hier eine Vorlage bringen. Diese Kompetenz hätten wir nicht.

**Parlamentspräsident Roland Rudolf von Rohr:** Der Stadtrat hat sich bereits dahingehend geäußert, dass er eigentlich keine Vorlage unterbreiten, sondern lediglich eine Information machen möchte.

**Stefan Hagmann, Rechtskonsulent:** Man kann im Budget einfach einen Posten streichen. Dadurch ist das Geld blockiert und kann nicht ausgelöst werden. Dann müsste man es über eine separate Vorlage bringen.

**Dr. Rudolf Moor:** In diesem Fall beantragen wir Streichung des Postens, wobei wir zusichern, dass wir dem Budgetantrag natürlich zustimmen, wenn er gestellt wird.

**Heidi Ehram:** Wenn man es so macht, wie es die SP gerne haben möchte, erscheint es mir eine Verkomplizierung der ganzen Sache, die eindeutig die Nachwehen hat, wie sie Martin Wey aufgezeigt hat. Sonst sagt die SP jeweils, man wolle vorwärts, vor zu etwas Gutes machen. Hier gibt es jetzt eine Verzögerung. Ich möchte einfach wissen, wie es aussieht, wenn der Antrag der SP durchkommt, ob man dann im nächsten Jahr mit der Gösgerstrasse überhaupt anfangen kann oder dann etwas weiter hinaus geht oder die Vorlage dann nicht passt. Ist es dann vielleicht gestorben?

**Theo Schöni:** Ich habe diesbezüglich noch eine Frage an den Stadtrat. Die Wanderwege liegen zum Teil auch in der Kompetenz des Kantons. Durch dieses Argument möchte ich wissen, wie viele Subventionen zum Beispiel ausgelöst werden, wenn man die Wanderwege sanieren möchte. Das allein würde wahrscheinlich auch in die Abklärungen gehören. Liege ich hier völlig falsch?

**Stadtrat Dr. Martin Wey:** Mich beschäftigt dies sicher auch, aber ich habe bei dieser Diskussion eine ganz andere Sorge, dass wir eine Praxis verlassen. In der Formulierung steht, es sei etwas ein Ausbau. Wir haben aber zum Beispiel auch beim Ausbau von Strassen zum Teil Komfortsteigerungen. Die Strassen bauen wir nicht mehr gleich wie vor hundert Jahren. Wir machen neue Kanalisationen, fassen neu Meteorwasser neben dem Schmutzwasser. Dann wären dies auch komfortsteigernde Massnahmen. Wir wehren uns doch nicht dagegen, dass wir offen und transparent darlegen, wie dieser Wanderweg von der Trimbacher-Brücke bis nach unten aussieht. Ich denke, es ist doch hier unbestritten, dass er schrittweise saniert werden muss. Mir scheint, es wird jetzt hier doch etwas sehr im Detail gefeilt. Wenn wir dem zustimmen, muss ich als Baudirektor sagen, dass es Konsequenzen haben wird. Wir haben einmal beim Verwaltungsgericht bei einer Beschwerde Etappierungen von Realisierungen gewonnen. Dort haben wir im Zusammenhang mit der Sportstättenplanung recht bekommen. Ich muss einfach sagen, dass wir, wenn das Parlament diese Praxis ändert, bald einmal dort sein werden, wo wir nicht sein möchten oder wo der Beschwerdeführer sein wollte.

**Stadtpräsident Ernst Zingg:** Ich möchte meinem Kollegen hier noch etwas Sukkurs geben. Es ist vorher gesagt worden, dass bei anderen Geschäften – man ist praktisch auf das Titelblatt des Budgets gekommen - eine separate Vorlage stipuliert ist. Das ist so. Das sind völlig neue Projekte, jedes einzelne. Sie sind im Übrigen auch im Finanzplan als Projekte deklariert. Ob jetzt die Beschreibung dieses Gebietes gut ist oder nicht bleibe dahin gestellt, aber wir haben im Finanzplan eine Rubrik „Werterhaltende Investitionen“. Dort sind zum

Beispiel jedes Jahr im Hochbau und im Tiefbau Millionen deklariert. Das ist genau, was in den Kapiteln in der Investitionsrechnung der Sanierung der von Rollstrasse über die Sälistrasse, Paul-Brandt-Strasse deklariert ist. Das sind Sanierungen. Ich möchte den Begriff separate Vorlagen zu erklären versuchen: Das sind völlig neue Projekte. Wir sehen diese Vorlage aber als Sanierung oder Unterhalt an. Jetzt kann man darüber streiten, was es ist. Die Information wird geliefert. Wenn man dies jetzt kehrt, könnte dies im Sinne von Martin Wey präjudiziell wirken.

**Heinz Eng:** Ich bin ein Verfechter eines starken Parlaments. Das Parlament gibt, und das Parlament nimmt. Ruedi Moor hat einen klaren Antrag gestellt, indem der Stadtrat für dieses Geschäft eine konkrete Vorlage machen soll. Das ist ein Antrag, der konkret und individuell ist und kein Präjudiz für zukünftige Fälle schafft, so wie es der Stadtrat vorher gesagt hat. Eigentlich müsste man nur abstimmen, so wie Ruedi Moor den Antrag erstmals formuliert hat, ob der Stadtrat zu diesem Geschäft eine spezielle Vorlage unterbreiten muss oder nicht.

**Parlamentspräsident Roland Rudolf von Rohr:** Allerdings hat uns der juristische Sekretär vorher berichtet, dass dies nur mit der Streichung des Antrags geht. Das wollen wir jetzt glauben.

**Stefan Nünlist:** Ich möchte Stadtpräsident Ernst Zingg und Stadtrat Dr. Martin Wey etwas entgegnen. Wenn Eure Logik stimmen würde, hätten wir vorher auch über das Sälischulhaus nicht abstimmen und beraten müssen. Das ist eine rein werterhaltende Investition. Genau das Gleiche ist mit dem Krematorium. Das ist eine Sanierung einer Anlage, die wir machen müssen. Ich sehe einfach, dass wir einen grossen Unterschied zwischen Hochbauamt und Tiefbauamt haben. Das Hochbauamt kommt mit seinen Vorlagen und ist transparent. Beim Tiefbauamt gibt es einfach eine andere Praxis. Ich finde, hier haben wir ein Problem, und unterstütze den Antrag von Ruedi Moor.

**Heidi Ehram:** Ich möchte schon nicht die Gösgerstrasse oder den Wanderweg mit einer Fassade des Sälischulhauses oder des Friedhofs, die wir beschlossen haben, verglichen haben. Aber vielleicht ist eine Komfortsteigerung, das Absetzen der Randsteine der Trottoirs, vergleichbar, das in letzter Zeit in grossem Masse auch gemacht worden ist. Wenn alles zusammen gezählt worden wäre, hätte es auch eine separate Vorlage gegeben. In diesem Sinne möchte ich aufrufen, dem Antrag nicht zu folgen. Ich glaube, wir haben in nächster Zeit genug zu tun, uns unseren tollen Projekten, die viele Investitionen auslösen, zu widmen und doch dem Stadtrat auch das Vertrauen zu schenken, dass es richtig gemacht wird. Es liegt ja das Versprechen vor, dass konkret informiert wird.

## **Beschluss**

Mit 24 . 18 Stimmen bei 3 Enthaltungen wird dem Antrag von Dr. Rudolf Moor auf Streichung des Budgetpostens zugestimmt.

### Seite 41, 341.501.06, Erneuerung Rutschbahn Nr. 3

**Stefan Nünlist:** Ich habe dem Stadtrat gewisse Fragen schriftlich gestellt, damit ich dies bereits geklärt habe, und möchte den Antrag stellen, die Fr. 350'000.— aus verschiedenen Gründen zu streichen. Erstens hatten wir vor einem Jahr den genau gleichen Betrag, als es um die Erweiterung der Rutschbahn Nr. 1 ging. Im nächsten Jahr wäre es Erweiterung der Rutschbahn Nr. 2, das heisst ein Geschäft, eine Erweiterung einer bestehenden Anlage im Umfang von über 1 Million Franken. Ab Fr. 400'000.— braucht es eine separate Vorlage, und dies ist in der Kompetenz des Gemeindeparlaments. Es hat System, in jedem Jahr einfach eine Tranche zu machen, damit man nicht ins Parlament kommen muss. Zweitens: Das Thema Badi ist ein sensibles Thema, weil die Badi ein schützenswertes Kulturgut ist, datiert aus den Dreissigerjahren des vergangenen Jahrhunderts. 1989 wurde sie umfassend saniert und zwar mit sehr grossem Respekt vor der Bausubstanz. Es wurde eine Wettbewerb durchgeführt, und es wurden auch die Rutschbahnen gebaut, die jetzt erneuert werden müssen. Sie durften nicht höher als die historischen schützenswerten Gebäude sein. Die Rutschbahnen mussten gemäss Wettbewerbsauflage in Gelb und Grün erstellt werden,

damit die Farben der Aare und der Umgebung schön aufgenommen werden. So weit, so gut. Im letzten Jahr hat unser Tiefbauamt ohne Baubewilligung einfach eine neue Rutschbahn gebaut. Es ist nicht ausgeschrieben worden, es hat kein Wettbewerb stattgefunden, gar nichts. Nachher wurde Einsprache erhoben, und es wurde nachträglich eine Baubewilligung nachgefragt. Sie ist erteilt worden, es wurde weiter gezogen, und nun ist es im Moment beim Regierungsrat des Kantons Solothurn pendent. Ohne Baubewilligung ist eine Gebäulichkeit errichtet worden, die seit einem halben Jahr in Betrieb ist. Das Störende daran ist, dass man völlig respektlos vor der Bausubstanz vorgegangen ist. Dieses Areal ist eigentlich im Ortsbildschutz. Links davon, rechts davon, auf allen Seiten ist Ortsbildschutz. Die Stadt hält sich nicht an den Ortsbildschutz. Die Altstadtkommission hat sich diese Bauten nie angesehen, sie ist nie konsultiert worden. Wenn wir als Private keine Baugesuche einreichen und bauen, werden wir verklagt und müssen uns vor dem Gesetz verantworten. Wir haben sehr viel Mehraufgaben wegen des Ortsbildschutzes, und wir haben uns geeinigt, dass wir einen Ortsbildschutz wollen. Das ergibt Mehrkosten. Wir finden das richtig und halten uns daran. Die Stadt macht dies nicht. Für mich ist es wirklich eine Frage der Glaubwürdigkeit. Wenn sich die Stadt nicht an ihre eigenen Gesetze hält, wie wollen wir es dann von den Privaten verlangen. Von daher möchte ich beliebt machen, dass wir diesen Kredit nicht sprechen und der Stadtrat sorgfältig abklärt, welches eigentlich der Wert der Badi ist, was dort passieren darf und was nicht und dass die Altstadtkommission entsprechend konsultiert wird. Erst dann gibt es eine anständige Vorlage, die ins Parlament kommt.

**Stadtrat Dr. Martin Wey:** Besten Dank, Stefan Nünlist. Ich habe die Fragen vorher schriftlich erhalten. Die Beantwortung ist nicht einfacher, aber es ist auch klar, dass die Verwaltung und der Stadtrat instruiert sind, zu laufenden Verfahren nicht direkt oder allzu detailliert Auskunft zu geben. Für uns und für mich als Baudirektor ist es ebenfalls klar, dass nur gebaut werden darf, wenn eine Baubewilligung vorliegt. Ich möchte dies unterstreichen, und wenn dies passiert ist, muss es ein Einzelfall sein. Ich bin gespannt, was das hängige Beschwerdeverfahren zu Tage bringt. Für den Stadtrat ist auch klar, dass der Betrag hier enthalten bleiben, aber erst ausgelöst werden soll, wenn der Entscheid rechtskräftig ist. Wir werden von der Baudirektion und auch vom Stadtrat diesen Kredit erst auslösen, wenn das Verfahren abgeschlossen ist und alle Fragen, die Du zu Recht gestellt hast, beantwortet sind. Von daher bitte ich das Parlament, diesen Betrag stehen zu lassen und schliesslich auch dem Stadtrat den Auftrag zu geben, und wir werden dies entsprechend so handhaben, dass die Rutschbahn erst, wenn das Beschwerdeverfahren abgeschlossen ist, erneuert werden soll. Im Übrigen – aber das gehört auch nicht hier dazu – haben die Konsumenten Freude daran. Das kann man hier nicht als Argument einbringen. Aber als Zuständiger und Verantwortlicher der Badi stelle ich auch fest, dass es offenbar doch einem grossen Bedürfnis entspricht, dass saniert wird. Aber ich kann hier das Versprechen und die klare Aussage machen, dass der Kredit erst ausgelöst wird, wenn das Beschwerdeverfahren abgeschlossen ist.

**Dr. Markus Ammann:** Ich habe eine Verständnisfrage. Was Stefan Nünlist gesagt hat, bezieht sich auf die Erneuerung, die heute schon besteht, wenn ich dies richtig verstanden habe. Was aber im Budget enthalten ist, wäre eine weitere Erneuerung und Vergrösserung, wie es explizit steht. Also stimmt für mich die Argumentation von Martin Wey nicht ganz, wenn er sagt, dass wenn das Verfahren geklärt ist, können wir weiter bauen. Das wäre dann ja noch einmal ein anderer Fall. Jetzt wird nicht der Fall der zukünftigen Vergrösserung beurteilt, sondern erst derjenige, der eigentlich schon passiert ist. Aus diesem Grunde stimmt für mich die Argumentation nicht, und ich meine, der Betrag müsste gestrichen werden.

**Heidi Ehrsam:** Ich bin der Meinung, dass er enthalten bleiben sollte, in dem Sinne, wie es Martin Wey gesagt hat, dass, wenn alles, was noch hängig ist, geklärt ist, die Rutschbahn Nr. 3 vergrössert und das Gesamtwerk dieser neuen Rutschbahn wirklich auch so realisiert werden kann. Ich glaube, letztlich ist es schöner, wenn alle erneuert sind, als wenn nur ein Teil erneuert ist. Man weiss, dass ich oft in der Badi bin. Ich weiss auch, dass die Badi schützenswert ist. Aber die Rutschbahn dort hinten stört jetzt aus dieser Sicht, wenn man vorne Richtung Restaurant sitzt, nicht dermassen, und der Gewinn für die Öffentlichkeit ist sehr gross. Es wäre sehr schade, sofern die Baubewilligung und alles stimmt, wenn dies 2010 nicht realisiert werden könnte. Ich möchte bitten, den Kredit zu belassen. Er wird ja

nicht verwendet, wenn nicht in Ordnung kommt, was noch hängig ist.

**Dieter Ulrich:** Was Stefan Nünlist beschrieben hat, geht etwas in die gleiche Richtung wie das, was wir gestern schon bei den Parkanlagen angemerkt haben, dass wir das Augenmerk darauf haben richten lassen wollen, mit der vorhandenen Bausubstanz verantwortungsvoll umzugehen. Hier haben wir schon den Eindruck, dass in der Vergangenheit zum Teil mit einer gewissen Respektlosigkeit mit dem Vorhandenen vorgegangen wurde. Ich denke, wir hätten die heutigen Diskussionen nicht, wenn man dort mehr darauf geachtet hätte. Insofern möchte ich hier schwer empfehlen, konsequent darauf zu achten und respektvoll mit dem Vorhandenen umzugehen.

**Marcel Buck:** Etwas ohne Baubewilligung zu erstellen, ist als Privater ja gar nicht möglich. Das ist eigentlich das Hauptargument. Auf der anderen Seite muss ich auch sagen, dass hier vielleicht gewisse Eigeninteressen in das Ganze hinein spielen. Möglicherweise hat man den Lärm nicht so gerne. Auf der einen Seite ist dann die Umfahrung, auf der anderen die spielenden Kinder, die dann sicher noch mehr zunehmen werden, wenn die zweite Bahn offen ist. Ich bin in diesem Punkt etwas geteilt und werde mich wahrscheinlich der Stimme enthalten.

**Stephan Hodonou:** Ich bin jetzt etwas irritiert. Einerseits spricht man von Respektlosigkeit. Ich möchte doch festhalten, dass Martin Wey die Direktion neu übernommen hat. Wenn jemand respektlos war, würde ich nicht dort schauen, sondern vielleicht andernorts. Man muss ihm jetzt auch Vertrauen schenken, dass er respektvoll damit umgeht. Wenn es in der Vergangenheit passiert ist, mag es so sein, aber es nicht auf seinem „Mist gewachsen“. Man sagt immer, der Stadtrat solle progressiv, innovativ sein und Führung übernehmen. Das macht er jetzt und man will ihm wieder die Hände binden. Wegen dieses Betrages, wegen einer Rutschbahn, an der alle Freude haben, ich glaube, das versteht sonst niemand.

**Theo Schöni:** Ich habe auch den Eindruck, dass wir den budgetierten Betrag nicht aus den Investitionen nehmen müssen. Aber wir müssen auf das Vorliegen des Entscheides des Stadtrates warten. Nachher steht dem eigentlich nichts im Wege. Man hält sich an diese Schranken. Sie waren schon gegeben, als im Bau ein anderes Direktionspräsidium war. Hier muss ich Stephan Hodonou recht geben. Man hätte dort schon anders reagieren können.

**Nico Zila:** Ich finde, es gibt zwei Gründe, weshalb in diesem Geschäft die Streichung der richtige Schritt ist im Gegensatz zu den Wanderwegen vorher: Der erste Punkt ist, dass es zumindest mir im letzten Jahr nicht klar war, als man zu dieser Erweiterung oder eigentlich zum Neubau der ersten Rutschbahn ja gesagt hatte, dass die anderen folgen werden. Das ist für mich in diesem Budget eigentlich neu gewesen. Ich habe das Gefühl, wenn ein Konzept dahinter ist und das wird es wahrscheinlich sein, und das laste ich auch niemandem an, weder dem aktuellen Direktor noch der früheren Direktorin des Baus, ist es einfach eine Vorlage und dann braucht es einen schriftlichen Bericht und Antrag, wo wir sagen, ob wir die Rutschbahnen wollen oder nicht. Der zweite Punkt, wo ich finde, dass sich Heidi und Stefan in ein etwas gefährliches Feuchtgebiet begeben, um es einmal so zu sagen, ist, wenn Ihr sagt: Der Ortsbildschutz. Es sieht ja schon nicht so schön aus, und der Ortsbildschutz wird vielleicht auch nicht eingehalten, aber erstens stört es ja nicht so viele und zweitens nützt es eigentlich. Wenn wir dies als Argumente gelten lassen, dann konsequenterweise auch für Private, sind wir auf einem wahnsinnigen Glatteis. Ich habe das Gefühl, dass die Frage wirklich einmal geklärt werden sollte: Passt in die erhaltenswerte und geschützte Badi überhaupt der sehr markanter Neubau dieser Rutschbahn? Wenn ja, hat der Stadtrat aus meiner Sicht einen Bericht und Antrag vorzulegen. Das kann ja dann zeitlich auf die Eröffnung im Mai 2010 noch reichen.

**Stephan Hodonou:** Den Ortsbildschutz haben wir ja schon diskutiert. Hier habe ich vielleicht eine ganz andere Meinung. Aber verstehe ich richtig, dass Du Dir Sorgen machst, ob die Rutschbahn jetzt gelb, rot oder grün ist?

**Nico Zila:** Ich mache mir nicht über die Farbe Sorgen und weiss gar nicht, was der Ortsbildschutz vorschreibt. Für mich als Laie ist zum Beispiel die Höhe ein Faktor. Ich weiss

schlichtweg nicht, wie die Vorschriften sind, und möchte einfach, dass sie sauber eingehalten werden, auch im Sinne eines Präjudizes der Stadt, wenn wir schon selber bauen.

**Stefan Nünlist:** Es ist eben ein etwas tiefgründiges Thema, das wir nicht so schnell erledigen können. Heidi Ehram, das Problem ist ja, dass letztes Jahr gestanden hat: „Erneuerung Rutschbahnen“. Dann haben wir hier alle gemeint, das koste Fr. 350' 000.— und die bestehenden Rutschbahnen würden einfach ersetzt. Das war mein Bild und wahrscheinlich auch dasjenige von Euch allen. In Tat und Wahrheit ist es aber ein Projekt, in dem man die Rutschbahnen praktisch verdoppelt. Man macht sie breiter und grösser. Das ist das Problem. Wenn Du dies als Privater machst, musst Du rückbauen. Dann ist nachher nicht eines grösser und eines kleiner. Dann baust Du zurück und zwar innerhalb eines Monats und darfst es nie in Betrieb nehmen. Wir verlangen von „Beizern“ in der Stadt, die eine Gartenwirtschaft haben, dass sie um 19 Uhr Feierabend machen, ökonomisch ein völliger Unsinn. Viele Leute hätten Freude, wenn man länger Käse essen und Wein trinken dürfte. Wir verlangen dies als Stadt, und sie werden durch die Stadtpolizei gebüsst, wenn sie sich nicht daran halten. Die Stadt selber baut ohne Baubewilligung – wir würden verzeigt – und lässt es nachher noch eine Saison lang in Betrieb. Das dürften wir als Private nie. Jetzt baut man einfach weiter und umgeht unsere Kompetenz als Parlament. Das ist eine Erweiterung einer bestehenden Anlage, kostet über eine Million Franken, in drei Etappen gebaut, schön verteilt, damit das Parlament nichts zu sagen hat. Wenn wir dies fahren lassen, macht der Tiefbau, was er will. Das ist das Problem. Ich finde, hier soll Martin Wey, dem wir vertrauen, eine Vorlage bringen, wenn die Sachen geklärt sind. Nachher beraten wir dies sicher mit aller uns zur Verfügung stehenden Weisheit.

**Heidi Ehram:** Ich gebe ehrlich zu, dass ich auch verwundert war, als ich zum ersten Mal in die Badi kam und die Rutschbahn ganz anders aussah. Generell, wenn es nach Ortsbildschutz gehen würde, wäre es am Schönsten, wenn keine da wäre. Das ist für mich ästhetisch auch klar. Aber letztlich scheint mir, dass man dann klärt, was jetzt beim Regierungsrat hängig ist, ob man die Rutschbahn stehen lassen kann oder sie rückbauen muss oder was auch immer. Bei einem negativen Entscheid des Regierungsrates brauchen wir keine Vorlage mehr. Dann haben wir ja den Entscheid. Dass man keine neue ohne Baubewilligung mehr errichten kann, ist mir natürlich auch klar. Von daher kann ich Dir schon recht geben. Aber ich sehe das Problem nicht mehr, wenn wir den Regierungsratsentscheid haben.

**Stadtrat Dr. Martin Wey:** Es ist klar, dass sich die Stadt an die Bauvorschriften halten muss und sie nicht übermarchen darf.. Aus dem vorliegenden Geschäft bzw. der erfolgten Beschwerde, ohne ein Urteil fällen zu wollen, wird man Lehren ziehen müssen. Es ist nicht zu verbinden mit der neuen Rutschbahn. Markus, wir haben es vielleicht auch noch nicht verstanden. Die neue Rutschbahn ist nicht in Abhängigkeit von der anderen, sondern wir wollen vom Stadtrat her wissen, ob es bei der Rutschbahn gemäss den Fragen, die Stefan gestellt hat, mit Ortsbildschutz, erhaltenswert, Grösse, korrekt gelaufen ist und alle Instanzen begrüsst wurden, überhaupt eine Baubewilligung vorhanden ist und so weiter und so fort. Die Sanierung im Budget ist etwas Neues. Heidi, das ist in diesem Sinne nicht direkt abhängig vom Entscheid der Beschwerde. Aber wir wollen diesen Fall im Stadtrat bewusst aufarbeiten. Es interessiert mich nämlich, wie dies gelaufen ist, welche Verfehlungen allenfalls passiert sind und wo man eventuell auch Korrekturen anbringen muss. Ich habe einfach noch ein Anliegen. Es tönt jetzt vielleicht wieder etwas pro Olten (Regierungsprogramm). Wir wollen die Badi attraktiv halten. Natürlich müssen wir uns dabei auch an die Vorschriften halten. Aber wenn wir Anlagen, welche die Jugendlichen nützen, nicht in Schwung halten und aufrecht erhalten, scheint mir, dass wir eine ganz klare Desaktivierung der Badi haben. Ich möchte Euch jetzt ermutigen, den Budgetbetrag zu belassen. Die Auslösung durch den Stadtrat erfolgt erst, wenn die Bereinigung und die ganze Geschichte aufbereitet ist. Dieses Konstrukt muss übrigens auch wieder durch eine Baubewilligung gehen. Dort werden die entsprechenden Abklärungen ebenfalls getroffen. Ich bitte doch immerhin, jetzt hier eine gewisse Grosszügigkeit zu zeigen, dies zu belassen und den Vollzug beim Stadtrat zu lassen.

**Brigitte Kissling:** Eine Sanierung ist für mich eigentlich, wenn man etwas Bestehendes wieder neuwertig macht. Die Rutschbahnen werden erweitert. Dann ist es für mich keine Sanierung mehr, sondern ein neues Projekt. Ich finde eigentlich, dass wir im Gemeinderat darüber abstimmen müssten, ob wir das Projekt wollen oder nicht.

## **Beschluss**

Mit 30 : 11 Stimmen bei 4 Enthaltungen wird dem Antrag von Stefan Nünlist auf Streichung der Fr. 350'000.— zugestimmt.

### Seite 41, 340.501.16, Sportstättenplanung: Parkplatz/Regenspeicher

**Felix Wettstein:** Ich hoffe, ich grabe jetzt nicht auch noch einen Hund aus, und wenn er ausgegraben werden muss, ist es halt so. Zum Beilagenbuch: Ich verstehe nicht, weshalb wir zwei verschiedene Beträge haben, nämlich einen Investitionsbedarf in der Zusammenstellung, der mit Fr. 260'000.— für das nächste Jahr ausgewiesen wird und nachher ein Kreditbeschluss von Fr. 550'000.—. Wie ist dieser Unterschied zu erklären? Ich habe es nicht vorher gemerkt und deshalb nicht im Voraus gefragt.

**Stadtrat Dr. Martin Wey:** Meines Wissens kann nicht alles im gleichen Jahr realisiert werden, sondern der grössere Teil im anderen. Es ist eine Verschiebung.

**Adrian Balz:** Wir zeigen die Gesamtsumme auf, aber gebaut wird innerhalb von zwei Jahren. Weil es über das Jahresende hinaus geht, ist ein Teil im Jahre 2010 und der Rest 2011. Es wird etappiert, aber es wird die ganze Summe aufgezeigt, so wie Ihr es vorher bei der Rutschbahn verlangt habt.

**Felix Wettstein:** Damit ist für mich der Widerspruch noch nicht aufgelöst. Wenn wir in der Beilage nachschauen, haben wir für das Jahr 2011 ja auch wieder einen Betrag ausgewiesen, also für jedes Jahr bis und mit 2013. Es bleibt immer noch der nicht aufgelöste Widerspruch, wenn wir die Fr. 260'000.— hier als das, was man im Jahr 2010 ausgeben möchte und wir nachher aber im Hauptbuch Fr. 550'000.— haben. Ich stelle diese Frage schlicht und ergreifend wegen des gleichen Themas wie vorher. Ein Regenspeicher ist keine Sanierung, sondern eine Neuinvestition. Ich sage überhaupt nichts zu Sinn oder Unsinn dazu, sondern es sind auch wieder über Fr. 400'000.—. Wenn die Fr. 260'000.— das sind, was im nächsten Jahr ausgegeben werden soll, stelle ich den Antrag, im Hauptbuch unter dem Posten 340.501.16 ebenfalls Fr. 260'000.— einzusetzen.

**Adrian Balz:** Ich bin nicht Rechtskonsulent und nicht Finanzkontrolleur. Aber meiner Meinung nach ist die Grenze für eine separate Vorlage bei Fr. 600'000.—, und der Stadtrat hat die Kompetenz, unter dem Jahr Fr. 400'000.— auszugeben. Es wird aber im Rahmen des Budgets genehmigt. Wenn es über Fr. 600'000.— geht, braucht es immer eine separate Vorlage, zumindest haben wir es in den letzten Jahren so gehandhabt.

**Felix Wettstein:** Die Hälfte meines vorherigen Votums nehme ich zurück. Es sind tatsächlich Fr. 260'000.— vorgesehen. Aber die andere Hälfte meiner Aussage, dass das Ganze halt auch wieder ein Projekt ist, das wirklich nicht eine Sanierung, sondern eine Neuinvestition ist, die über Fr. 400'000.— liegt, bleibt und weckt erneut einen schalen Nachgeschmack. Ich stelle keinen Antrag.

### Seite 43, 624.506.11, Fahrzeugersatz Werkhof

**André Köstli:** Es geht um einen LKW Berna Jahrgang 1979. Es ist unbestritten, dass dieses Fahrzeug aufgrund der Jahre ersetzt wird. Folgendes verstehe ich aber nicht: Das Kontrollschild dieses Auto ist am 2. Juni 2009 auf der MFK deponiert worden. Am 20. Juli 2009 bewilligt der Stadtrat für dieses Auto einen Kranersatz im Wert von Fr. 80'000.—. Kann mir dies jemand erklären?

**Stadtrat Dr. Martin Wey:** Seitdem wir den Werkhof nach Leistungsfeldern bewirtschaften müssen - das ist insbesondere auch bei der GPK gefordert worden – führen wir eine Liste der Fahrzeuge nach Abschreibung. Die Ersatzanschaffungen - ich glaube, Christian Wüthrich hat den entsprechenden Antrag gestellt – werden entsprechend getätigt. Die von Dir gestellte Detailfrage kann ich nicht beantworten. Ich gehe davon aus, dass diese Ersatzanschaffung gemäss dieser Liste auch erfolgt. Die Frage ist sehr operativ. Ich verstehe sie, kann sie aber nicht beantworten.

**Adrian Balz:** Das ist ein Aufbau, den man auf das alte Fahrzeug gemacht hat. Man hat ihn aber so kompatibel gekauft, dass er auch auf das neue passt. Das ist ein Lastwagen, der Fr. 300'000.— kostet. Es wurde gesagt, der Aufbau werde jetzt schon gebraucht. Man konnte ihm beim alten abgeschriebenen einsetzen, und er kommt jetzt auch beim neuen Fahrzeug zum Einsatz.

Seite 45, 790.561.07, Entlastung ERO: Baubeitrag an Kanton

**Thomas Frey:** Es sind die Beiträge der Stadt an den Kanton. Für das nächste Jahr ist eine Tranche von 5 Millionen Franken vorgesehen. Ich stelle fest, dass das hoch gepriesene Verkehrsmanagementsystem des Kantons auf unseren Strassen immer noch nicht funktioniert, in Ermangelung des zusammenschliessenden Computers, der einfach vom Kanton noch nicht installiert und nicht beschafft ist. Seit rund anderthalb Jahren wird man hier immer wieder getröstet. Die Folge davon ist, dass wir jeden Abend entsprechende Staus in der Stadt haben, wo ich überzeugt bin, dass es entschieden besser aussehen würde, wenn der Computer installiert wäre. Ich weiss jetzt nicht, inwiefern dies möglich ist, aber stelle den Antrag, dass die Stadt Olten die 5 Millionen erst frei gibt, wenn der Computer vom Kanton installiert ist und funktioniert.

**Stadtpräsident Ernst Zingg:** Ich glaube, hier ist niemand anderer Meinung als Thomas Frey inklusive der ganze Stadtrat. Das ist ein Malaise und etwas völlig Ungenügendes. Aber ich möchte einfach bitten, hier nicht zwei Sachen miteinander zu vermischen. Wir können intervenieren. Es gibt einen ganz anderen Weg. Die 5 Millionen sind ein Regierungs- und Kantonsratsbeschluss in der Aufteilung der Finanzen. Wir können nicht einfach sagen, wir machen dies nicht. Wir müssen sie bezahlen. Sie sind in einem Finanzplan enthalten, und es handelt sich nicht um eine Bezahlung der Lichtsignalanlagensteuerung, sondern um die Bezahlung der Handwerker, die jetzt auf der Strasse arbeiten. Ich kann Euch sagen, dass der Stadtrat in diesem Jahr schon mehrmals dahingehend interveniert hat, dass die Fachleute in Solothurn nicht einfach nur am Schreibtisch sagen, es funktioniere ja, sondern vor Ort sind und an jedem Anlagenpunkt jemand steht. Wenn sie kein Funkgerät haben, erhalten sie dies von unserer Polizei, damit sie sich untereinander verständigen und einmal sehen können, wie es abläuft. Manchmal läuft der Verkehr besser und manchmal weniger gut. Es ist klar, dass es während der Sommerzeit, wenn es weniger Verkehr hat, einfacher ist. Das Anliegen ist mehr als aufgenommen. Aber wir können die 5 Millionen Franken nicht einfach sperren, weil wir hier eine ganz klare Grundlage haben. Das Geld müssen wir in den Topf werfen, genau gleich wie der Bund, der Kanton und Wangen ihre Tranchen geben.

**Thomas Frey:** Es ist mir eigentlich klar, was Du jetzt gesagt hast, dass das Geld irgendwie und irgend einmal bezahlt werden muss. Aber es ist mir einfach ein Anliegen, dass Druck aus diesem Raum heraus kommt, der Richtung Kanton geht. Ich frage mich jetzt, wie wir es anstellen können, dass wir hier auch in Solothurn gehört werden.

**Parlamentspräsident Roland Rudolf von Rohr:** Dieses Anliegen wird sicher im Protokoll festgehalten. Somit müsste man eine Kopie davon nach Solothurn senden. Aber Du willst ja am Budget selber nichts ändern.

Beilage, Seite 49

**Christian Wüthrich:** Es ist eigentlich ein erfreuliches Thema, wenn man sieht, wie man die Erschliessung der Neubaugebiete Kleinholz, Höhenstrasse, Fustlig und Bornfeld angehen möchte. Wenn man dann liest: „... möglichst rasche Bewilligungsverfahren“ und „...eine



rechtzeitige Bereitstellung“ ist es noch erfreulicher, wenn man daran denkt, dass wir schon Fr. 300'000.— für das Kleinholz gesprochen haben, als hier vorne noch sieben Personen sasssen. Wenn man dann die Planperiode über die 6,5 Millionen Franken betrachtet, die bis ins Jahr 2016 geht, habe ich selber schon Mühe, was „rasch und rechtzeitige Bereitstellung von neuem Entwicklungsland“ bedeutet. Grundsätzlich finde ich es positiv, dass man dies alle Jahre wieder aufnimmt. Ich habe dann immer wieder irgendwie Freude, es laufe etwas. Die Erschliessungen sind für uns eines der zentralsten Themen, die wir in der nächsten Zeit haben werden. Wir machen ja nicht von ungefähr grosse Propaganda für die Wohnregion Olten. Also müssen wir die Infrastruktur einmal zur Verfügung stellen, damit überhaupt jemand kommen und bauen kann. Ich möchte dem Stadtrat wirklich ans Herz legen, mit den Erschliessungen einmal vorwärts zu machen, die vorhandenen Ressourcen bereit zu stellen. Das sind Signalwirkungen, um zu wachsen. Wir sagen dies jedes Jahr wieder. Ich hoffe, dass wir im nächsten Jahr endlich etwas abhaken können, die Erschliessungen gemacht werden, wenigstens dort, wo das Terrain zur Erschliessung bereit ist, dass man dort einmal Signale setzt.

**Stadtpräsident Ernst Zingg:** Eigentlich hast Du ja nur einen Kommentar abgegeben, den ich unterstützen möchte. Es zeigt ja an und für sich, dass wir das wollen, was hier steht. Ich darf festhalten, dass ich, wenn man die vier Neubaugebiete sieht, hier wieder einmal die Prognose wage, dass zwei dieser vier in den nächsten Monaten zu Entscheidungen kommen. Beim Kleinholz ist die Stadt beispielsweise nicht schuld, dass es nicht vorwärts geht, sondern es ist eine Altlastensituation, wo eine Bürgergemeinde involviert ist usw. Hier kommen wir aber zu einem Ziel, davon bin ich überzeugt. Beim Bornfeld ist vom Kanton bereits der Busanschluss bewilligt. Zu den anderen Gebieten möchte ich nichts sagen. Was will ich sagen, wenn wir uns hier etwas wehren. Das Ganze ist natürlich vielfach mit Einsprachen behaftet. Hier bekämpfen sich zum Teil Interessengruppen oder Private, wo wir keine Möglichkeit haben, etwas zu unternehmen. Damit meine ich aber nicht, dass die Stadt nicht mehr machen oder offensiver sein kann. Ich denke, dieser Zug ist jetzt angefahren. Aber nehmt zur Kenntnis, dass es in allen Gebieten immer wieder Leute gibt, die Einsprache erheben. Hier ist die Stadt blockiert. Ich kann aber ganz klar sagen, dass wir uns sehr Mühe geben.

**Christian Wüthrich:** Herzlichen Dank. Ich hoffe, dass die genannten Gebiete wirklich so weit kommen. Ich schätze es auch und sage ehrlich, dass nach der Perimeterrückzahlung eine Differenz bleibt, welche die EGO in die Finger nimmt. Es sind 1,2 Millionen Franken, die sie in eine Entwicklung in solchen Gebieten investiert. Das ist auch nicht unbedingt selbstverständlich, und ich schätze dies sehr.

Seite 25, 590.367.01, Auslandhilfe übrige Beiträge

**Marcel Buck:** Wir sind schon seit längerer Zeit der Meinung, dass man diese Beiträge kehren sollte, das heisst die Inlandhilfe sollte Fr. 50'000.— ausmachen und die Auslandhilfe auf Fr. 20'000.— reduziert werden. Der Grund ist klar. Wir haben immer mehr auch Personen in der Schweiz, die froh wären, wenn man ihnen gewisse Beiträge zahlen würde. Mit diesem Antrag kommen wir schon seit Jahren, sind aber noch nie durchgekommen. Vielleicht klappt es jetzt.

## **Beschluss**

Grossmehrheitlich (37 : 8 Stimmen) wird der Antrag von Marcel Buck abgelehnt.

### Bericht und Antrag/Beschlussesantrag zu Ziffern I./4. und I./5.:

**Marcel Buck:** Wir nennen vier Gründe für die moderate Steuerfussreduktion von 1 %. Erstens: Mit dem geplanten Mehrertrag von mehr als 1 Million Franken bei gleichzeitigen Investitionen von 25 Millionen Franken würde es die Bevölkerung nicht verstehen, weshalb sie nicht auch in den Genuss von Steuererleichterungen kommen soll. Zweitens: Ohne Rücksicht auf eventuelle Ablehnungen von Grossprojekten zu nehmen, die wiederum budgetrelevant sind, würde der Mehrertrag 2010 immer noch ca. plus Fr. 600'000.—

betragen. Drittens: Wir haben in diesem Parlament vor ein paar Monaten über die Verteilung von Geschenkgutscheinen im Wert von 3,5 Millionen Franken diskutiert und sind einzig an technischen Einzelheiten gescheitert, die eine Verteilung nicht möglich gemacht haben. Die 3,5 Millionen Franken sind noch da und würden es sogar ermöglichen, eine einmalige fünfprozentige Steuerreduktion zu fordern. Viertens: Mit dieser sehr moderaten Steuersenkung von 1 %, was notabene ca. Fr. 750'000.— ausmachen würde und somit noch kleiner als der gestrige Nachtragskredit des Kolumbariums über Fr. 800'000.— ist, würden alle Einwohnerinnen und Einwohner profitieren, vor allem Familien mit Kindern, aber selbstverständlich auch das Gewerbe, das wieder freie Mittel zum Investieren hätte. Es soll aber vor allem ein solidarisches Zeichen der Stadt gegenüber allen Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern sein und somit ein positives Signal an die richtigen Adressen senden. Beim Kolumbarium haben wir den Toten eine Freude gemacht. Gestern haben wir der Verwaltung eine Freude gemacht. Machen wir doch auch denjenigen Personen eine Freude, die dies alles berappen, nämlich unserer Bevölkerung. Helfen Sie mit und unterstützen Sie uns in unserem Bestreben, Olten weiter zu bringen und zu stärken, so dass Olten weiterhin die schönste Stadt Europas bleibt.

**Urs Knapp:** Als Fraktionschef habe ich jetzt die ganz einfache Aufgabe, die Meinung der FdP bekannt zu geben. Sie hat beschlossen, den Antrag der SVP abzulehnen. Es wird andere Meinungen geben - das macht aber gar nichts - die diesem Antrag zustimmen werden. Es gibt Pro und Contra. Wir haben dies auch lange diskutiert. Einerseits sind die Ausführungen von Marcel Buck korrekt. Einzig bei der Freude für die Toten und der Freude für die Lebenden bin ich nicht ganz sicher, ob Du dies so vergleichen kannst. Es ist ein guter Spruch. Man muss sich bewusst sein, dass die einprozentige Senkung langfristig eine gute Auswirkung hat, kurzfristig bringt sie nicht sehr viel. Man spürt sie fast nicht. Hier wären die 3,5 Millionen Franken sinnvoller gewesen. Unserer Meinung nach müsste man den anderen Weg gehen. Angesichts des Selbstfinanzierungsgrades, der dramatisch tief ist, auch im Finanzplan, müsste man dort ansetzen. Wir haben ein Ausgaben- und nicht ein Einnahmenproblem. Zuerst müssten wir das Ausgabenproblem lösen und mehr Ausgabendisziplin haben, und dann können wir auch bei den Einnahmen wieder etwas machen. Von daher wird die FdP mehrheitlich für den Antrag des Stadtrates stimmen.

**Stadtpräsident Ernst Zingg:** Im Namen des Stadtrates möchte ich Euch wirklich bitten, die Steuersenkung abzulehnen. Freude zu bereiten ist auch die Absicht des Stadtrates. Das ist absolut klar. Vielleicht muss man schon noch ein paar Worte darüber verlieren. Erstens: Die 3,5 Millionen Franken für die Gutscheine, denen das Parlament mit einer Mehrheit nicht zugestimmt hat - ich glaube, das ist immer noch eine klare Aussage - sind nicht einfach noch vorhanden. Man hat einen Beschluss über die Verwendung dieses Geldes gefasst. Das ist beschlossen und ausgeführt. Es ist nicht einfach irgendwo auf einem Konto speziell deponiert, dass man es wieder angreifen kann. Man müsste ohnehin das ganze Verfahren neu beginnen. Zweitens: Wenn man heute eine Steuersenkung von 1 % beschliesst, ist die Auswirkung 2011 wirksam. Man erreicht den Zweck, die Konsumankurbelung usw. einfach im Jahr 2011. Dann ist es noch relativ bescheiden. Jetzt eine ganz banale Rechnung: Ein Steuerprozent, juristisch und natürlich, ist näher bei Fr. 800'000.— als bei Fr. 700'000.—. Das ist nicht einfach eine einmalige Geschichte, wenn man die Steuern um 1 % senkt. Es wirkt sich im Laufe der Jahre aus. Wir weisen im Voranschlag 2010 mit den Kennzahlen einen Finanzierungsfehlbetrag von 14 Millionen Franken aus. Aufgerechnet über die ganze Periode kommen wir auf einen Fehlbetrag von 20 Millionen. Das ist die Auswirkung davon und aus finanzpolitischer Sicht nicht zu verantworten. Ich möchte Euch bitten, den Antrag abzulehnen.

**Marcel Buck:** Die Worte von Ernst Zingg in Ehren. Das haben wir auch verstanden. Es geht aber in die Richtung, die Urs Knapp angesprochen hat. Durch weniger Steuereinnahmen wird man vielleicht dazu gezwungen, auf der Ausgabenseite konsequenter zu sein. Dorthin läuft unser Ziel.

**Heidi Ehram:** Unsere Fraktion war nie gegen Steuersenkungen. Aber im Moment und für diese Planperiode, wie sie jetzt aussieht, stehen wir zu den 100 % und nicht zu 1 % weniger. Aus diesem Grund werden wir Euren Antrag nicht unterstützen können. Ich glaube nicht,

dass dies das Ausgabenwachstum in diesem Sinne beeinflusst. Aber wir müssen hier Verantwortung für die Zukunft übernehmen, so wie wir es gestern im Investitions- und Finanzplan zur Kenntnis genommen haben.

**Parlamentspräsident Roland Rudolf von Rohr:** Der Antrag der SVP zu Punkt 4 lautet dahingehend, dass der Steuerfuss für natürliche Personen neu auf 99 % festgelegt wird.

#### **Beschluss Ziffer I./4.**

Mit 35 : 10 Stimmen wird der Antrag der SVP abgelehnt.

**Parlamentspräsident Roland Rudolf von Rohr:** Zu Punkt 5 bezüglich juristischer Personen liegt ein gleicher Antrag der SVP vor.

#### **Beschluss Ziffer I./5.**

Mit 35 : 10 Stimmen wird der Antrag der SVP abgelehnt.

#### **Beschlüsse**

Ziffer I./1. Mit Fr. 1'169'100.— Zustimmung grossmehrheitlich

Ziffer I./2. Mit Fr. 24'320'300.— Zustimmung einstimmig

Zu Ziffer I./3., Feuerwehersatzgabe:

**Christian Wüthrich:** Von der GPK haben wir dies ausführlich zur Diskussion erhalten und stellen fest, dass ein Fonds die Differenz auffangen muss. Wir haben gefragt, weshalb die Differenz überhaupt möglich ist. Entweder braucht man mehr als man einnimmt oder nimmt zuwenig ein. Das muss heute nicht abschliessend diskutiert werden. Aber ich wäre froh, wenn uns der Stadtrat erklären würde, weshalb nicht ausgeglichen gearbeitet werden kann und weshalb dies in Olten nicht möglich ist, oder dass man sagt, es werde in Zukunft angestrebt, dass dies möglich ist, und man uns sagt, dass die ganze Geschichte mit der Unterdeckung einmal wegfällt und wir dies von daher nicht immer mitnehmen müssen und es eine Lösung gibt. Es ist nicht zwingend heute, aber es wäre doch interessant, dies einmal zu anschauen.

**Stadträtin Iris Schelbert:** Ich war an der GPK-Sitzung, habe dies mitgenommen und habe mit Paul Haus, Feuerwehrinspektor, Kontakt aufgenommen und gefragt, wie es sich mit den Ersatzabgaben bzw. Steuern, verhält. Er hat geantwortet, man könne sie anpassen. Nachher bin ich nach Solothurn zu Esther Gassler, Präsidentin der Verwaltungskommission der Gebäudeversicherung, gegangen. Sie hat gesagt, man könne dies sehr einfach machen. Wir sollten einen Brief schreiben mit einer Anpassung der oberen Grenze von Fr. 400.—, dies anheben, indexieren. Das ist aber nur das Eine. Das Andere ist, dass wir andere Gebühren für Fehlalarme verlangen können müssen. Hier haben wir heute Fr. 400.— pro Fehlalarm. Das ist natürlich nie und nimmer kostendeckend, weil in der Nacht mit 12 Personen ausgerückt wird. Ich habe mich bereits nach der GPK-Sitzung auf die Socken gemacht, und wir werden diesen Brief zusammen mit den Querschnittsdienstleistern schreiben. Ich habe auch schon Unterstützung vom Einwohnergemeindeverband. Dort wurde gesagt, alles, was Geld bringe, werde unterstützt. Nachher stellt sich noch die Frage, ob es Sinn machen würde, das Pflichtalter auf 45 Jahre anzuheben. Sehr viele Feuerwehren in der Umgebung haben dies bereits gemacht. Das würde bedeuten, drei Jahre länger Dienst zu leisten oder drei Jahre länger zu bezahlen. Das sind die Möglichkeiten, die wir haben. Ich bin schon an der Arbeit und habe dies bereits gehört.

**Urs Knapp:** Ich finde das eine sehr erfreuliche Sache, weil es eine Spezialfinanzierung ist, die uns erlauben würde, ohne finanzielle Abenteuer einzugehen, den Steuersatz um 1 % zu senken, weil es genau das Defizit ist, das aus den allgemeinen Steuermitteln bezahlt werden muss.

**Stadträtin Iris Schelbert:** Ich muss noch sagen, dass die Feuerwehr nicht kostendeckend arbeiten kann. Das schaffen wir wahrscheinlich auf keine Art und Weise. Diese Hoffnungen müsst Ihr begraben. Aber wir können es besser machen.

## **Beschlüsse**

Ziffer I./3. wird einstimmig zugestimmt.

Ziffer I./6. wird grossmehrheitlich mit 1 Gegenstimme bei 1 Enthaltung zugestimmt.

Ziffer I./7. wird grossmehrheitlich mit 1 Gegenstimme bei 2 Enthaltungen zugestimmt.

**Marcel Buck:** Stadtpräsident Ernst Zingg hat sich gestern über meine Aussage sehr aufgeregt. Das ist ja auch richtig so, und das Ziel ist schon erreicht. Im Anschluss an die gestrige Sitzung hatte ich noch eine Unterredung mit dem Sozialdirektor. Nicht dass wir deshalb umgeschwenkt haben, sondern haben gewisse Abmachungen treffen können, wo ich die Fraktion davon habe überzeugen können, dass wir ebenfalls ja sagen werden zu Punkt I./8.

**Stadtrat Peter Schafer:** Ich möchte nicht unterlassen, noch etwas zu dieser Abmachung zu sagen. Das ist nicht irgend etwas. Ich habe ihm angeboten, dass wir nach Vorliegen der Rechnung 2009 in die Fraktionen, vor allem in die SVP-Fraktion gehen werden, um die Rechnung peu à peu zu erklären und die offenen Fragen entgegen zu nehmen. Das gilt übrigens auch für sämtliche anderen Fraktionen. Die Sozialdirektion ist gerne bereit, in die Fraktionen zu kommen und dies zu erklären.

Ziffer I./8. wird einstimmig zugestimmt.

Ziffer I./9. wird einstimmig zugestimmt.

Ziffer II. wird einstimmig zugestimmt.

## Gesamtbeschluss

Mit 38 : 0 Stimmen bei 7 Enthaltungen fasst das Parlament folgenden Beschluss:

1. Der Voranschlag 2010 der **Laufenden Rechnung** mit einem **Mehrertrag** von **Fr. 1'169'100** wird genehmigt.
2. Die **Investitionsrechnung** der Allgemeinen Verwaltung und der Spezialfinanzierung mit Nettoinvestitionen von **Fr. 24'320'300** wird genehmigt.
3. Die Feuerwehersatzabgabe wird unverändert auf 9% der einfachen Staatssteuer festgelegt (Minimum Fr. 20.00, Maximum Fr. 400.00).
4. Der Steuerfuss für die natürlichen Personen wird unverändert auf 100% der einfachen Staatssteuertarife festgelegt.
5. Der Steuerfuss für die juristischen Personen wird unverändert auf 100% der einfachen Staatssteuertarife festgelegt.
6. Das Budget der Regionalen Zivilschutzorganisation (RZSO) mit einem Aufwand und Ertrag von Fr. 686'400.00 wird genehmigt.
7. Das Budget des Regionalen Führungsstab Bevölkerungsschutz (RFSB) mit einem Aufwand und Ertrag von Fr. 29'700.00 wird genehmigt.
8. Das Budget der Sozialregion Olten mit einem Aufwand und Ertrag von Fr. 25'283'900.00 wird genehmigt.
9. Der Stadtrat wird ermächtigt, zur Deckung des gesamten neuen Fremdkapitalbedarfs (ohne Refinanzierungen, inkl. Kapitalvermittlungen sbo, Pensionskasse) maximal 10 Millionen Franken aufzunehmen.

## II.

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

Mitteilung an:  
Verwaltungsleiter  
Direktion Finanzen und Informatik/Herr Markus Sieber  
Finanzkontrolle  
Kanzleiakten

Verteilt am:

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 18. November 2009

Akten-Nr. 19/6

Prot.-Nr. 42

## Personalwesen, Lohnanpassung/Festlegung Budgetgrundlage

Sehr geehrter Herr Präsident  
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgenden Bericht und Antrag:

### 1. Ausgangslage

Gestützt auf Art. 22 Personalreglement legt das Gemeindeparlament auf der Summe der Gehälter und Zulagen des Gemeindepersonals allfällige Lohnanpassungen fest. In den letzten drei Jahren wurden Lohnanpassungen für das städtische Personal wie folgt gewährt:

|      |      |
|------|------|
| 2006 | 1,1% |
| 2007 | 1,6% |
| 2008 | 1,5% |

Die Prognosen sagen zurzeit eine durchschnittliche Jahresteuierung 2009 von -0,5% voraus. Für das Jahr 2010 wird eine Jahresteuierung von 0,9% erwartet.

Die Besoldungsordnung für die Lehrpersonen richtet sich nach den kantonalen Vorschriften bzw. dem am 1.1.2005 in Kraft getretenen Gesamtarbeitsvertrag. Der Regierungsrat hat mit den Personalverbänden über die Lohnrunde 2010 partnerschaftlich verhandelt. Die Parteien einigten sich darauf, dass dem Staatspersonal auf 1.1.2010 eine Lohnerhöhung von 1 Prozent zugestanden wird.

### 2. Antrag des Stadtrates

Für den Stadtrat ist es wichtig, dass es nicht zu neuen Ungleichbehandlungen zwischen dem Personal der Stadtverwaltung und den Lehrpersonen kommt. Angesicht der damals bevorstehenden Einführung der Besoldungsrevision per Mitte des laufenden Jahres stellte der Stadtrat vor Jahresfrist die Vorlage zur Besoldungsrevision in den Vordergrund und beantragte daher eine Lohnanpassung für das Jahr 2009 von 1,5%, während das Staatspersonal auf 1.1.2009 eine Lohnerhöhung um 2,7 Prozent erhielt. Im Sinne der Gleichbehandlung beantragt der Stadtrat nun für das Jahr 2010 für das Personal der Stadtverwaltung die gleiche Lohnanpassung wie beim Staatspersonal, das heisst 1%. Die von den Personalverbänden beantragte generelle Lohnanpassung von 2,5%, begründet mit einem markanten Nachholbedarf, erachtet der Stadtrat hingegen angesichts der aktuellen Wirtschaftslage als unrealistisch.

### Beschlussesantrag:

1. Dem städtischen Personal wird für das Jahr 2010 im Sinne der Erwägungen analog zum Staatspersonal eine Lohnanpassung von 1% gewährt.
2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

### Der Stadtrat und das anwesende städtische Personal begeben sich in den Ausstand.

**Nico Zila:** In aller Kürze: Der GPK hat der gleiche Antrag mit der gleichen Begründung, wie er heute von der Grünen Fraktion gestellt wird, ebenfalls vorgelegen. Für unsere Diskussion haben wir die gleichen Grundlagen gehabt. Die GPK war in der Frage über die Höhe des Prozentsatzes gespalten. Auf der einen Seite ist betont worden, ein Nachholbedarf sei vorhanden, vor allem gegenüber dem kantonalen Personal, unter das ja auch die Oltnen Lehrpersonen der Volksschule fallen. Auf der anderen Seite ist aber als Begründung gegen diesen Antrag gesagt worden, dass wir die Volksabstimmung über die Besoldungsrevision vor sehr kurzer Zeit hatten und dort einerseits eine Erhöhung des Lohnvolumens dabei sei und es andererseits gegenüber dem Volk, dem man die Vorlage als Status quo verkauft hat, nicht ehrlich sei, den Status quo jetzt im Nachhinein eigentlich so radikal zu verändern. So hat sich dann eine Mehrheit der GPK dem Antrag des Stadtrates angeschlossen und folgt dem Stadtrat mit 1 % Lohnerhöhung.

**Daniel Probst, FdP-Fraktion:** Zur Ausgangslage: Die aktuelle Teuerung ist mit minus 0,5 % angegeben, und für 2010 werden 0,9 % erwartet. Man hat lesen können, dass das Bundespersonal einen Ausgleich von 0,6 % erhält, gleichzeitig aber mit der klaren Botschaft verbunden, Stellen zu streichen. Das Staatspersonal des Kantons Solothurn erhält 1 %. Keine Angabe zu Stellen. In Olten ist es so, dass wir, wenn wir dem vorliegenden Antrag des Stadtrates zustimmen, eigentlich eine Erhöhung der Lohnsumme von 3,5 % haben, nämlich 1,5 % durch die Besoldungsrevision, 1 % die diskutierte Anpassung und 1 % durch mehr Personal, vor allem bei der Polizei. Man kann sagen: 2,5 % Lohnerhöhung. Die Summe erhöht sich aber eigentlich um 3,5 %. Zum Antrag des Stadtrates: Wir unterstützen ihn grossmehrheitlich. Für uns ist aber dieses Prozent wirklich das Maximum, das wir uns vorstellen können. Wenn man berücksichtigt, dass die aktuelle Teuerung minus 0,5 % ist, haben wir eigentlich eine Realloohnerhöhung von 3 %, nämlich die 1,5 % plus das eine Prozent plus die minus 0,5 %. Wir sind auch der Meinung, dass dies eigentlich recht grosszügig ist und Olten oder allgemein die öffentliche Hand in der jetzigen Zeit eher attraktive Arbeitsplätze anbietet. Sie sind nämlich sicherer als vielleicht andere Arbeitsplätze. In Olten haben wir eine Arbeitslosenquote von über 6 %. Auch sind wir der Meinung, dass wir marktfähige Löhne haben und vielleicht dadurch schon attraktiver sind. Wir finden, der Stadtrat ist mit dem beantragten Prozent sehr grosszügig und kann die grosszügige Erhöhung dann durchaus auch intern als Motivationsinstrument und für die Wertschätzung der Arbeit des Personals benutzen. Dann haben wir noch einen Punkt zur Begründung des Antrags des Stadtrates. Wir lesen hier zum wiederholten Mal, dass man sich an der Besoldung des Staatspersonals des Kantons Solothurn orientiert und leitet daraus fast einen Automatismus ab. Man sagt, dass man sich auf die Vergangenheit, die man nicht eingelöst hat, bezieht. Sonst ist es eigentlich gleich. Beide haben ein Prozent. Das finden wir falsch. Wir hatten eine Volksabstimmung über die Besoldungsrevision, wo der Automatismus der Hauptgrund war. Wir haben ja zu den Initianten gehört, die das Referendum ergriffen haben. Das war der Hauptgrund für die Ablehnung. Jetzt können wir nicht jedes Jahr wieder hin gehen und sagen: Wir nehmen als Vergleich etwas anderes und wollen einfach gleich

ziehen. Das ist nämlich genau ein Automatismus. Sonst hätte man auch sagen können: Wir übernehmen einfach den Teuerungsausgleich oder die Lohnanpassung des Staatspersonals. Das haben wir aber eben nicht gesagt. Wir wollen dies als Parlament selber bestimmen, und der Stadtrat soll dies unabhängig überlegen und sich nicht an einem Automatismus orientieren. Den Antrag der Grünen Fraktion werden wir ablehnen. Er ist für uns überhissen und steht auch schweizweit komplett quer in der Landschaft. Wir wissen ja auch, dass es, wenn wir über 1,6 % anpassen, wiederkehrende Kosten von über Fr. 400'000.— sind, und es könnte das fakultative Referendum ergriffen werden. Wir können jetzt schon sagen, dass wir es in diesem Fall auch ergreifen würden.

**Heidi Ehram, CVP/EVP/GLP-Fraktion:** Zu Beginn möchte ich einen herzlichen Dank an das städtische Personal für sein engagiertes Arbeiten in diesem Jahr aussprechen. Unsere Fraktion schätzt diesen Einsatz der Verwaltung. Daniel Probst hat es gesagt: Nicht in jedem Betrieb gibt es für 2010 einen Teuerungsausgleich in Form einer Lohnanpassung, an gewissen Orten weniger, bei der Bundesverwaltung 0,6 %. Trotzdem ist nach Meinung der CVP/EVP/GLP-Fraktion die vom Stadtrat beantragte Lohnanpassung von 1 % moderat. Dies auch bei der Prognose der Teuerung von 2009 und 2010. Auch bei der jetzigen Wirtschaftslage erscheint es uns gerechtfertigt, dass das Lohnniveau des städtischen Personals gehalten werden kann. Aktuell finden wir es richtig, dass das städtische Personal nicht schlechter weg kommt als unsere Lehrkräfte, die ebenfalls 1 % erhalten. Für einen Teil der Fraktion soll dies aber nicht Präjudiz für künftige Lohnanpassungen sein. Hier haben wir zum Teil Übereinstimmung mit der FDP, aber nicht für die ganze Fraktion. Wir haben dann auch noch kurz das Anliegen der Personalverbände diskutiert, die 2,5 % gewünscht hätten. Der Stadtrat ist diesem Wunsch ebenfalls nicht gefolgt. Wir sehen den Nachholbedarf, den die Verbände geltend machen, nicht so zwingend und haben sagen müssen, dass das städtische Personal mit seinen Löhnen im Vergleich zum Staatspersonal nicht dermassen abfällt. Dem Antrag der Grünen Fraktion auf 2,2 %, der das fakultative Referendum auslöst, werden wir nicht zustimmen. Der jetzt monierte Rückstand von 1,2 % des letzten Jahres gegenüber dem städtischen Personal steht für uns nicht mehr zur Debatte. Bei der letztjährigen Lohnanpassung haben wir die 1,2 % bewusst nicht zugestanden, weil es zusammen mit den 1,5 %, die wir gewährt haben, eine Volksabstimmung ausgelöst hätte. Das wollten wir nicht, weil wir bereits die Besoldungsrevision dem Volk unterbreitet haben. Jetzt ein Jahr später: Die letztjährige Realloohnerhöhung des Staatspersonalverbandes beim städtischen Personal auszugleichen erscheint uns fragwürdig und würde vom Volk schlecht goutiert. Es wäre etwa so, wie wenn man einfach durch die Hintertüre einen Volksentscheid irgendwo hintergeht. Unsere Ansicht tangiert aber die Auffassung des Anliegens der Fraktion Grüne, eine Gleichbehandlung des Staatspersonals und städtischen Personals zu erzielen, in diesem Jahr nicht. Wir sehen im Gegensatz zur Grünen Fraktion aber einfach die Einführung der Besoldungsrevision als Ausgangspunkt, so wie es Daniel Probst für die FDP auch gesagt hat. Damit wollen wir aber auf keinen Fall sagen, dass jetzt das städtische Personal generell durch höhere Löhne der Besoldungsrevision profitiert hat. Jetzt müsste ich vielleicht noch etwas zu den Ausführungen von Daniel Probst betreffend Lohnsumme ganz allgemein sagen. 1 % wäre die Lohnanpassung für die Teuerung. Die 1,5 %, die er noch erwähnt, dürften wir eigentlich nicht in dieser Form als Lohnanpassung formulieren. Die 1,5 % sind eigentlich das, was wir anstelle des Stufenanstieges jetzt in unserer Besoldungsrevision haben. Das brauchen wir, um die Leistungskomponente berücksichtigen zu können. Wenn wir die 1,5 % nicht hätten, würde es einfach heissen, dass das städtische Personal ausser dem Teuerungsausgleich null Rappen mehr Lohn erhalten würde. Dann könnte es diese Entwicklung gar nicht machen, um einmal etwas höher zu kommen. So habe ich die Besoldungsrevision verstanden. Deshalb kann man hier nicht einfach alles zusammen zählen. Wir können dem Antrag des Stadtrates folgen, sind einstimmig für Eintreten auf das Geschäft und werden dem Beschlussesantrag zustimmen.

**Felix Wettstein:** Alle haben schon zu unserem Eintretensvotum Stellung genommen, bevor wir es formuliert haben. Aber wir haben es ja schriftlich zugestellt auch mit der formulierten Begründung, weshalb wir auf die 2,2 % kommen, die tiefer sind als das, was die Personalvertretungen berechnet haben. Es gibt einen Grund. Die Personalvertretungen



haben völlig zu Recht nicht nur das laufende Jahr 2009 als Referenz genommen, sondern den Rückstand, den man dem Personal in den vorherigen Jahren schon zugemutet hat bzw. die Sachen, die wir vorher schon nicht gewährt haben. Daniel Probst sagt, wir würden in der schweizerischen Landschaft völlig „neben den Schuhen stehen“. Wir sind im letzten Jahr in der schweizerischen Landschaft völlig „neben den Schuhen gestanden“, als wir, als fast alle zwischen 2 und 3 % Zuschlag gegeben haben, darunter geblieben sind. Das war das wirkliche „schräg in der Landschaft stehen“, und das nehmen wir jetzt tatsächlich als Referenz. Es ist wirklich so, dass wir im Moment eine Negativteuerung haben. Aber bekanntermassen haben wir es zum Prinzip gemacht, und das haben wir von der Grünen Fraktion übernommen, dass nicht einfach die Teuerung der Massstab ist. Deshalb sprechen wir auch nicht mehr von Teuerungsausgleich, sondern Lohnanpassung. Es ist für mich spannend, dass Du jetzt das Mass der Teuerung aufrechnest, und behauptest, es seien 3 % Reallohn. Wenn wir eben wirklich den Rückstand, den wir dem Personal über mehrere Jahre zugemutet haben, aufrechnen würden, laufen wir auf eine Fünf- oder Sechs-Jahresperiode immer noch hinter der Teuerung nach. Es ist einfach ganz wichtig, dass wir dies in den richtigen Relationen sehen. Lohnsumme und Lohnanpassung sind zwei völlig verschiedene Sachen. Ich verstehe es so, wie es Heidi Ehrsam bereits angesprochen hat. Wir müssen wirklich aufpassen, dass wir diese Sachen nicht durcheinander bringen. Eine Lohnanpassung heisst auch von der Wortwahl her, dass es eine parallele, gleichförmige Erhöhung für alle ist. Das hat überhaupt nichts mit dem Lohnvolumen bzw. der Lohnsumme zu tun, weil es dort tatsächlich die individuellen Sachen sind, und diejenigen, die wir mit der Besoldungsrevision zum Ausgleich der bestehenden Ungerechtigkeiten vorgesehen haben, sind auch noch enthalten. Wenn wir jetzt anfangen, dies in die Argumentation hinein zu nehmen, nehmen wir unsere letztjährigen Abstimmungen auch nicht ernst, weil sie wirklich nichts mit dem aktuellen Traktandum 13.1 Lohnanpassung zu tun haben. Die Grüne Fraktion ist für Eintreten.

**Christian Werner, SVP-Fraktion:** Dieses Geschäft hat bei uns relativ viel und lange zu diskutieren gegeben. Wir sehen den Punkt der Gleichbehandlung oder wie man dem sagen will zwischen dem Personal der Stadtverwaltung und den Lehrpersonen. Aber wir sehen es im Gegensatz zu Felix Wettstein und auch zur CVP bezüglich der Besoldungsrevision anders. Nach unserem Dafürhalten muss man die 1,5 %, die man dort bereits hat, sehr wohl berücksichtigen. Dazu kommt eine Teuerung, die auch im nächsten Jahr fast ein Prozent im negativen Bereich sein wird. Dann sind wir bereits bei rund 2 % Realloohnerhöhung. Wenn man jetzt noch das eine Prozent, das wir hier beschliessen würden, hinzufügen würde, sind wir über 3 %. Dort kommen wir zu einem anderen Schluss als der Sprecher der FdP-Fraktion. Wir sind der Meinung, dass man vor allem vor dem Hintergrund der aktuellen Wirtschaftslage, wo die Personen, die in der Stadtverwaltung arbeiten, eigentlich nicht in Konkurrenz zur Privatwirtschaft sind, sondern das Gegenteil der Fall ist, dass Leute aus der Privatwirtschaft in die Verwaltung gehen, weil sie dort einen sicheren Job haben, im Moment das eine Prozent ablehnen sollten, weil man dann immer noch bei rund 2 % ist und dies unserer Ansicht nach reicht. Wir sind uns schon bewusst, dass in Zukunft, wenn man wieder in Konkurrenz zur Privatwirtschaft kommt, es allenfalls Sinn machen könnte, wenn man effektiv wieder eine höhere Realloohnerhöhung gewähren würde. Wir sind dem in Zukunft auch nicht abgeneigt, aber zum jetzigen Zeitpunkt, bei der aktuellen Wirtschaftslage, finden wir, dass die 2 %, bestehend aus der Besoldungsrevision plus die negative Teuerung, reichen. Deshalb werden wir auf das Geschäft eintreten, dem Beschlussesantrag aber so nicht zustimmen.

**Dr. Rudolf Moor:** Für die SP-Fraktion ist die Lohngerechtigkeit eigentlich eines der zentralen Anliegen und auch etwas vom Wichtigsten. Ich muss allerdings sagen, dass es, wenn es um die konkrete Umsetzung geht, was Lohngerechtigkeit ist, es nicht mehr immer ganz so trivial ist. Das sieht man jetzt auch in unserer Partei, wo die Meinungen zu diesem Thema etwas auseinander gehen. Ich möchte noch etwas zur Lohngerechtigkeit sagen. Wenn man heute das Oltnen Tagblatt gelesen hat und die Löhne bei den Banken sieht, kommt man zu einem anderen Schluss betreffend Lohngerechtigkeit als vielleicht bei den Löhnen der ausländischen Arbeiter auf dem Bau oder in der Industrie. Hier gibt es Riesenunterschiede.

Ich gehe davon aus, dass auch bei den Banken gilt: Grosse Bank, grosser Lohn, Kantonalbank kleiner Lohn oder so ähnlich. Auch dort gibt es wahrscheinlich Ungerechtigkeiten. Der Anspruch von Lohngerechtigkeit ist nicht so trivial, wenn man dies umsetzen will. Das äussert sich bei uns ein Stück weit in der Haltung. Bei uns hat es Leute, die das Gefühl haben, bei einem Prozent sei der Blickwinkel ganz anders, wenn man es mit den Leuten vergleicht, die es eigentlich viel nötiger hätten, mehr Lohn zu erhalten – ich denke zum Beispiel an die ausländischen Angestellten auf dem Bau oder in der Industrie – als wenn man mit den Banken vergleicht. Insgesamt ist die grosse Mehrheit der SP für eintreten und dass 1 %, wie der Stadtrat es vorschlägt, eine vernünftige Mittellösung ist. Einzelne von uns werden aber den Antrag der Grünen Fraktion unterstützen. Niemand wird aber den Antrag SVP, gar nichts zu machen, unterstützen. Weshalb 1 %? Wir sind natürlich auch dafür, dass das öffentliche Personal gut bezahlt ist. Auch sind wir immer der Meinung, dass das öffentliche Personal und der Lohn des öffentlichen Personals einen gewissen Richtungscharakter haben und gewisse Zeichen setzen sollen. Aber man darf dies nicht überstrapazieren. Es gibt in diesem Jahr sicher ein paar Argumente. Ich denke, ein wichtiges ist die Glaubwürdigkeit. Wir hatten im letzten Jahr die Volksabstimmung über die Besoldungsrevision. Man hat gesehen, dass man mit der ersten Vorlage wahrscheinlich an die Grenze dessen gegangen ist, was beim Volk durchkommt. Wir möchten eigentlich nicht, nachdem wir nachher dort mit einer bescheideneren Vorlage, die vielleicht nicht mehr ganz dem entsprochen hat, was wir gerne gehabt hätten, eine Zustimmung erhalten haben, dass wir hier die Glaubwürdigkeit in Frage stellen würden, indem man sozusagen über die Hintertüre nachher wieder eine zusätzliche Lohnerhöhung hinein bringt, die vielleicht nicht ganz im Sinne jener war, die zur Besoldungsrevision ja gesagt haben. Es kann auch ein gewisses Risiko sein, wenn der Eindruck entsteht, dass das städtische Personal übermässig bevorteilt wird. Wir können uns vorstellen, dass es bei Leuten in der Privatindustrie, die sehr schlecht verdienen, nicht unbedingt gut ankommt, wenn wir in der heutigen Zeit, wo Stellen bei der öffentlichen Hand ganz offensichtlich gewisse Vorteile haben, mehr Lohn geben. Das sind ganz grob die Argumente, weshalb eine Mehrheit von uns den Antrag der Grünen Fraktion, der uns aus einem ganz anderen Blick sympathisch ist, nicht unterstützen wird, sondern für 1 % eintreten wird, wie dies vom Stadtrat vorgeschlagen worden ist.

**Heidi Ehram:** Ich möchte noch etwas zu Christian Werner sagen. Wir sind ja jetzt erst im ersten Jahr dieser Amtsperiode. Mir scheint, wir sollten jetzt etwas klären, damit wir nicht jedes Jahr wieder diskutieren, was die Lohnsumme ist. Ich kann nachvollziehen, wenn man sagt, die Teuerung ist negativ, dass man nicht 1 % geben will und sagen kann, die Lohnpassung müsse kleiner sein. Für dieses Argument habe ich durchaus Verständnis. Aber dass man die Lohnsumme, die 1,5 %, die wir mit der Besoldungsrevision anstelle des Stufenanstieges als Leistungskomponente einzig noch zur Verfügung haben, mit der Teuerung vermischt, habe ich kein Verständnis. Wir haben bei der Besoldungsrevision, in einer Spezialkommission mit allen Parteien, auch mit einem Vertreter von Euch, Ruedi Lutz, ausgehandelt, was passieren soll, was noch automatisch und was nicht mehr automatisch ist und wie das städtische Personal überhaupt noch zu mehr Lohn kommen kann. Das sind die 1,5 %. Es wäre schon gut, wenn die SVP und FdP dies vielleicht auch akzeptieren und klar trennen würden. Hier kann man nicht einfach sagen, es gebe für das Personal 2,5 % mehr Lohn. Das stimmt nicht. Wir wissen, dass das System gemischt ist, mit Stufenanstieg usw. Dies wird getrennt. Ich finde es etwas mühsam. Wir brauchten solange, um die Besoldungsrevision auf einen Konsens zu bringen, damit sie dem Volk unterbreitet werden konnte. Jetzt kommt es bei der ersten Lohnanpassungsdiskussion wieder. Dies und die Vermischung stören mich.

**Stefan Nünlist:** Ich gehöre dem Rat nun seit 13 Jahren an. Wir werden gewisse Fragen jedes Jahr wieder debattieren. Wenn wir von Betrieben reden, gibt es natürlich nur beim Staat automatische Stufenanstiege. Das gibt es sonst nirgends. Wir kommen halt alle mit anderen Erfahrungswerten hierher. Deshalb argumentieren wir auch etwas anders. Im Betrieb, in dem ich erarbeite, würden wir sagen: Wir geben dem Personal 1,5 % individuell und 1 % generell. Das ist der Antrag des Stadtrates. Ich finde ganz wichtig, was Ruedi Moor gesagt hat. Wir müssen uns nicht mit den Banken vergleichen, sondern mit den KMUs, mit

den Arbeitgebern auf dem Platz Olten. Ich finde, das ist die Referenz. Wenn ich sehe, wie die Abschlüsse sind, gehen sie von 0 % bis rund 1,5 %. Das ist die Bandbreite, die ich bisher gelesen habe. Einerseits haben die Grossen noch nicht alle publiziert, und andererseits sieht man einen starken Trend zu individuellen und weg von generellen Lohnanpassungen. Generelle Lohnanpassungen möchten die Sozialpartner gerne, die Arbeitgeber sagen dazu nicht mehr ja. Von daher finde ich eigentlich den Vorschlag des Stadtrates problematisch, weil wir 1,5 % individuell haben, die wir beschlossen haben. Das finde ich richtig. Die 1 % generell finde ich hoch. Beim Bund und ich glaube auch bei den SBB sind es 0,6 %. Das finde ich an und für sich eine vernünftige Zahl. Ich denke, etwas anderes ist wichtig. Aufgrund der Prognosen geht man davon aus, dass wir im nächsten Jahr eine Arbeitslosigkeit von rund 5 % haben werden. Das ist viel. Die Stadt bietet zirka 5 % mehr Stellen an. Ich finde das Zeichen, das wir setzen, gut. Ehrlich gesagt wäre ich eher dafür, dass wir im Lohnanstieg in diesem Jahr etwas moderater sind und halt vielleicht wenn nötig eine oder zwei Stellen temporär schaffen. Wir gehen in eine schwierige Zeit, und die Krise ist noch lange nicht ausgestanden, auch wenn gewisse Leute dies meinen. Ich stelle deshalb den Antrag, dass wir den stadträtlichen Antrag von 1 % auf 0,6 % abändern, wie die Eidgenossenschaft dies auch macht. Die Eidgenossenschaft ist ziemlich der grösste Arbeitgeber in der Region. Wenn man mit dem Kanton vergleicht, muss man einfach wissen, dass der Kanton zur Sanierung der Staatsfinanzen mit dem Personal mehrere Nullrunden durchgeführt hat, die wir bei der Stadt Olten nicht gemacht haben, wenn ich mich richtig erinnere. Von daher müsste man dann wirklich langjährige Lohnvergleiche machen und nicht nur auf ein Jahr zurück mit dem Staatspersonal vergleichen.

**Heinz Eng:** Ich möchte die fast alljährlich stattfinden epischen Diskussionen nicht unnötig verlängern, aber möchte noch zwei oder drei Hardfacts hinein bringen. Gleiches mit Gleichem vergleichen. Verwaltung, Kanton, Bund oder eben auch Gemeindestufe. Ich habe hier das Communiqué des eidgenössischen Personalamts. Dort stehen unter dem Titel „voller Teuerungsausgleich“ ganz klar die 0,6 %. Dies wurde mit den Personalvertretern und dem Bundesrat ausgehandelt. Es soll daran festgehalten werden, dass auch in Zukunft der volle Teuerungsausgleich gewährleistet werden soll. Jetzt geht es aber noch weiter. „Vom Personal werden Beiträge zur Haushaltentlastung bei den Stellenbeständen erwartet“. Das ist nichts anderes als ein Einsparungsprogramm des Bundes, das in den nächsten paar Jahren gestartet wird. Dies vor dem Hintergrund der grösser werdenden Defizite. Felix Wettstein hat die Lohnkomponente ins Spiel gebracht. Aber hier muss man schon sehen, dass die Lohnkomponente vielfältig ist. Das ist nicht nur der Lohn oder die Teuerung usw. Eine weitere Lohnkomponente, vielleicht eine versteckte, aber doch sehr offensichtlich erkennbar, ist die ganze Pensionskasse. Die Pensionskasse des städtischen Personals respektive der Verwaltung lautet nach wie vor auf das Leistungsprimat gegenüber von Kassen, die in öffentlichen Verwaltungen, unter anderem beim Bund, auf dem Beitragsprimat basiert. Das sieht dort mit den Beiträgen und Prozentsätzen anders aus. Sonst kann man diesen Vergleich auch einmal machen. Hier liegen auch noch ein paar Prozente Spatzung zwischen Verwaltung Stadt gegenüber der Verwaltung des Bundes.

**Urs Knapp:** Felix Wettstein hat wie schon vor einem Jahr von einer Zumutung an das Personal gesprochen. Ich empfinde dies als Zumutung, weil es „gezäuselt“ wider besseren Wissens ist. Stefan Nünlist hat es gesagt. Wenn wir die Periode ab ca. 1995 anschauen – wir haben dies auch in der Besoldungsrevision diskutiert – hat das Stadtpersonal mehr verdient und einen grösseren Anstieg als das Kantonspersonal erhalten. Das Kantonspersonal hat in den Neunziger Jahren klare Zugeständnisse an die Sanierung der kantonalen Finanzen machen müssen. Auch in der Besoldungsrevision haben wir dies gesehen, wenn man wirklich sagen müsste, wir wollen absolute Gerechtigkeit. Wir übernehmen einfach das System des Kantons. Das würde bei einzelnen Funktionen bei der Stadt dazu führen, dass wir Lohnabstriche machen müssten, bei anderen vielleicht auch „Zustriche“. Wir müssen einfach überlegen, was dies heisst. Ich denke, man kann bei der nächsten Besoldungsdiskussion darüber diskutieren. Wir verzichten auf ein städtisches Lohnreglement, aber mit allen positiven und negativen Faktoren. Deshalb können wir nicht einfach nur sagen: Wir picken das Gute heraus und wenn es schlecht geht, lassen wir es

weg. Dann geben wir unsere Hoheit beim wichtigsten Personalposten, beim wichtigsten Kostenposten, konsequent auf und übernehmen das kantonale System, mit Vorteilen für gewisse Leute und deutlichen Nachteilen für andere Leute. Dann kann man sagen: Alles ist egalitär und gleich. Ob das gut ist und das Personal einverstanden ist, bezweifle ich auch sehr stark.

**Felix Wettstein:** Urs Knapp, es stimmt, ich bin eine Zumutung für das Personal. Ich mute dem Personal etwas zu.

## **Beschluss**

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

**Parlamentspräsident Roland Rudolf von Rohr:** Ich stelle fest, dass vier Anträge vorliegen: Der stadträtliche, der Rückweisungsantrag der SVP, der Antrag der Grünen Fraktion auf 2,2 % und derjenige von Stefan Nünlist auf 0.6 %. Ich schlage vor, dass wir zuerst den Rückweisungsantrag der SVP dem Antrag des Stadtrates und nachher den Antrag der Grünen Fraktion demjenigen von Stefan Nünlist und dann die beiden obsiegenden einander gegenüber stellen.

## **Beschluss**

Mit 39 : 7 Stimmen wird der Antrag der SVP abgelehnt.

**Dr. Arnold Uebelhart:** Ich finde gut, was Stefan Nünlist sagt. Mit 0,6 % würden rund Fr. 350'000.— für Temporärstellen verteilt.

**Stefan Nünlist:** Bei der Swisscom haben wir Jobbridge gemacht. Das heisst, die Lernenden, die ihre Lehre beendet haben, haben wir einfach weiterbeschäftigt, auch wenn wir dies eigentlich nicht einmal im Stellenplan hatten. Diese Massnahmen finde ich sehr sinnvoll, dass man Leute, die einfach in die Jugendarbeitslosigkeit gehen würden, nachdem sie die Lehre beendet haben, ausserhalb des Stellenplans weiter beschäftigt. Ich finde, eine solche Massnahme würde der Stadt Olten gut anstehen. Ich finde es ein riesiges Problem, wenn Absolvierende einer Lehre einfach den ersten Job nicht haben, und bin der Meinung, man solle lieber etwas weniger Lohn geben, eben 0,6 %, und dafür etwas für solche Massnahmen äufnen, wo uns der Stadtrat einen Vorschlag unterbreiten soll, zum Beispiel eine Idee Jobbridge, dass Leute, die bei der Stadt eine Lehre absolvieren, die sie im nächsten Jahr beenden werden, für sechs oder neun Monate, für eine gewisse Zeit, bei der Stadt weiter beschäftigt werden. Bei der Swisscom war dies ein Riesenerfolg. Das sind sehr motivierte Mitarbeitende.

**Dr. Rudolf Moor:** Mir ist jetzt etwas nicht klar. Enthält Dein Antrag jetzt einfach die Lohnerhöhung von 0.6 % oder auch den Umstand, die eingesparte Lohnsumme für die Schaffung von provisorischen Stellen zu verwenden? Ist dies Gegenstand Deines Antrags?

**Stefan Nünlist:** Mein Antrag ist spontan entstanden, einmal 0,6 %. Ich weiss jetzt noch nicht genau, wie ich es machen will. Aber ich bin sicher, dass wir im nächsten Jahr ein Problem mit der Arbeitslosigkeit haben werden. Das zeigen alle Indikationen. Wenn eine Stadt mit einer Jobbridge einen Beitrag leisten kann, finde ich es besser, wenn wir es so machen als wenn wir einfach beim Personal 1 % generell für alle und eine rigide Politik machen. Ich finde dies die intelligentere Lösung. Jetzt können wir überlegen, wie wir dies als Antrag formulieren wollen.

**Parlamentspräsident Roland Rudolf von Rohr:** Zumindest müsste dann ein schriftlicher Antrag vorliegen, weil es sonst zu kompliziert ist.

**Felix Wettstein:** Wir haben Euch den Antrag sehr bewusst im Voraus zugestellt, weil wir genau wissen, dass es ein anspruchsvolles Thema ist. So wie ich es momentan erlebe, so „ich weiss noch nicht genau, wie ich es meinen soll“ merke ich schon, dass das Thema zuwenig ernst genommen wird. Sonst wäre man wirklich vorbereitet. Wir werden Stefan Nünlist, wenn er einen parlamentarischen Vorstoss macht, mit dem Ziel, das er vorher formuliert hat, höchstwahrscheinlich zustimmen, aber nicht als Bestandteil der jetzigen Lohnanpassungsdiskussion.

**Dr. Markus Ammann:** Für mich ist relativ klar, dass es nicht geht, jetzt zwei verschiedene Geschäfte im Rahmen der Lohnbehandlung des Personals miteinander zu verbinden. Ich schlage vor, wenn Stefan Nünlist dies noch will, stimmen wir über die beiden Anträge 0,6 % oder 2,2 % ab. Wenn er mit diesem Geld noch eine weitere Idee hat, kann er einen Vorstoss einreichen, über den wir dann auch noch diskutieren können. Das ist gar keine schlechte Idee. Ich würde mich aber jetzt auf die Lohnanpassung beschränken und damit basta.

**Stefan Nünlist:** Ich mache es genauso, wie es Markus Ammann vorgeschlagen hat, und stelle den Antrag auf eine Lohnerhöhung von 0.6 % und werde bei Annahme eine Motion einreichen, damit der Stadtrat für nächstes Jahr eine Jobbridge macht.

**Parlamentspräsident Roland Rudolf von Rohr:** Jetzt haben wir klare Verhältnisse. Wir haben den Antrag der Grünen Fraktion mit 2,2, % gegen diejenigen von Stefan Nünlist mit 0,6 %. Der obsiegende wird dann dem stadträtlichen gegenüber gestellt.

## **Beschlüsse**

Mit 30 : 9 Stimmen obsiegt der Antrag von Stefan Nünlist.

Mit 27 : 18 Stimmen obsiegt der Antrag des Stadtrates.

## **Beschluss**

Grossmehrheitlich fasst das Parlament folgenden Beschluss:

1. Dem städtischen Personal wird für das Jahr 2010 im Sinne der Erwägungen analog zum Staatspersonal eine Lohnanpassung von 1% gewährt.
2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Mitteilung an:  
Direktionskonferenz (9)  
Personalverbände  
Betriebskommission  
Finanzverwaltung  
Finanzkontrolle  
Kanzleiakten

Verteilt am:

**Parlamentspräsident Roland Rudolf von Rohr:** Ich wünsche Euch einen guten Abend und erwarte Euch morgen um 18 Uhr wieder in diesem Saal.

Der Parlamentspräsident:

Der Stadtschreiber:

Die Protokollführerin:

Protokollgenehmigung:

Einsprachen sind der Stadtkanzlei zuhanden des Parlamentspräsidenten innert 10 Tagen nach der Zustellung schriftlich einzureichen.